



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Drogenpolitik der Regierung von Evo Morales in Bolivien“

Verfasserin

Jill Kugener

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, im Dezember 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuerin ODER Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Stefanie Kron, M.A.

Danksagung

Besonders möchte ich mich bei Univ.-Prof. Dr. Stefanie Kron bedanken, die die Betreuung meiner Diplomarbeit übernahm. Ihre Anregungen und Geduld, besonders während verzweifelten Momenten waren von unermesslichem Wert.

Mein Dank gebührt ebenfalls all jenen die zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. Im Besonderen möchte ich mich bei Gloria Diewald, Clemens Konrad sowie Daniela Reil bedanken.

Ein besonderer Dank gilt meinen Eltern und meinen Geschwistern.

Des weiteren bedanke ich mich bei all jenen Menschen in meinem Umfeld die mich während der Zeit des Schreibens ertragen haben. Dieser Dank geht besonders an Lukas Verdorfer.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	5
1. Einleitung.....	8
1.1. Fragestellung und Hypothese.....	11
1.2. Aufbau der Arbeit.....	11
1.2.1. Theoretische Zugänge.....	11
1.2.2. Historischer und gegenwärtiger Kontext.....	12
1.2.3. Analyse: Zum Zusammenhang zwischen der Entkriminalisierung des „heiligen Blattes“ und des hegemonialen Projektes der Regierung Morales.....	12
2. Theoretische Zugänge.....	13
2.1. Ernesto Laclau und Chantal Mouffe: „Hegemonie und radikale Demokratie“	13
2.1.1. Anwendbarkeit auf den Untersuchungsgegenstand	18
2.2. „invented tradition“ von Eric Hobsbawm.....	20
2.2.1. Anwendbarkeit auf den Untersuchungsgegenstand.....	24
3. Die internationale Drogenprohibition.....	25
3.1. Geschichte der internationalen Drogenprohibition.....	25
3.2. Die auswärtige Drogenkontrollpolitik der USA.....	27
3.2.1. Zertifizierungspolitik des US-amerikanischen Kongresses.....	31
3.2.2. Implementierung und Auswirkungen der US-amerikanischen Drogenpolitik auf Bolivien.....	33
3.3. Fazit.....	38
4. Der Kokaanbau in Bolivien.....	39
4.1. Allgemeines zur Kokapflanze.....	39
4.1.2. Die Geschichte der Kokapflanze.....	40
4.1.3. Verwendung der Kokapflanze.....	43
4.1.3.1. Spirituelle Verwendung.....	43
4.1.3.2. Alltägliche Verwendung im andinen Hochland.....	43
4.1.3.3. Ökonomische Verwendung.....	45

4.2. Anbaugelbiete in Bolivien.....	46
4.3. Von Koka zu Kokain.....	47
5. Kokaanbau im Chapare.....	49
5.1. Die „Sindicatos“.....	50
5.2. Die Entwicklung im Chapare seit 1952.....	51
5.3. Die Politisierung der indigenen Identität.....	55
5.4. Die „Indianisierung“ des Kokadiskurses.....	56
6. Die Kokapolitik unter der Regierung Morales.....	60
6.1. Die Kokapolitik der Vorgängerregierungen.....	60
6.2. Die Kokapolitik von Evo Morales.....	63
6.2.1. „coca si, cocaína no!“.....	65
6.2.2. Die bisherigen Auswirkungen der Drogenpolitik der Regierung Morales.....	66
6.3. Das Kokablatt als Träger einer indigenen Identität.....	69
6.4. Die internationale Kriminalisierung als „historischer Fehler“.....	71
7. Der Transformationsprozess in Bolivien seit 2000.....	73
7.1. Die Entstehung und Entwicklung der MAS (Bewegung zum Sozialismus).....	73
7.2. Der Niedergang des traditionellen Parteiensystems.....	74
7.3. Die Protestwelle zwischen 2000 und 2005.....	75
7.4. Das programmatische Profil der MAS.....	77
7.5. Die „Indianisierung der Präsidentschaft“.....	80
7.6. Die „Regierung der sozialen Bewegungen“.....	81
Das andine Ayllu-System.....	83
8. Analyse: Zum Zusammenhang zwischen der Entkriminalisierung des „heiligen Blattes“ und des hegemonialen Projektes der Regierung Morales.....	84
8.1. Zur Neugründung Boliviens.....	84
8.2. Die Politisierung des Kokablattes.....	85
8.3. Die Instrumentalisierung des Indigenen.....	87
8.4. Die Verteidigung der nationalen Souveränität.....	89
8.5. Zusammenfassung.....	91
9. Zusammenfassung.....	92
Literaturverzeichnis.....	94

Anhang

Abstract (deutsch).....	100
Abstract (englisch).....	101
Lebenslauf.....	102

1. Einleitung

Die Wahl von Evo Morales zum ersten indigenen Präsidenten im Jahr 2005 stellt eine Zäsur in der Geschichte Boliviens dar. Morales versprach nach Jahren der politischen Instabilität eine Neugründung des bolivianischen Staates. Seiner Wahl gingen intensive soziale Proteste voraus (v.a. zwischen 2000 und 2005), die sich nicht nur auf sektorielle Forderungen beschränkten, sondern die zur Herausbildung eines neuen Alltagsverständes und einer eigenen politischen Agenda führten. (vgl. Radhuber/Schilling-Vacaflor 2012: 14). Diese sozialen Proteste fanden ihren Anfang bei den Gewerkschaften der Kokabauern in der Region Chapare. Im Jahr 2009 ist Evo Morales, der nach wie vor Präsident der Kokabauergewerkschaft ist, mit einer überwältigenden Mehrheit von über 64 Prozent der Stimmen wiedergewählt worden (vgl. Stefanoni 2010: 63). Der MAS (*Movimento al socialismo*), die Partei von Evo Morales die aus den sozialen Bewegungen der cocaleros hervorgegangen ist, ist es gelungen die Kokapflanze zum Symbol des nationalen Befreiungskampfes gegen die USA zu stilisieren. Evo Morales schaffte es die sozialen Bewegungen aus dem ganzen Land hinter sich zu vereinen und wurde das prominenteste Gesicht der Opposition. Die Wahl von Evo Morales und seiner Partei war das Resultat des Niedergangs der alten politischen Elite, die weitgehend entmachtet wurde. Seine Wahl markierte das Ende der alten politischen Ordnung und führte zu einer neuen ideologischen Ausrichtung und der Aushandlung eines neuen bolivianischen Selbstbildes (vgl. Mester-Tonczar 2011: 13). In diesem Sinne betreibt Morales ein hegemoniales Projekt, in dessen Zentrum die Entkriminalisierung der Koka steht.

Die Kritik am Neoliberalismus und am Verlust der nationalen Souveränität gab Anlass zu einer Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte als Indigena und schaffte gleichzeitig die Schaffung einer indigenen Identität (vgl. ebd.: 67). Um es mit den Worten Mamani auszudrücken: „Das Neue an der aktuellen Situation ist nun, dass durch die Präsenz von Evo Morales und dem Aufstand der indigenen Bewegungen ein neues gesellschaftliches Selbstbild konstruiert werden kann, das in der Lage ist, die Logik der kolonialen Macht zu hinterfragen und einen historischen, zivilisatorischen und gesellschaftlichen Gegenentwurf für Bolivien zu schaffen“ (Mamani 2009: 68). In diesem Zusammenhang war die Berufung auf das Kokablatt von zentraler Bedeutung und wurde zum Träger einer neuen indigenen bolivianischen Identität (vgl. Stefanoni 2010: 65f). Das Thema Koka ist somit durch Evo Morales mit dem politischen Wandel in Bolivien verbunden und ist ein Markenzeichen von Evo Morales, auch auf der internationalen Bühne.

Die USA war stets der Hauptakteur hinter den internationalen Bemühungen zur Regulierung von „kontrollierten Substanzen“. Die Koka wurde daher durch die Aufnahme in die Liste 1 der verbotenen Substanzen der Drogeneinheitskonvention von 1961 der UNO international kriminalisiert. Die USA begannen einen Krieg gegen die Drogen in den Andenländern mit schwerwiegenden Folgen. Den USA gelang es dennoch, aufgrund der großen finanziellen Abhängigkeit Boliviens, dass der Kooperationswillen mit den USA in der Anti-Drogenpolitik zum alleinigen Maßstab der bilateralen Beziehungen wurde (vgl. Bergfeld 2009: 65). Die Regierung Morales hat sich zum Ziel gesetzt ihren durch den Krieg gegen die Drogen verlorenen Souveränitätsverlust wiederzuerlangen und fordern Beziehungen auf Augenhöhe mit den USA.

Die Regierung von Evo Morales erreichte bereits eine Neuausrichtung der Politik: die Abwendung vom Neoliberalismus, die Zurückdrängung von Einmischungen in die inneren Angelegenheiten seitens der USA, sowie erste Erfolge in den Bemühungen einer veränderten Drogenpolitik (vgl. Haider 2010: 38). Diese Neuausrichtung ist in den USA mit viel Skepsis bis Ablehnung betrachtet worden (vgl. Lessmann 2010: 191). Morales und die Kokabauern fordern bereits seit Jahren „eine grundlegende Neuausrichtung der nationalen Drogenpolitik, die sich insbesondere im Zurückdrängen des US-amerikanischen Einflusses zeigen sollte.“ (Schorr 2009: 185) Nachdem die westliche Welt, allen voran die USA, mit der Implementierung des Neoliberalismus und der internationalen Drogenpolitik in der bolivianischen Bevölkerung stark an Ansehen gelitten hatte, konnte Morales mit seinem anti-imperialistischen Diskurs auf fruchtbaren Boden fallen: „Die verstärkte Einflussnahme von außen auf die staatliche Koka- und Drogenpolitik, insbesondere durch die Vereinigten Staaten, führte zudem zu antiimperialistischen Elementen in den Argumentationssträngen der Kokabewegung, die die eigene Identität als Indigena und als Bolivianer bekräftigten. Carmen Rose Rea Campos weist darauf hin, dass die Nationalisierung ethnischer Identitätsdiskurse zum Großteil der Verdienst der Kokabauern ist.“ (Mester-Tonczar 2011: 106)

Das Dilemma für Evo Morales besteht aber nun darin, dass er nicht mehr in der Opposition ist, sondern Präsident von Bolivien. Als Präsident vertritt er nun nicht mehr nur die Interessen der Kokabauern, sondern ist mehreren Interessengruppen ausgesetzt. Das Kokablatt hat insofern für ihn eine neue Bedeutung erhalten, als dass es nicht mehr ein Symbol der indigenen Identität und des anti-imperialen Widerstands ist, sondern eine Pflanze geworden ist, die kontrolliert und reguliert werden muss (vgl. Grisaffi 2010: 428). Ein cocalero aus dem Chapare hat es folgendermaßen

ausgedrückt:“ Thanks to coca we are in government, but coca could also bring this government down“ (vgl. ebd). Morales regiert also in einem Spannungsfeld zwischen externen Anforderungen und internen Erwartungen. Die Vorgängerregierungen haben bisher zuerst auf die Außenanforderungen reagiert bevor sie sich mit den Forderungen der internen sozialen Bewegungen und Gruppen auseinandersetzen (vgl. Bergfeld 2008: 70).

Das Regierungsmotto von Morales „*coca si, cocaina no!*“ bedeutet, dass er sich im *coca si*-Bereich größeren Verhandlungsspielraum schaffen kann, wenn er im *cocaina no* -Bereich Erfolge verbuchen kann. Morales hat mit seinen *law-enforcement*- Maßnahmen schon einige Ergebnisse im *cocaina-no* Bereich hervorbringen können Trotzdem verweigern ihm die USA jegliche Unterstützung und kürzten die Hilfgelder für die Drogenbekämpfung (vgl. Lessmann 2010: 186). Die USA haben es bisher versäumt die Regierung Morales bei einer in der Bevölkerung weitgehend akzeptierten Kokapolitik zu unterstützen und so eine seit 100 Jahren anhaltenden Drogenbekämpfungsstrategie zu ersetzen (vgl. Bergfeld 2009: 121 f).

Im Chapare befindet sich die wichtigste Wählerbasis von Evo Morales. In dieser Provinz wird seit den 1980er Jahren Koka angebaut, wobei der Hauptteil als Rohstoff für die Herstellung der illegalen Droge Kokain dient. Diese Region wurde somit zum Hauptziel der amerikanischen Eradikationsprogramme, die auf die Vernichtung der Kokaplantagen durch Militär und Polizei abzielten. Die Folgen für die Bauern und deren Familien waren katastrophal, da der Anbau von Koka für einen Großteil der Siedler im Chapare eine relativ sichere Einnahmequelle bedeutet (vgl. Schorr 2009: 206). Es kam in weitere Folge zu gewalttätigen Protesten und die Region entwickelte sich Ende der 1990er Jahren zu einem bürgerkriegsähnlichen Gebiet.

Die Kokabauern in Chapare verteidigen ihr Recht auf Koka aus einer kulturellen Perspektive. Der Umstand, dass ein großer Teil der Kokablätter in die Kokainproduktion fließt birgt aber die Gefahr, dass dieses Argument der Koka als kulturelles Erbe ihre Legitimation verliert (vgl. Grisaffi 2010: 229). Es ist in diesem Spannungsfeld wo Morales regiert. Evo Morales stammt selbst aus dem Chapare, war hier Kokabauer und sein politischer Aufstieg in der Kokabauergewerkschaft spielte sich hier ab. Die MAS ging hier aus den sozialen Bewegungen der Kokabauern hervor und findet hier seine wichtigste Wählerbasis.

Die Bemühungen von Evo Morales rund um die Entkriminalisierung der Koka spiegelt erstens ein neues Selbstbewusstsein in der Außenpolitik Boliviens wider und ist ein starkes Symbol für die Emanzipierung von den USA und den internationalen Vorgaben bezüglich der Kokapolitik.

Eine Entkriminalisierung der Koka bedeutet für die indigenen Bevölkerungsgruppen die Anerkennung ihrer Rechte und hat somit auch in diesem Kontext einen hohen symbolischen Stellenwert. Evo Morales ist aufgrund seines jahrelangen Kampfes für ein Umdenken in der staatlichen wie auch in der internationalen Kokapolitik gewählt worden. Deshalb ist die Entkriminalisierung für seine Glaubwürdigkeit von erheblicher Bedeutung.

1.1. Fragestellung und Hypothese

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist die Bedeutung einer Entkriminalisierung der Kokapflanze für Evo Morales und sein hegemoniales Projekt herauszuarbeiten. Die Arbeit baut daher auf folgender Fragestellung auf: „Welche sind die Strategien und Handlungsoptionen der Entkriminalisierung des Kokaanbaus durch die Regierung Evo Morales im Kontext einer internationalen Drogenpolitik die auf Prohibition setzt?“ Weitere Unterfragen dienen als Orientierungshilfen und verdeutlichen das angestrebte Erkenntnisinteresse: „Welche identitätsstiftende Rolle spielt das Kokablatt für die „indigene Machtergreifung“?“ „Wie wird das Kokablatt für das neue Selbstbild Boliviens politisiert?“ „Inwiefern trägt eine Entkriminalisierung des Kokablattes zu einem neuen Selbstbewusstsein der indigenen Bevölkerung bei?“.

Im Verlauf der Arbeit wird auf diese Fragen eingegangen und dabei gilt es folgende Hypothese zu überprüfen: „Wenn Evo Morales eine Entkriminalisierung des Kokablattes auf internationaler Ebene schafft, dann kann dies als Anerkennung der indigenen Rechte der internationalen Gemeinschaft gedeutet werden.“

1.2. Aufbau der Arbeit

1.2.1 Theoretische Zugänge

Zu Beginn der Arbeit werden die theoretischen Zugänge erläutert die für die Beantwortung der Fragestellung herangezogen werden. Zum einen werden die theoretischen Überlegungen von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe als hilfreiche Stützen dienen um ein besseres Verständnis des politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozesses, der sich in Bolivien seit der Wahl von Evo Morales vollzieht, zu erlangen.

Die Auseinandersetzung mit dem Begriff der „erfunden Tradition“ von Eric Hobsbawm in einem weiteren Schritt hilft zu verstehen wie Traditionen für bestimmte politische Zwecke politisiert werden und für Identitätskonstruktionen instrumentalisiert werden.

1.2.2. Historischer und gegenwärtiger Kontext

Die nachfolgenden Kapitel beschäftigen sich mit dem historischen und gegenwärtigen Kontext. In Kapitel 3 werden die Grundzüge der internationalen Drogenprohibition erläutert um den drogenpolitischen Rahmen abzustecken in dem sich Evo Morales und seine Regierung bewegen. Dabei wird vor allem auch auf die auswärtige Drogenpolitik der USA eingegangen, da diese im Wesentlichen für die drogenpolitische Ausrichtung Boliviens bis zur Wahl von Evo Morales verantwortlich waren. Außerdem wird auch kurz dargestellt welche Auswirkungen die Implementierung dieser Politik auf Bolivien hatte. Diese Hintergrundinformationen geben Aufschluss darüber, warum eine Entkriminalisierung von Evo Morales und seiner Regierung angestrebt wird und es einer Neubewertung des Kokablattes braucht. In Kapitel 4 wird die Geschichte der Kokapflanze in Bolivien erläutert sowie die verschiedenen Bereiche in denen das Kokablatt bei den indigenen Hochlandgemeinschaften Verwendung findet. Das fünfte Kapitel beschäftigt sich mit der Region Chapare, wobei in diesem Kapitel auch auf die identitätsstiftende Rolle der Koka sowie seiner Instrumentalisierung eingegangen wird. Kapitel 6 legt die Kokapolitik unter der Regierung Morales dar. Kapitel 7 beschäftigt sich mit dem Transformationsprozess der sich in Bolivien seit der Wahl von Morales vollzieht. Es wird erörtert wie es zum Niedergang der alten politischen Ordnung kam und welche Rolle dabei die sozialen Protestgruppen gespielt haben die sich vor allem zwischen 2000 und 2005 formiert hatten.

1.2.3. Analyse: Zum Zusammenhang zwischen der Entkriminalisierung des „heiligen Blattes“ und des hegemonialen Projektes der Regierung Morales

Im letzten Kapitel werden die empirischen Untersuchungen mit den theoretischen Ausführungen erklärt. In vier Abschnitten wird der Zusammenhang zwischen der Verteidigung des Kokablattes und dem hegemonialen Projekt von Evo Morales erläutert. Es wird in vier Abschnitten jeweils der Zusammenhang zwischen der Kokapflanze und der Neugründung Boliviens, des politischen wie gesellschaftlichen Wandels, der Wiedererlangung der de facto verlorenen nationalen Souveränität und der indigenen Identitätskonstruktion dargestellt.

2. Theoretische Zugänge

2.1. Ernesto Laclau und Chantal Mouffe: „Hegemonie und radikale Demokratie“

Im Jahre 1984 erschien *Hegemony & Socialist Strategy. Towards a radical democratic politics* von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Sie haben eine diskurstheoretische Neuformulierung einer Politik der Hegemonie entwickelt (vgl. Habermann 2008: 83). Das Ziel der Diskursanalyse nach Laclau und Mouffe war: „die Prozesse herauszustellen, in denen eine Auseinandersetzung über die Art und Weise erfolgt, wie die Bedeutung der Zeichen fixiert ist und die Prozesse, durch die bestimmte Bedeutungsfixierungen so konventionalisiert werden, dass wir sie als natürlich gegeben denken“ (Phillips/Jørgensen 2002: 25-26 zit. n. Weber 2013: 50). Laclau und Mouffe werden den Poststrukturalisten zugerechnet, da sie dessen Grundgedanken übernehmen, dass es nichts Unveränderbares oder Statisches gibt - alles kann im Diskurs und durch menschliche Tätigkeit verändert werden (vgl. Habermann 2008: 84). Bedeutungen können nie fixiert werden und dies führt zu andauernden sozialen Auseinandersetzungen über Definitionen über das Soziale und Identität (vgl. Phillips/ Jørgensen 2002: 24). Die Grenzen von Strukturierungen sehen Laclau und Mouffe in der Kontingenz und Ereignishaftigkeit im Sozialen. Deshalb können auch Entscheidungen und Machteffekte nie vorhergesagt werden und können nie determiniert sein (vgl. Nonhoff 2007: 9). Dies bedeutet jedoch nicht, dass es keine Versuche gibt diskursive oder gesellschaftliche Strukturen zu etablieren, jedoch werden diese Versuche immer ohne Erfolg sein. Diese Versuche werden als „Diskurse“ oder „Gesellschaft“ bezeichnet. Das erstrebte Ziel einer artikulatorischen Praxis ist die hervorgehende strukturierte Totalität, welche Laclau und Mouffe als Diskurs bezeichnen (vgl. Nonhoff 2007: 9 f). Die Theorie hegemonialer Diskurse von Laclau und Mouffe erlauben die gesellschaftliche Etablierung von Bedeutungen und spezifischen Wahrheiten (vgl. Weber 2013: 43). Diese Produktion von „gesellschaftlichen“ Wahrheiten wird über die Praxis der Artikulation erzielt. Das 'Soziale' oder 'die Gesellschaft' wird als ein zusammenhängendes Netz von Prozessen und Aushandlungen verstanden, innerhalb derer Bedeutungen entstehen und produziert werden (vgl. Phillips/ Jørgensen 2002: 25).

Laclau und Mouffe definieren Artikulation folgendermaßen: „[...] als *Artikulation* [bezeichnen wir] jede Praxis, die eine Beziehung zwischen Elementen so etabliert, daß [sic!] ihre Identität als

Resultat einer artikulatorischen Praxis modifiziert wird.“ (Laclau/Mouffe 2012: 141). Artikulation ist also eine Praxis, und Diskurse existieren in der Praxis ihrer Artikuliertheit (vgl. Reckwitz 2011: 303). Es kommt im Zuge der Artikulation zu „Verschiebungen bzw. zur Produktion von Interessen und Identitäten“ (Habermann 2008: 86). Artikulationen sind als Relationierungen von Elementen zu verstehen, „die im Zuge dieser Relationierung erst als differente, sinnhafte Elemente entstehen“ (Nonhoff 2007: 9).

„Indes ist eine diskursive Struktur keine bloß „kognitive“ oder „kontemplative“ Entität, sondern eine *artikulatorische Praxis*, die soziale Verhältnisse konstituiert und organisiert.“ (Laclau/Mouffe 2012: 131)

Indem einzelne Elemente in Diskursen artikulatorisch in Beziehung gesetzt werden, werden den Elementen Bedeutungen zugeschrieben. Es entsteht eine vorübergehende Verfestigung der Diskurse, die sich um so genannte Knotenpunkte formieren (vgl. Nonhoff 2007: 9). Ein Knotenpunkt ist privilegiertes Zeichen, um das sich andere Zeichen herum anordnen (vgl. Phillips/ Jørgensen 2002: 26). „Es existieren andauernde und dauernd scheiternde Prozesse der Vergesellschaftung und verschiedenste, fragile einander häufig gegenseitig beeinflussende gesellschaftliche Formierungen. Doch *die* Gesellschaft gibt es ebenso wenig wie den Diskurs.“ (Nonhoff 2007: 10) Was in der Sozialtheorie 'das Soziale' oder 'die Gesellschaft' genannt wird, ist bei Laclau nichts Weiteres als eine Agglomeration von Diskursen (vgl. Reckwitz 2011: 302). In seiner Grundstruktur ist eine Diskursformation grundsätzlich instabil, eine vorübergehende Fixierung kann es nur geben, wenn verschiedene diskursive Elemente als systematischer Zusammenhang von einem Außen abgegrenzt werden (vgl. Nonhoff 2010: 10). Den einzelnen Zeichen in einem Diskurs wird eine Bedeutung zugewiesen, und der Diskurs wird vorübergehend fixiert, indem alle anderen möglichen Bedeutungen ausgeschlossen werden. Ein Diskurs ist deshalb auch eine Reduktion an Möglichkeiten (vgl. Phillips/ Jørgensen 2002: 26). Alle Möglichkeiten an Bedeutungen für die einzelnen Zeichen sind Überdeterminierungen, diese werden aus dem Diskurs ausgeschlossen und dem *Feld des Diskursiven* zugewiesen. Das *Feld des Diskursiven* verstehen Laclau und Mouffe als Reservoir an Überdeterminierungen, welche im Zuge der Artikulation entstanden sind (vgl. ebd). Ein Diskurs ist demnach das „Innen“ und das Feld des Diskursiven das „Außen“, das Feld des Diskursiven beinhaltet alles, was der Diskurs ausschließt (vgl. ebd: 27). Ein Diskurs entsteht also immer in Relation und Abgrenzung zu einem Außen.

Laclau hebt den bei Foucault gemachten Unterschied zwischen diskursiven und nicht-diskursiven

Praktiken auf, d.h. sämtliche sozial-kulturelle Praktiken sind Bestandteile eines Diskurses, wie Objekte, Subjekte, Zustände und Praktiken und sind somit nicht auf die Sphäre der Sprache beschränkt (vgl. Nonhoff 2010: 9/ Reckwitz 2011: 302). Diskurse sind nach Laclau „relationale Sinnzusammenhänge“ (Reckwitz 2011) die sich in sprachlicher wie in schriftlicher Kommunikation manifestiert genau so wie in Praktiken des Umgangs mit Objekten.

Das „hegemoniale Projekt“ besteht nun darin im 'Feld des Sozialen' *Sinn* zu etablieren, d.h. gesellschaftliche Sinnproduktion zu betreiben und zu fixieren und vor allem auch die Identität der Subjekte bzw. der Subjektpositionen. Es soll nur einen Sinn als den einzig möglichen präsentiert werden (vgl. Reckwitz 2011: 304). Ein hegemonialer Diskurs beansprucht Allgemeingültigkeit und Alternativlosigkeit.

„Als strukturelle Totalität stellt ein Diskurs ein spezifisches System von Differenzen, von Unterscheidungen dar, die eine diskursspezifische Sinnwelt, eine 'Ordnung der Dinge' produzieren, in deren Zusammenhang den Dingen erst bestimmte Bedeutungen zugeschrieben wird und bestimmtes Handeln möglich ist.“ (Reckwitz 2011: 302)

Ein hegemoniales Projekt beruht auf 'sozialen Antagonismen' zu einem verworfenen Außen und dies bedeutet, dass es zugleich stabil und sich selbst destabilisierend ist. Laclau spricht von einer kulturellen Hegemonie wenn „es einem Diskurs gelingt, sich zumindest vorübergehend als universal und alternativlos zu präsentieren und zu instituieren“ (Reckwitz 2011: 304). Die Identität eines Diskurses ergibt sich aus einer Abgrenzung von einem 'Außen': daraus schließt sich, dass das diskursive Außen sowohl identitätsstiftend als auch identitätsbedrohend ist (vgl. Laclau 2002: 66-67). Der Kampf um kulturelle Hegemonie bzw. hegemoniale Stabilisierung ist der eigentliche Modus der Politik, da dauerhafte gesellschaftliche Formierungen und Herrschaftsverhältnisse immer im Wandel sind und 'das Soziale' nie fixiert werden kann. Eine Hegemonie über etwaige Gegner ist immer ein prekärer Zustand, weil sich sowohl Gegner als auch Verbündete einer totalen Kontrolle entziehen, und ständig auch Elemente aus dem Außen in den Diskurs dringen können (vgl. Nonhoff 2010: 12/ Weber 2013: 51).

Der Erfolg eines hegemonialen Projekts hängt von mehreren Faktoren ab wie z.B.: ob es möglichst viele Akteure an sich binden kann. Es ist wichtig verschiedenen Gruppen zu integrieren, um eine machtvolle Formierung zu erreichen. Diese Formierung ereignet sich über einen gemeinsamen Feind, doch die Forderungen an diesen Feind können innerhalb der Formierung unterschiedlich sein: „Folglich stiftet nicht etwas von allen geteiltes Positives deren Einheit, sondern etwas Negatives: ihre Opposition gegenüber einem gemeinsamen Feind“ (Laclau 2002: 71).

Die Festlegung von Subjektpositionen werden innerhalb einer diskursiven Formation bzw. eines gesellschaftlichen Diskurses vollzogen. Es wird „vorgegeben“ wie jeder Einzelne sich zu definieren und modellieren hat, um ein normales handlungsfähiges Subjekt zu sein (vgl. Reckwitz 2011: 302). Das Subjekt ist also die Subjektposition, die ein Einzelner durch die Vermittlung von Diskursen sich einverleibt. Das Subjekt ist somit ein Produkt des gesellschaftlichen Diskurses: „Das Subjekt ist kein Stifter des Diskurses, es ist ein historisch-spezifisches Produkt der 'Subjektivation' durch den Diskurs.“ (Reckwitz 2011: 302)

Zum Zusammenhang von Reproduktion und Neuproduktion von Sinn:

Einerseits findet immer eine gewisse ‚Sedimentierung‘ des Sozialen und des Sinns statt, eine Bedeutungs-routinisierung von Diskursen, andererseits an bestimmten Punkten ein Aufbrechen dieser Sinnordnungen, ein Aufbrechen, dem selbst nicht der Charakter der dramatischen Aberration, sondern der Normalität von Bedeutungsüberschüssen zukommt (ebd.: 303).

'Sedimentierte' Diskurse sind Diskurse die so fest etabliert sind, dass sie uns als natürlich gegeben erscheinen. Die Kontingenz jener Diskurse scheint zu vergessen, für Laclau ist dies das höchst erreichbare Ziel hegemonialer Diskurse. Es ist das historische Produkt von politischen Prozessen. Das „Politische“ verstehen Laclau und Mouffe als eine gesellschaftliche Organisation in einer Weise die alle anderen Möglichkeiten ausschließt (vgl. Phillips/ Jørgensen 2002: 36). „Das Politische ist [...] eine Konstellation, in der die Unentscheidbarkeit, die Kontingenz von Diskursen und damit von Lebensweisen sichtbar wird.“ (Reckwitz 2011: 307) Die Festlegung von Sinn und Identität in hegemonialen Projekten sind Ergebnisse kontingenter Entscheidungen, die auch immer anders hätten ausfallen können (vgl. ebd.).

Zur objektiven Verfestigung im Raum des Diskursiven wie des Sozialen kann es nur kommen, wenn die verschiedenen diskursiven Elemente eine Äquivalenzkette bilden und sich systematisch von einem Außen abgrenzen. Elemente sind jene Zeichen im Diskurs die noch nicht fixiert worden sind (vgl. Phillips/ Jørgensen 2002: 28). Zwischen dem Innen und dem Außen darf es zu keiner Kontinuität kommen. Diese Grenze ist nicht natürlich gegeben, sondern kann nur durch Ausschluss entstehen d.h. sie kann nur antagonistisch etabliert werden. Beide Seiten sind also in ihrer Existenz voneinander abhängig, Laclau redet deshalb auch von einem konstitutiven Außen (vgl. Weber 2013: 52 f). Die Äquivalenzkette steht für die momentan nicht erreichten Forderungen, die an das Außen gestellt werden.

Nur wenn das Jenseits zum Signifikanten reiner Bedrohung, reiner Negativität, des schlichtweg Ausgeschlossenen wird, kann es Grenzen und ein System geben (das heißt eine objektive Ordnung) (Laclau 2002: 68).

Dem Ausschließenden kommt eine Doppelfunktion zu: der Ausgeschlossene wird deshalb ausgeschlossen, weil seine Zugehörigkeit im Innen die Existenz des Innen unterminieren würde und andererseits existiert das Innen nur weil es das Außen gibt, es existiert in Abgrenzung bzw. in Relation zum Außen (vgl. Nonhoff 2007: 10). Ein Diskurs kann aber nie vollständig fixiert werden, da immer andere Bedeutungen aus dem Feld des Diskursiven in den Diskurs eindringen und Veränderungen anstellen. Die Identität des Diskurses ist somit immer bedroht und eine Schließung des Diskurses wird verhindert: „[...] das Außen behindert das Erreichen einer vollständigen Identität, da immer wieder Veränderungen möglich sind, wenn Elemente des Außendiskurses in den Diskurs eindringen.“ (Weber 2013: 51).

Die Identität eines Diskurses bzw. die Repräsentation des Allgemeinen konzeptualisiert Laclau über einen „leeren Signifikanten“, der ein wesentliches Kennzeichen jedes hegemonialen Projekts ist (vgl. Weber 2013: 51/ Nonhoff 2010: 13). Der leere Signifikant ist extrem unterbestimmt und ist von seiner Bedeutung entleert. Innerhalb der Äquivalenzkette wird der leere Signifikant zum Knotenpunkt und mit anderen Zeichen in Beziehung gesetzt und so erhält er seine Bedeutung im Diskurs (vgl. Phillips/ Jørgensen 2002: 50). Der leere Signifikant ist der Repräsentant aller Forderungen der Äquivalenzkette, innerhalb derer Differenzen ausgelöscht sind.

Der leere Signifikant schafft und hält die Identität eines Diskurses aufrecht indem dieser die ganze Äquivalenzkette darstellt. Es kommt so zu einer vorübergehenden Verfestigung der Bedeutung um diesen Knotenpunkt herum (vgl. Weber 2013: 53).

Ein hegemoniales Projekt vereint mehrere Gruppen die mitunter unterschiedliche Forderungen an ein gemeinsames Außen haben können. Gemeinsam ist diesen Forderungen, dass sie nicht erfüllt werden können und so erfolgt eine Abgrenzung zu dem Außen. Würden einzelne dieser Forderungen erfüllt werden, würden sie aus der Äquivalenzkette ausscheiden, die auch in der Folge zusammenbrechen könnte. So könnte sich auch keine hegemoniale Bewegung ergeben.

Wenn sich eine Äquivalenz zwischen den Forderungen gibt, können diese Forderungen einzelner Gruppen in allgemeine Forderungen übergehen. So können sich unterschiedliche Forderungen gegenüber einem gemeinsamen Außen vereinigen und eine Äquivalenzkette bilden (vgl. Weber 2013: 51 f). „Indem sich Äquivalenzketten der Forderungen bilden und es zur Bestimmung eines

Außen und damit einer Grenze kommt, entsteht Identität. Diese Identität wird durch eine partikuläre Forderung repräsentiert [...]“ (Weber 2013: 52). Die Differenzen innerhalb eines Diskurses unterliegen dann der Logik der Äquivalenz und es kommt zu einer notwendigen simplifizierten Identifizierung, die nur durch die Konstruktion eines Außen gelingen kann (vgl. Reckwitz 2011: 305). Je mehr Forderungen gestellt werden, desto länger wird auch die Äquivalenzkette. Dies birgt aber die Gefahr, dass eine Ansammlung an sehr heterogenen Forderungen eine Äquivalenzkette inhaltlich ärmer machen kann. Es ist deshalb wichtig, dass der leere Signifikant inhaltlich leer ist. Der leere Signifikant ist ein bindendes Element zwischen den einzelnen Forderungen, die eine große Diversität an Bedürfnissen und Interessen beinhalten (vgl. Claros 2012: 247). Sie werden aber über den leeren Signifikanten zusammengebunden um das „general crime“ zu überwinden (Nonhoff 2010: 12). Das „general crime“ kann seinerseits wiederum aus mehreren Elementen bestehen die auch als Äquivalent artikuliert werden. So kann es zur Herausbildung zweier sich konfrontierender Äquivalenzketten kommen und zur Aktualisierung des Antagonismus: auf der einen Seite das „general crime“ und auf der anderen Seite der Verbund von Positionen (vgl. Nonhoff 2010: 12).

Die damit erfolgende antagonistische Zweiteilung des diskursiv-sozialen Raums bildet [ein] Kernelement der hegemonialen Praxis (ebd.).

Ein hegemoniales Projekt kann sowohl im Kontext des Populismus oder im Kontext einer Demokratie erfolgen. Im Kontext des Populismus kann es aber zu weitaus größeren hegemonialen Projekten kommen als im Kontext der Demokratie. Im letzteren existieren verschiedene politische Bühnen und auf jeder Bühne kann es zu begrenzten hegemonialen Auseinandersetzungen kommen. Im Populismus allerdings bindet der hegemoniale Kampf verschiedene politische Bühnen aneinander, so dass ein Antagonismus gesamtgesellschaftlicher Dimension auftritt (vgl. Nonhoff 2010: 13 f).

2.1.1. Anwendbarkeit auf den Untersuchungsgegenstand

Nach diesen theoretischen Ausführungen soll nun der theoretischer Zugang von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe an die Thematik dieser Arbeit begründet werden.

Der eindeutige Sieg bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen vom 18. Dezember 2005 von Evo Morales stellte eine Zäsur in der bolivianischen Geschichte dar und war der Höhepunkt

jahrelanger Proteste die von verschiedenen sozialen Gruppen ausgetragen wurden. Der Sieg von Evo Morales zum ersten indigenen Präsidenten in der Geschichte Boliviens ist das Resultat eines starken Mobilisierungspotentials zwischen den Jahren 2000 und 2005 und ist durch eine Legitimationskrise der alten politischen Ordnung zu erklären, die sich durch den Ausschluss der indigenen Bevölkerung auszeichnete. Zudem konnte eine derartige Mobilisierung der Bevölkerung erreicht werden, da sie den durch den „Krieg gegen die Drogen“ nationalen Souveränitätsverlust zurückforderten und um sich vom Diktat der internationalen Gemeinschaft zu emanzipieren.

Morales und seine Partei MAS („Bewegung zum Sozialismus“) haben zuvor der bolivianischen Bevölkerung nicht nur einen Wandel versprochen, sondern eine Neugründung Boliviens („*Refundar Bolivia*“) - der neoliberale Staat sollte abgeschafft werden, der nationale Souveränitätsverlust wiedererlangt werden und die Koka sollte entkriminalisiert werden. Es zeichnet sich ein gesellschaftlicher Transformationsprozess ab, in dem die alte kreolische Elite weitgehend entmachtete wurde und der Staat grundlegend reorganisiert wird. So konnte ein Transformationsprozess initiiert werden, welches als hegemoniales Projekt bezeichnet werden kann. Die bereits erzielten Erfolge der Regierung – der Stopp der Wasserprivatisierung, die Wiedererlangung der Verfügungsgewalt über Erdgasvorkommen - sind umso beachtlicher, da sie den Interessen von mächtigen Konzernen und Nationalstaaten entgegenliefen (vgl. Ernst/Schmalz 2009: 9). Dieser Wechsel war möglich, da nicht nur die marginalisierte indigene Bevölkerung „ihren“ Präsidenten unterstützten, sondern auch die Mittelschichten, die ebenso unter den neoliberalen Strukturanpassungen seit den 1980er litten. Evo Morales und sein Gefolge konnten so viele soziale Gruppen an sein Projekt anbinden und schaffte sich eine breite Allianz zu seiner Unterstützung.

Die MAS ging aus der Kokagewerkschaft im Chapare hervor und trat stets für eine Entkriminalisierung der Kokapflanze ein. Die Kokapflanze ist eine sehr alte Kulturpflanze in den Anden und gilt bei manchen indigenen Gruppen als heilige Pflanze. Die Kokapflanze die durch internationale Richtlinien kriminalisiert wurde, wird vor allem aktiv durch die USA bekämpft. So eignet sich die Kokapflanze daher hervorragend als Symbol des Widerstands gegen die USA, da die USA nicht zuletzt durch ihren Drogenkrieg massive Einmischungen in die inneren Angelegenheiten von Bolivien unternahm.

Die Entkriminalisierung der Kokapflanze ist daher ein grundlegendes Anliegen für Evo Morales um den Erfolg seines hegemonialen Projekts nicht zu gefährden. Um eine Entkriminalisierung aber zu

erreichen muss auf internationaler Ebene ein Umdenken in der Drogenpolitik stattfinden sowie in ein Diskurswechsel. Dies hat sich Evo Morales zum Ziel gesetzt.

Der Bruch mit der alten Ordnung, der sich derzeit in Bolivien vollzieht wird in Kapitel 8 mit den theoretischen Zugängen von Laclau und Mouffe analysiert.

2.2. „invented tradition“ von Eric Hobsbawm

„Die Produktion von Bedeutungen und Identitäten als Prozeß [sic], als relationales Geschehen und als Praxis zu begreifen[...]“ (Kessel 1998: 15). Eric Hobsbawm gehörte zu den Pionieren der „neuen Kulturgeschichte“, die versuchten die Geschichte mit seinen Riten, Objekten und Ideen neu zu schreiben, und den Hang zur Inventarisierung und Musealisierung zu überwinden. Eric Hobsbawm hat einen neuen Bezug zu Traditionen hergestellt – er insistierte „auf dem Erfinden, dem voluntaristischen Design von Traditionen und identitätsstiftenden Symbolen“ (Kessel 1998: 15).

Andreas Exenberger unterscheidet drei Formen von Tradition, die intrinsische Tradition, die konstruierte Tradition sowie der Traditionalismus. Bei der intrinsischen Tradition handelt es sich im Wesentlichen um eine autochton überlieferte und seit längerer Zeit in zumindest ähnlicher Weise ausgeübte Lebenspraxis. Eine konstruierte Tradition ist eine meist von Eliten oder Außenstehenden erfundene oder imaginierte Lebenspraxis, die aber durchaus auch ausgeübt werden kann. Der Traditionalismus bezieht sich auf konstruierte Traditionen, die im Hinblick auf politische Ziele instrumentalisiert werden (vgl. Exenberger 2012: 71).

Zwischen diesen drei Formen kann es aber fließende Grenzen geben und die Zuschreibungen können sich je nach gesellschaftlicher Gruppe unterscheiden. Auch können Erinnerungen an die Konstruktion einer Tradition verschwimmen und somit kann eine Lebenspraxis zur intrinsischen Tradition werden. Ob eine Tradition zu Traditionalismus wird ist in besonderer Weise ein Diskursphänomen (vgl. Exenberger 2012: 71). Benennung ist in diesem Prozess ganz wesentlich, da nur über etwas gesprochen werden kann, was auch benannt ist. Benennung ist auch ein zentrales Machtmittel. Wer die Definitionsmacht auf seiner Seite hat, entscheidet über Wahrheiten. Wer etwas benennt konstruiert auch Realität oder kann durch die Benennung Realität verändern. Mit der Benennung wird auch immer eine Botschaft mitvermittelt, vor allem die Legitimierung oder Delegitimierung von Ansprüchen (vgl. Exenberger 2012: 73).

Hobsbawms Konzept der erfundenen Traditionen hilft uns zu verstehen, wie Traditionen instrumentalisiert werden. Das Konzept kann uns dabei helfen, wie Herrschaft und Macht, bzw. hegemoniale Projekte diverse Ansprüche mit dem Verweis auf Traditionen rechtfertigen bzw. legitimieren. Bei der Instrumentalisierung von dem was als Tradition bezeichnet wird, geht es um die bewusste und/oder unbewusste Vereinnahmung, Veränderung, Adaptierung und Neuinterpretation dessen, was als traditionell bezeichnet wird (vgl. Mückler 2012: 8). Es werden also vorgefundene Traditionen benutzt um neu interpretiert zu werden (vgl. Plener 2002: 2). Die Beschäftigung mit Tradition impliziert immer auch eine Beschäftigung mit den Begriffen „Identität“ und „Selbstrepräsentation“ (vgl. Mückler 2012: 10). Das „ayllu“ zum Beispiel dient als Selbstrepräsentation, die Aymara bekräftigen damit ihre eigene Identität und versuchen sich so von dem Außen zu distanzieren. „Ayllu“ dient als Fassbarmachung von vielfältigen Formen der Selbstrepräsentation gegenüber von Fremdgruppen. Sie bekräftigen so ihre eigene Identität und versuchen sich von Fremden zu distanzieren (vgl. Mückler 2012: 10f).

Mückler greift bei der Annäherung an den Begriff Tradition auf Platon zurück und dessen Auffassung nach dem Wesen der Dinge. „Das Wesen der Dinge, also der Kern einer Sache, erschließt sich nach Auffassung des griechischen Philosophen Platon nicht der sinnlichen Wahrnehmung, sondern nur dem theoretischen Denken.“ (Mückler 2012: 10).

Jocelyn Linnekin plädiert dafür, dass Traditionen als eine symbolische Konstruktion verstanden werden, und nicht als unveränderbare Bräuche die uns aus der Vergangenheit vererbt wurden. Das Verständnis von Traditionen als etwas natürlich Gegebenes impliziert, dass diese ein Wesen sind, die außerhalb unserer Interpretation, unseres theoretische Denkens liegen (vgl. Linnekin 1984: 273). Linnekin schlägt vor, Traditionen als Organismen zu betrachten, die wachsen und sich verändern und trotzdem noch immer dieselben bleiben (vgl. ebd.: 275). Traditionen unterliegen nach diesem Verständnis einem fortwährenden Wandel.

Against the naturalistic paradigm, which presumes boundedness and essence, we argue that tradition is a symbolic process: that „traditional“ is not an objective property of phenomena but an assigned meaning. When we insist that the past is always constructed in the present, we are not suggesting that present-day acts and ideas have no correspondence to the past. But we argue that the relation of prior to unfolding representations can be equally well termed discontinuous as continuous [...]. But this continuity of refernce is constructed in the present [...] (Linnekin 1984: 286).

Traditionen können je nach machtorientierten Zielsetzungen oder nach zweckorientierten Erwartungshaltungen von den Protagonisten als solche bezeichnet werden. Mückler macht einen Unterschied ob die resultierten Deutungsmuster von „oben“ (einer herrschenden Elite) oder von „unten“ kommen (Einzelpersonen oder Gruppen): letztere „erfinden“ Traditionen um sich entweder sichtbar zu machen oder sich abzugrenzen (vgl. Mückler 2012: 11).

Erfundene Traditionen sind demnach in ihrer jeweiligen Gegenwart konstruiert, aber in eine Vergangenheit zurückprojizierte Traditionen. Sie werden dazu instrumentalisiert als historische Fiktion bestimmte Normen und Strukturen gesellschaftlich zu legitimieren und fest zu legen. An diesem Punkt kann man wieder an Eric Hobsbawms Konzept der „erfunden Tradition“ anknüpfen: er unterscheidet „erfundene Tradition“ von Gewohnheit und Brauchtum auf der einen Seite, Konvention und Routine auf der anderen (vgl. Hobsbawm 1983: 2f). Hobsbawm definiert erfundene Tradition folgendermaßen:

'Invented tradition' is taken to mean a set of practices, normally governed by overtly or tacitly accepted rules and of a ritual or symbolic nature, which seek to inculcate certain values and norms of behaviour by repetition, which automatically implies continuity with the past. In fact. Where possible. They normally attempt to establish continuity with a suitable historic past (Hobsbawm 1983: 1).

Es sind also nicht alle Traditionen gleich erfundene Traditionen, denn Gewohnheiten, Rituale oder Konventionen sind natürlich ebenso tradiert. Bei dem Konzept der erfunden Tradition geht es Hobsbawm vielmehr um den Umgang mit Traditionen - wenn ihnen eine bestimmte symbolische oder rituelle Funktion zugeteilt wird. Ganz zentral ist die Wiederholung, dessen Funktion es ist, eine kontinuierliche Bedeutung und eine bleibende Verbundenheit zu suggerieren. Das Erfinden von Tradition heißt Sprache, Gesten, Gegenstände immer wieder zu wiederholen, bis man sich nicht mehr vorstellen kann, dass es auch einmal anders war (vgl. Dittmann 2004 :62f). Hobsbawm weist darauf hin, dass nicht alle Traditionen erfunden sind, sondern er macht ein Unterschied zwischen alten und neuen und zwischen Mischformen und Übernahmen (vgl. Plener 2002: 2). Erfundene Traditionen sind im Sinne Hobsbawms also entweder absichtlich erfundene oder manipulierte zurechtgelegte Überlieferungen, deren Traditionalität nur vorgespielt wird (vgl. Mückler 2012: 13).

Erfundene Traditionen helfen das idealisierte Selbstbild einer Gruppe zu konstruieren. Zu Zeiten gesellschaftlicher Desorientierung bzw. Neuorientierung haben Umdeutungen, Neudeutungen und Erfindungen von Wurzeln und Traditionen zu Legitimationszwecken Hochkonjunktur (vgl. Mückler 2012: 16).

Eine Tradition hat primär die Funktion Gruppenidentitäten zu schaffen bzw. zu erhalten. Es werden zu diesem Zweck Traditionen auserwählt oder selektiert, und so werden Gemeinschaften symbolisch konstruiert. Und mit der Funktion der Identitätschaffung hängt die Fähigkeit der Tradition zusammen, Legitimität zu erschaffen. Eine weitere Funktion ist ihre normative Kraft, Werte und Verhaltensnormen einzuüben, zu implementieren und zu festigen (vgl. Mückler 2012: 18). Eine dritte (und für meinen Kontext ganz wesentliche) Funktion der Tradition ist die Erneuerungskraft bzw. die Fähigkeit, Neuerungen zu legitimieren (Mückler 2012: 19). Traditionen können Kontinuität konstruieren und sind somit in der Lage, selbst oder vor allem in Umbruchzeiten, Selbstbestätigung zu bieten. Sie sind somit eine wesentliche Stütze in einem Wandlungsprozess. Traditionen werden immer für deren Instrumentalisierung konstruiert (vgl. Mückler 2012: 19). „Das Alte dient, durch Auswahl und Zielorientiertheit beschränkt, dem Neuen.“ (Mückler 2012: 19).

Tradition, die als eine Art „roter Faden“ gesehen werden kann, erscheint so als eine auf Dauer gestellte kulturelle Konstruktion von Identität und ist im Zusammenhang mit entsprechend kluger Einflussnahme eines der wirksamsten Mittel zur Durchsetzung von Herrschaftsansprüchen (Plener 2002: 2).

An dieser Stelle würde ich auch gerne kurz an Benedict Andersons Konzept der „imagined communities“ anknüpfen. Anderson wies darauf hin, dass Nationen vorgestellte Gemeinschaften sind, in denen die Mitglieder über die Zeit hinweg diskursiv aushandeln, was sie als verbindlich und gemeinsam betrachten. Im Laufe der Zeit entwickeln Nationen, aber auch Gruppen, ihre kollektive Biographie. Dabei tauchen immer wieder neue Definitionsprozesse auf, wo bestimmte Aspekte hervorgehoben oder vergessen werden und schaffen eigene Erzählungen: Narrative, aus denen Identität entsteht (vgl. Zöllner 2009: 2). Und eben diese Narrative sind im Verständnis von Hobsbawm künstlich erschaffen, also erfundene Traditionen. Sie suggerieren, dass sie immer schon dagewesen sind:

[...] the peculiarity of 'invented' traditions is that the continuity with it is largely factitious. In short, they are responses to novel situations which take the form of reference to old situations, or which establish their own past by quasi-obligatory repetition (Hobsbawm 1983: 2).

Die Konstruktion einer gemeinsamen Vergangenheit, die auf einem Konstrukt von Narrativen bzw. erfundenen Traditionen beruht, erklärt warum etwas so und nicht anders ist und darum nicht

verändert werden darf. Erfundene Traditionen erhalten so eine Aura des Ewigen und Unveränderlichen, das jeder Kritik entzogen ist (vgl. Eickelpasch 2004: 69).

2.2.1. Anwendbarkeit auf den Untersuchungsgegenstand

Durch den gesellschaftlichen Transformationsprozess in Bolivien erhalten die zuvor marginalisierten Indigenen ein Mitspracherecht. „In Bolivien, einem der indigensten Länder Lateinamerikas, spielt der Faktor Ethnizität eine wesentliche Rolle, beruht die wesentliche innergesellschaftliche Trennlinie doch auf ethnischer Zugehörigkeit“ (Mester-Tonczar 2011: 46). Die indigene Bevölkerung war weitgehend aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, obwohl sie die Mehrheit der Bevölkerung stellen.

Die Identitätspolitik von Evo Morales spielt daher beim gesellschaftlichen und politischen Wandel in Bolivien eine wesentliche Rolle und zeichnet sich unter anderem durch die Instrumentalisierung von Traditionen aus. Morales greift hier besonders auf den Konsum von Kokablättern zurück, die als sehr alte indigene Tradition dargestellt wird und durch die internationale Gemeinschaft kriminalisiert wurde. Diesen Umstand bezeichnet er als historischen Irrtum und als die Nicht-Anerkennung der indigenen Lebensweisen und ihrer Rechte. Morales instrumentalisiert diese Tradition um der Entkriminalisierung der Kokapflanze Legitimität zu verleihen. Das Indigene wird Teil des politischen Raumes, es wird also politisiert und als „politische Ressource“ erkannt. Somit erreichen die Forderungen eine größere Tragweite (vgl. Büschges/ Pfaff-Czarnecka 2007: 9).

Die Kokapflanze als Identifikationsobjekt erhält die Funktion eine Gruppenidentität zu schaffen und dies lässt die Annahme zu, dass die Regierung Morales „[...] mit einer Inklusionsstrategie operiert, indem den Jahrhunderte lang marginalisierten ethnischen Gruppen kulturelle Eigenständigkeit ermöglicht wird [...]“ (Mester-Tonczar 2011: 48).

3. Die internationale Drogenprohibition

Im folgenden Kapitel werden die internationalen Rahmenbedingungen für das drogenpolitische Handeln Boliviens dargestellt. Nach einer kurzen Darstellung der Geschichte der internationalen Drogenprohibition wird detaillierter auf die auswärtige Drogenkontrollpolitik der USA eingegangen. Die US-amerikanische Drogenpolitik und ihre Implementierung in anderen Ländern ist im Wesentlichen für den „war on drugs“ und seine Folgen in den betroffenen Ländern verantwortlich. Im letzten Teil dieses Kapitels wird kurz dargestellt wie diese Politik in Bolivien implementiert wurde und welche Auswirkungen diese auf das Land hatte.

3.1. Geschichte der internationalen Drogenprohibition

Die internationale Drogenprohibition nahm ihren Anfang im Zuge des internationalen Opiumabkommens von 1912 in Den Haag auf Bestreben der Vereinigten Staaten von Amerika. Das Ziel dieses Abkommens war es, auf internationaler Ebene einen einheitlichen Umgang mit dem Missbrauch von Opium und seinen Derivaten zu etablieren. Dieses Abkommen stellte die erste internationale Vereinbarung zur Kontrolle des Drogenhandels dar.

Die zweite Opium-Konferenz in Genf (November 1924-Februar 1925) führte zusätzlich neben Opium auch Heroin, Koka und Kokain als schädliche Substanzen ein (vgl. Lessmann 1994: 180). In der Anfangszeit der Drogenkontrolle waren die Forderungen und das Vorgehen der USA in einigen Ländern sehr umstritten. Das damalige deutsche Reich zum Beispiel bremste die USA zum Schutz der heimischen chemischen Industrie ¹ (vgl. Lessmann 1994: 53).

Die heutige Grundlage der internationalen Drogenpolitik bildet die im Jahre 1961 auf Druck der USA verabschiedete *Single Convention on Narcotic Drugs*. Diese Konvention beinhaltet alle bis dahin existierenden Verträge der internationalen Drogenkontrolle. Das Hauptanliegen dieser Konvention betrifft das Verbot des Anbaus von Koka, Schlafmohn und indischem Hanf sowie deren Weiterverarbeitung. In vier Listen sind insgesamt 116 Substanzen aufgezählt, die je nach Gefährlichkeit einer Liste zugeordnet sind (vgl. Schorr 2004: 15). Koka und Kokain sind in der Liste 1 enthalten, welche die als besonders gefährlich eingestufteten Substanzen enthält. Diese Liste

¹ Bayer war damals der größte Produzent von Heroin weltweit.

umfasst hauptsächlich jene Drogen, die illegal hergestellt werden, während die weiteren drei Listen jene Substanzen enthalten, die legal als Medikamente hergestellt werden.

Die Konvention wurde nicht in allen Ländern freiwillig ratifiziert, sondern dies geschah oftmals unter Druck der USA mit Androhung der Streichung internationaler Kredite (vgl. Krause/Simon 2009: 34). An der Spitze des UN-Kontrollsystems steht das International Narcotics Control Board (INCB) (Schorr 2004: 17).

In Bezug auf den Kokaanbau gibt es auf internationaler Ebene noch zwei weitere wichtige UN-Konventionen: die im Jahre 1971 verabschiedete *Convention on Psychotropic Substances* und jene aus dem Jahr 1988, die sogenannte „Wiener Konvention“: *Convention against Illicit Traffic in Narcotic Drugs Psychotropic Substances*. Die zweite Konvention von 1971 setzte den repressiven Grundcharakter der Single Convention von 1961 fort und erweiterte die Liste der verbotenen Substanzen um Halluzinogene, Stimulanzien, Hypnotika und synthetisch hergestellte Tranquilanzien (vgl. Krause/Simon 2009: 35). Die Wiener Konvention zielt vor allem auf die Verbesserung des Strafrechts im Bereich der Drogenkontrolle ab (vgl. Schorr 2004: 17). Zugleich erkannte die Wiener Konvention auf Bestreben der Andenländer erstmals seit Einführung der Drogenkontrolle den „traditionellen“ Konsum von Koka an, wenn ausreichende historische Relevanz vorgelegt werden kann. Ansonsten sind alle „Drogenpflanzen“ laut dieser Konvention auszurotten (vgl. ebd). Alle Mitgliedsstaaten verpflichteten sich dazu eine „drogenfreie“ Welt bis zum Jahr 1998 zu schaffen.

Die repressive Drogenpolitik, propagiert von den USA, konnte sich mithilfe einer von Hysterie und dem stetig wiederkehrenden Bild einer „drohenden Drogenwelle“ durchgesetzt werden. Der „war on drugs“ konnte so zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe erklärt werden und die breite Bevölkerung akzeptierte ohne großen Widerspruch, dass in diesem „Krieg“ Unmengen an Steuergelder investiert wurden (vgl. Krause/Simone 2009: 35).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die USA sowohl im eigenen Land als auch international die Sichtweise propagiert haben, Drogen seien ein weltweites Problem und unter diesem Vorwand wurden universelle Normen aufgestellt. Die internationale Drogenbekämpfung wird so von internationalen Richtlinien geleitet, die aber de facto unilateral aufgestellt wurden (vgl. Mester-Tonczar 2011: 88). „Im Hinblick auf die Entwicklung der internationalen Drogenkontrolle und ihrer wesentlichen Inhalte kann man von einer Internationalisierung der US-Politik sprechen.“ (Schorr 2004: 18)

3.2. Die auswärtige Drogenkontrollpolitik der USA

Das Drogenthema war in den USA besonders in den 80er und 90er Jahren ein bedeutendes Thema in der amerikanischen Innenpolitik. Die Art der Berichterstattung über das Drogenthema in den Medien forcierte unter der amerikanischen Bevölkerung die Wahrnehmung des Drogenkonsums als Bedrohung für Recht und Ordnung (vgl. Margraf 2003: 18 ff).

In den USA war das Feld der Drogenpolitik zudem auch immer ein Betätigungsfeld für individuelle Karriereabsichten, wie zum Beispiel von Harry J. Anslinger, der zu den radikalsten Drogenbekämpfern zählt und die repressive Ausrichtung der US-Drogenpolitik wie kein anderer prägte (vgl. Schorr 2004: 19).

„Nicht zuletzt war der subjektivistisch-moralische und emotionalisierte Drogendiskurs gewissermaßen eine Nährlösung für Karrierismus und populistische Profilierung [...], wodurch er zusätzliche Dynamik gewann.“ (Margraf 2003.: 57)

Die USA haben die Haager Konvention sehr rasch ins nationale Recht aufgenommen, durch die Verabschiedung des „Harrison Narcotics Act“ von 1914. Neben dem Handel mit Opium, Morphin und Heroin wurde auch der Handel mit Kokain reguliert. 1922 wurde das Gesetz verschärft und im Jahr 1937 wurde vor allem aufgrund der Bestrebungen von Anslinger der „Marihuana Tax Act“ verabschiedet. So wurde die Verbotspolitik auf Cannabis ausgeweitet (vgl. Lessmann 1994: 54).

Das Drogenproblem wurde von einem Großteil der Bevölkerung als das schwerwiegendste Problem des Landes wahrgenommen. In den USA lässt sich diese Wahrnehmung auch mit der protestantischen Ethik puritanischer Einwanderer erklären, die bis heute noch Einfluss auf das Werte- und Normengefüge hat (vgl. Schorr 2009: 179/Lessmann 1994: 48). Der wirtschaftliche Erfolg der Einwanderer fußte auf ihrem Fleiß und Sparsamkeit sowie auch auf der Beherrschung des Triebens und Zügelung des Genusses (Lessmann 1994: 48). Die Abstinenzlerbewegung (*temperance movement*) halten jegliche Form von Genussmittelkonsum als schädlich für den eigenen Körper, aber vor allem auch für den gesunden „Volkskörper“. Der Konsum von Drogen wurde daher in den Staaten (als einer der ersten Staaten weltweit) schon im Jahre 1922 verboten (vgl. Schorr 2009: 179).

Aufgrund dieser u.a. medial heraufbeschworenen Angst bei der Bevölkerung gegenüber einer „drohenden Drogenwelle“ geriet die Politik unter öffentlichen Handlungsdruck (vgl. Margraf 2003: 18 ff). Bettina Schorr argumentiert zudem auch, dass die damaligen politischen Entscheidungsträger – sowie auch die heutigen PolitikerInnen - die Drogen als „nützlichen Feind“ hernahmen um von innenpolitischen Missständen abzulenken (vgl. Schorr 2009: 175). Die Analysekategorie des nützlichen Feindes stammt von den skandinavischen Kriminologen Nils Christie und Kjetil Bruun. Ein „nützlicher Feind“ in der Politik sollte folgende Eigenschaften haben:

„Sie müssen sowohl gefährlich als auch unmenschlich erscheinen und sich idealerweise einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe zuordnen lassen. Jedoch darf der Feind nicht zu konkret sein: er muss gerade klar genug sein, um bekämpft zu werden, gleichzeitig aber so unklar, dass er hinter jeder Ecke vermutet werden kann.“ (ebd.)

Solch nützliche Feinde sind aber immer nur dann nützlich wenn sie auch wirklich real existieren, d.h. sie sollen nie endgültig bekämpft werden. „Man hofft zwar auf Siege, nicht aber auf permanenten Frieden“ (ebd.). Die Drogen können in den USA als solch nützliche Feinde klassifiziert werden (vgl. ebd.). So ist es auch nicht verwunderlich, dass Gesetze bezüglich der Drogenkontrolle nicht selten in Wahljahren verabschiedet wurden und als Wahlkampfthema dienten, wie zum Beispiel der *Anti Drug Abuse Act* von 1988 (vgl. Margraf 2003: 19).

In den USA herrscht seit jeher die Auffassung bei der weißen Bevölkerung, dass der Drogenkonsum vor allem unter (ausländischen) Minderheiten und Randgruppen verbreitet ist. So wurde das Opium mit den eingewanderten Chinesen in Verbindung gebracht und der Konsum von Marihuana wurde der mexikanischen Einwanderergruppe angelastet. In den Südsaaten war der Glaube weit verbreitet, dass der Konsum von Kokain unter der schwarzen Bevölkerung Gewaltkriminalität fördere, und insbesondere Vergewaltigungen gegen (weiße) Frauen hervorrufen würde (vgl. Lessmann 1994: 51/ Schorr 2004: 19).

In den 60er Jahren wandelte sich aber der Drogendiskurs, da die Konsumenten plötzlich und offensichtlich nicht mehr ausländische Minderheiten waren, sondern die Kinder aus der bürgerlichen Mittelschicht. Nun gerieten die Händler vermehrt ins Visier der Polizei und Justiz und es setzte sich in weiterer Folge die Wahrnehmung durch, dass die Drogen hauptsächlich aus dem Ausland bezogen wurden. Der Drogendiskurs erweiterte sich somit nach und nach durch eine geopolitische Komponente (vgl. ebd: 57 f).

In weiterer Folge war das Thema Drogen für die politischen Entscheidungsträger nicht mehr nur ein innenpolitisches Thema, sondern es wurde zunehmend als eine Bedrohung von außen wahrgenommen. So erklärte Nixon während seinem Wahlkampf im Jahre 1972 den Drogen den Krieg („*war on drugs*“), obwohl es zu dieser Zeit zu keinem besorgniserregenden Aufschwung des Drogenkonsums gekommen war. Nixon erkannte vielmehr das Potential welches in diesem Thema steckte (vgl. Schorr 2009: 179). Diese Ausrufung vom Krieg gegen Drogen sollte keine Metapher bleiben, sondern dieser Krieg sollte bald an dem Herkunftsort der Drogen geführt werden. Die Strategie lautete bald: „going to the source“. Die Strategie von Nixon basierte vor allem auf *law enforcement*, also der Durchsetzung der Strafgesetze. Diese konnten aber keine zufriedenstellenden Resultate aufweisen und so wurden für den Kampf gegen Drogen die ersten Drogenbehörden geschaffen. Zunächst aber geriet das Thema nach der Präsidentschaft von Nixon zugunsten des Kalten Krieges ins Hintertreffen, bis in den 80er Jahren der Konsum von Kokain und seiner gefährlicheren Variante *Crack* in den USA Spitzenwerte erreichte (vgl. Bergfeld 2009: 86).

Im Jahre 1973 wurde die DEA (Drug Enforcement Agency) gegründet. Diese Drogensonderpolizei ist dem Justizministerium untergeordnet und ist zuständig für alle Fahndungsaktivitäten im Bereich der nationalen und internationalen Rauschgiftkontrolle. Für die Formulierung und Koordinierung internationaler Antidrogenprogramme ist das ebenfalls im Jahre 1973 gegründete (damals allerdings unter dem Namen Bureau of International Narcotic Matters) Bureau of Internationale Narcotics and Law Enforcement Affairs (INL) (vgl. Schorr 2009: 179). Der Krieg gegen Drogen wurde schließlich Mitte der 80er Jahre unter der Präsidentschaft von Ronald Reagan begonnen. Der übermäßige Konsum von Crack veranlasste ihn dazu den Drogenhandel als eine tödliche Bedrohung der nationalen Sicherheit zu erklären. Das Motto lautete nun „going to the source“ und es kam zur Ratifizierung zweier neuer Gesetzespakete (Anti Drug Abuse Act I und II). Die Drogenproduktion sollte nun in den Anbauländern, also an der Quelle gestoppt werden und somit gerieten die drogenproduzierenden Länder erheblich unter Druck (vgl. Schorr 2009: 180). George Bush Sr. folgte im Großen und Ganzen der Politikausrichtung von Reagan. Unter seiner Präsidentschaft wurde die Andenstrategie verabschiedet, die noch stärker die Drogenbekämpfung in die Andenländer verlagerte. Clinton verabschiedete sich während seiner Präsidentschaft vom martialischen Diskurs seiner Vorgänger bis ihm die Republikaner Untätigkeit vorwarfen. Daraufhin verschärfte auch er wieder seinen Kurs in der Drogenpolitik und die „Air Bridge Denial“ Strategie wurde entworfen. Durch die Unterbrechung der Schmuggelaktivitäten sollten die Preise derart in die Höhe steigen um den Konsum zu verringern. George Bush übernahm den „Plan Colombia“, der sich fast vollständig an den Ansätzen der Andenstrategie seines Vaters orientierte (vgl. Schorr 26 ff).

In den USA besteht ein Widerspruch zwischen dem sehr hohen Konsum von Drogen und der gleichzeitigen gesellschaftlichen Ächtung gegenüber dem Drogenkonsum (vgl. Lessmann 1994: 48). Der amerikanische Experte für Drogenkontrolle David F. Musto veröffentlichte im Jahre 1987 das bahnbrechende Buch „The American Disease“ und sieht den vergleichbar hohen Drogenkonsum in den USA als Ausdruck von Krisen und Widersprüchen in der amerikanischen Einwanderergesellschaft (vgl. ebd.). Andere Autoren sehen in der aus den USA exportierten Drogenkontrolle ein klassisches Nord-Süd-Szenario. Der Drogendiskurs wurde stets von den USA dominiert und durch die asymmetrischen Beziehungen zu den drogenproduzierenden Ländern im „Süden“ konnten sie ihre repressive Drogenpolitik durchsetzen (vgl. Schorr 2009: 177). Die USA konnten so auch unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung in die innenpolitischen Geschehnisse wie z.B.: in den Andenländern direkt eingreifen.

Die Drogenpolitik entwickelte sich in Phasen, wobei mal repressive mal liberalere Denkansätze dominierten. Doch die repressive Grundposition gegenüber dem Drogenproblem hatte zur Folge dass der juristische Diskurs Oberhand über dem medizinischen bzw. wissenschaftlichen Diskurs behielt (vgl. Lessmann 1994: 56). So ist das „Drogenproblem“ auch ein sehr subjektiv konstruiertes Problem und wissenschaftliche Studien werden aus dem drogenpolitischen Diskurs ausgeschlossen. Ein Beispiel ist eine Studie der WHO aus dem Jahr 1995, die besagte, dass der Konsum von Kokablätter weder psychische noch körperliche Schäden beim Konsumenten zur Folge hätte:

Use of coca leaves appears to have no negative effects and may have a therapeutic value as a tonic (WHO 1995: 29).

Die USA haben aber unter dem Druck die finanziellen Mittel einzustellen verhindert, dass die Studie publiziert wurde (vgl. Farthing/Kohl 2010: 205).

Die Drogen wurden als eine Bedrohung für den gesunden Volkskörper wahrgenommen und diese Sichtweise wurde sowohl von der Politik als auch von den Medien propagiert. Der Konsum von Drogen wurde als unamerikanisch abgestempelt, und die öffentliche Wahrnehmung war davon beherrscht, dass Drogen von ethnischen Minderheiten eingeschleppt wurden. So eigneten sich die Drogen als idealer Sündenbock für gesellschaftliche Probleme und war stets ein willkommenes Thema um von anderen innenpolitischen Themen abzulenken (vgl. Lessmann 1994: 56). Durch den Export der Drogenpolitik wurden aber letztendlich die drogenproduzierenden Länder zur

Rechenschaft gezogen und die Zertifizierungspolitik der USA nahm diese in Pflicht. Im nächsten Abschnitt wird diese nun vorgestellt.

3.2.1 Zertifizierungspolitik des US-amerikanischen Kongresses

Die Außenpolitik in den USA ist bestimmt durch die Konkurrenz zwischen Kongress und Exekutive. Der Kongress kann die Außenpolitik vor allem durch seine Gesetzgebungs- und Geldbewilligungskompetenz mitbestimmen. Die Exekutive ist für die Implementierung zuständig. Dies gilt auch für die auswärtige Drogenpolitik. Die Drogenpolitik war zumindest bis 9/11 deshalb so ein Anliegen im Kongress, da es in der amerikanischen Bevölkerung ein so großes Ansehen genoss und deshalb Wählerstimmen zu gewinnen waren. Die auswärtige Drogenpolitik wird mit den Mitteln der Auslandshilfe finanziert. Die Auslandshilfe finanziert eine Reihe von Programmen, die meistens den Interessen der USA dienen. Durch die Budgethoheit des Kongresses hat der Kongress hier ein großes Mitspracherecht (vgl. Margraf 2003: 22 ff).

Der Zertifizierungsprozess ist im *Drug Abuse Act* von 1986 festgeschrieben worden. Der Kongress beauftragt die Regierung durch dieses Gesetz mit der jährlichen Überprüfung der drogenproduzierenden Länder in ihren Bemühungen die Drogenproduktion zu bekämpfen. So bekam das Drogenthema in der Außenpolitik mehr Gewicht. Bis dahin lag der Schwerpunkt der Drogenpolitik vor allem in der Verknappung des Angebots, d.h. in der Bekämpfung im Inland und in den auswärtigen Beziehungen wurde dem Drogenthema keinen hohen Stellenwert zugesprochen. Doch der Kongress wurde zunehmend ungeduldiger, als die repressiven Maßnahmen der angebotsorientierten Drogenbekämpfung keine Erfolge verbuchen konnten und so wurden neben dem Präsidenten und der Exekutive zunehmend auch die Drogenproduktions- und Transitländer kritisiert (vgl. Margraf 2003: 27 f).

Der *Anti Drug Abuse Act* erlaubt den in der Drogenbekämpfung involvierten Institutionen auch Aktivitäten im Ausland durchzuführen. So ist es der Drogenpolizei zum Beispiel erlaubt im Ausland Verhaftungen vorzunehmen, oder an Fahndungsaktivitäten teilzunehmen. Auch dürfen Vermögenswerte aus Drogengeschäften eingefroren werden. Die Erweiterung des *Foreign Assistance Act* von 1961 war für die drogenproduzierenden Länder aber von noch größerer Bedeutung. Hier wurden Wirtschaftshilfen der USA an die Kooperationsbereitschaft in der Drogenbekämpfung geknüpft (vgl. Bergfeld 2009: 77). Am 1. März jedes Jahres muss der US-Präsident vor dem Kongress jene Länder bescheinigen die mit den Vereinigten Staaten völlig

kooperiert haben um die Ziele der *United Nations Drug Convention* zu erreichen. Länder die nicht zertifiziert werden, müssen mit Sanktionen rechnen wie zum Beispiel mit der Streichung von Wirtschaftshilfe, der Verweigerung bei der Zustimmung von Krediten bei internationalen Finanzinstitutionen (z.B.: Weltbank, IWF), oder einem Handelsembargo. Sollte ein Land nicht voll kooperativ gewesen sein, kann der Präsident das Land dennoch zertifizieren wenn nationale Sicherheitsinteressen auf dem Spiel stehen. Die Zertifizierung hat sich in der Praxis jedoch mehr als ein rein politisches Instrumentarium erwiesen als dass die tatsächliche Drogenbekämpfung betrachtet wurde. So wurde zum Beispiel der Iran stets dezertifiziert, obwohl der Iran eine harte Drogenpolitik verfolgt (vgl. Bergfeld 2009: 77).

Der Zertifizierungsprozess wurde einige Jahre später durch die *Letters of Agreement* (LOA) erweitert. In diesen bilateralen Abkommen werden für jedes Land alljährlich die drogenpolitischen Leistungen und Ziele definiert. Die Unterzeichnung dieser Abkommen ist eine Voraussetzung für die Zertifizierung.

Als Morales im Jahr 2006 Präsident von Bolivien wurde und ein Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik einläutete kamen aus den USA überwiegend negative Signale (im Gegensatz zu der EU, die Morales bei seinem Drogenbekämpfungsplan finanziell unterstützen). Das Budget für Anti-Drogenhilfe an Bolivien wurde im Fiskaljahr 2007 um 25 Prozent gekürzt. Zudem verlangten die USA in einem Zwischenbericht zur Zertifizierung im September 2006 die Rückkehr zur bisherigen Kokavernichtungspolitik. Morales wies dies in einer Rede vor der UN-Generalversammlung im Jahr 2006 scharf zurück. Außerdem drohten die USA mit der Nichtverlängerung eines Abkommens für zollfreie Importe (*Andean Trade Promotion and Drug Eradication – ATPDEA*), das im Dezember 2006 auslief und an dem bis zu 100.000 Arbeitsplätze in Bolivien hingen. Es wurde dann tatsächlich nicht verlängert und nach Ausweisung der DEA aus Bolivien wurde im Jahr 2008 schlussendlich die Zertifizierung entzogen (Lessmann 2010: 187 f).

Obwohl sich schon längst die Ansicht durchgesetzt hat, dass die Drogenpolitik gescheitert ist, halten die USA trotzdem an der repressiven Drogenpolitik fest. Klar ist aber auch, dass die Drogenprohibition das organisierte Verbrechen erst ermöglichen. Ohne Prohibition und Verfolgung wäre der Handel mit Drogen nicht so lukrativ. So war der Handel mit Spirituosen während der Alkoholprohibition in den 20er Jahren der Startschuss für den Aufstieg des organisierten Verbrechens in den USA. Der Fortbestand dieser Organisationen wird durch die Drogenprohibition gesichert (vgl. Lessmann 1994: 58).

3.2.2 Implementierung und Auswirkungen der US-amerikanischen Drogenpolitik auf Bolivien

Die USA setzten ab den 70er Jahren die Drogenpolitik vermehrt auf ihre außenpolitische Agenda, so auch für Bolivien. Doch bis 1982 wurde Bolivien von einer Militärdiktatur regiert. Unter General Garcia Meza froren die USA die bilateralen Hilfen ein und es kam zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Erst die Wahl von Hernan Siles Suazo 1982 leitete die gegenwärtige demokratische Phase ein, die es den USA wieder erlaubte Bolivien finanziell zu unterstützen und ihre Drogenbekämpfung im Land aufzunehmen. Die Regierung Siles regierte in einem vergleichbaren Dilemma wie die heutige Regierung von Morales: (vgl. Bergfeld 2009: 86 f)

„[...]Einerseits die ökonomische Stabilisierung und Konsolidierung des fragilen demokratischen Prozesses zu erreichen und andererseits die Notwendigkeit, Kooperationswillen im Bereich der Drogenbekämpfung zu zeigen, angesichts der Konditionierung der bilateralen Beziehungen an der Drogenfrage und der ökonomischen und politischen Abhängigkeit Boliviens von den Vereinigten Staaten.“
(Bergfeld 2009: 87)

Das Regieren in solch einem Spannungsfeld wird zudem durch die unterschiedliche Wahrnehmung der Drogenthematik in den USA und Bolivien erschwert. In den USA werden Drogen als Bedrohung der nationalen Sicherheit begriffen, während in Bolivien dieses Thema mehr als Problem der Strafverfolgung oder der Volksgesundheit wahrgenommen wird (vgl. Bergfeld 2009: 70). Während Bolivien stets nach dem Prinzip der „gemeinsamen Verantwortung“ zwischen Produzenten- und Konsumentennationen handeln wollte, haben die USA immer auf schärfere strafrechtliche Bestimmungen gedrängt (vgl. Schorr 2004: 18). Zudem wurde dem bolivianischen Regierungsapparat die Arbeit durch die unüberschaubare Zahl an involvierten Behörden erschwert. Das Verhältnis ist somit von einer starken Präsenz bürokratischer Politik gekennzeichnet. Dies macht den ohnehin schon schwachen Staat in Bolivien extrem angreifbar (vgl. ebd.: 69).

Die Implementierung der amerikanischen Drogenpolitik in Bolivien hat schlussendlich mehr ein Nachhaltigkeitsdesaster hervorgebracht (vgl. Lessmann 2010) als dass erwünschte Ziele erreicht wurden, trotz der enormen Summen und Ressourcen die für die Programme der Drogenbekämpfung zur Verfügung gestellt wurden. Ellen Leichtman nennt hierfür vier Gründe: erstens blieb der Handel mit Koka aufgrund der schleppenden Wirtschaft eine der einträglichsten Geschäfte in Bolivien, zweitens ist bzw. war der Handel mit Drogen in vielen Segmenten der bolivianischen Gesellschaft

eingebettet inklusive des Militärs, der Polizei, des Justizwesens und der Regierung, drittens waren die Eradikationsprogramme der USA nicht in einer allumfassenden Drogenpolitik integriert, sondern sie wurden *die* Strategie und viertens haben die Eradikationsprogramme die ohnehin schon fragile Demokratie in Bolivien noch mehr untermauert. So wurde in den 80er Jahren die Kokapflanze und dessen Anbau zum ersten Mal in der Geschichte von Bolivien zu einem Problem (vgl. Leichtman 2000: 64). Die USA bleiben aber bis heute bei ihrer Überzeugung, dass nur die Produktion vom Rohmaterial für Drogen eingedämmt werden muss um das Drogenproblem weltweit verschwinden zu lassen. Dabei blenden sie völlig aus, dass die Kokapflanze nicht nur für die Drogenproduktion angebaut wird, sondern darüber hinaus einen hohen traditionellen Wert in der Andenregion genießt (vgl. Leichtman 2000: 68).

Als die internationale Drogenkontrolle im Jahr 1912 ihren Anfang nahm, hielten sich die USA im Ausland noch weitgehend zurück. Zu dem damaligen Zeitpunkt waren für die Drogenbekämpfung noch nicht viele Stimmen zu gewinnen. Nach dem zweiten Weltkrieg waren die USA mehr mit der Bekämpfung des Kommunismus als mit der Bekämpfung von Drogen beschäftigt und zudem wollten sie die Staaten in Lateinamerika nicht weiter destabilisieren. Ihr Hauptziel „in ihrem Hinterhof“ war bis dahin Demokratie und freie Marktwirtschaft zu propagieren (vgl. Leichtman 2000: 68).

Um Stimmen für den Drogenkrieg zu gewinnen, mussten die Drogen entweder eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen, für die drogenproduzierenden Länder oder für Beide. Die USA implementierten in lateinamerikanische Länder massiv Entwicklungsprogramme und stellten hohe finanzielle Hilfen zur Verfügung. Die wirtschaftlichen und politischen Instabilitäten halfen den USA die Drogenkontrolle mit den bereits etablierten Hilfen für Militär, Polizei und Aufstandsbekämpfung zu verbinden. Unter Präsident Reagan wurde der *Posse Comitatus Act* im Jahre 1981 novelliert. Durch diese Novellierung war es ab nun dem Militär erlaubt Einsätze bei der Bekämpfung des Drogenhandels durchzuführen.

Ab den 70er Jahren fing die Drogenproblematik in den Beziehungen zwischen den USA und Bolivien zu dominieren und wurde zum größten Streitpunkt. In den 80er Jahren wurde Bolivien zu einem der größten Koka-Produzenten. Der *Kokain-Putsch* des bolivianischen General Garcia Meza im Jahre 1980 führte zum Tiefpunkt in den Beziehungen beider Länder (vgl. Bergfeld 2009: 86). Es konnten ihm enge Beziehungen zum Drogenhandel nachgewiesen werden. Darüber hinaus gab es sehr enge Verflechtungen zwischen der Militärjunta, paramilitärischen Gruppen und dem

Drogenhandel. So war zum Beispiel der Innenminister seiner Regierung, Luis Arce Gomez, der Cousin einer der größten Drogenbosse von Bolivien, Roberto Suarez (vgl. Leichtman 2000: 63). Die USA stellten ihre bilateralen Hilfen ein und Bolivien war international diskreditiert. Die diplomatischen Beziehungen wurden auf ein Minimum reduziert, lediglich die CIA und die DEA verblieben in Bolivien. Das Ende dieser Militärdiktatur 1981 leitete die bis heute andauernde demokratische Phase ein (vgl. Bergfeld 2009: 86). Die Wirtschaft Boliviens blieb trotzdem weiterhin von den Einkünften aus Drogengeschäften abhängig und der Anbau von Koka blieb für viele Bauern die einzige Einnahmequelle. Die Wiederherstellung einer Zivilregierung unter Hernán Siles Suazo erlaubte den USA ihre Zivilhilfe und vor allem ihre Drogenbekämpfungshilfe wieder aufzunehmen. Durch die Zertifizierungspolitik und die große finanzielle Abhängigkeit von den USA zwang die Regierung vier bilaterale Abkommen zur Anti-Drogen-Politik zu unterzeichnen. Bolivien verpflichtete sich mit der Unterzeichnung zur Eradiktion überschüssiger Anbauflächen und die USA zu Substitutionsprogrammen durch USAID (vgl. Bergfeld 2009: 87).

Im Sommer 1985 kollabierte weltweit der Zinn-Markt mit schwerwiegenden Folgen für Bolivien. Die Hyperinflation erreichte Rekordwerte und der damalige Präsident verfolgte einen harten Sparkurs. Es wurden unter anderem zahlreiche nicht-produktive Staatsbetriebe verkauft, darunter auch viele Zinn-Bergwerke. Um Geldabflüsse ins Ausland zu verhindern, wurde sogar den Drogendealern erlaubt, ihr Geld in Bolivien zu waschen (vgl. Leichtman 2000: 75 f). Viele der durch diese Krise freigesetzten Minen-Arbeiter wanderten damals in den Chapare um dort Koka anzubauen. So erhielt der Kokaanbau in den 80er Jahren erneuten Aufschwung (gepaart mit schnell steigender Nachfrage nach Kokain in den USA).

Im Jahre 1986 führten die USA ihre erste große Anti-Drogen-Operation durch, an der US-Streitkräfte auf fremden Boden offiziell beteiligt waren. Ziel der *Operation Blast Furnace* war Kokain-Labore auszuheben, Transportwege für Koka und benötigte Chemikalien abzuschneiden und Schmuggelflugzeuge abzufangen (vgl. Bergfeld 2009: 87). Diese Operation wurde durchgeführt von CIA, DEA, dem US-Militär und der bolivianischen UMOPAR². Die Operation wurde im Alleingang der US-Botschaft in Bolivien geplant und richtete sich gegen die bolivianische Verfassung, welche die Anwesenheit fremder Truppen ohne Zusage des Kongresses untersagt, doch die USA haben solch rechtliche Angelegenheiten weitgehend ignoriert (vgl. Leichtman 2000: 15 ff). Dies war nicht nur eine Demütigung für den damaligen Präsidenten Paz

² Die UMOPAR ist eine mobile Einsatztruppe, die in den Koka-Anbaugebieten stationiert wurde. Diese Einheit wurde zu einem großen Teil von den USA finanziert und unterstützte im Gegenzug den Drogenkrieg der USA in Bolivien.

Estenssoro sondern auch eine tiefe Missachtung gegenüber der bolivianischen Souveränität. Die USA haben dabei mögliche Konsequenzen bezüglich der politischen Stabilität Boliviens weitgehend außer Acht gelassen. In der bolivianischen Bevölkerung gab es massive Proteste gegen die Präsenz der amerikanischen Truppen und die USA riefen in der bolivianischen Bevölkerung durch ihr aggressives Vorgehen Unmut hervor:

When citizens of Bolivia see that democratic institutions are allowed to function only when they coincide with the policies of the US, or the current Bolivian leader for that matter, the idea of democracy becomes illusionary (Leichtman 2000: 77).

Der Schaden der mittlerweile durch den Drogenkrieg in Bolivien entstanden ist, ist viel größer zu bewerten als der Schaden der durch den Drogenkonsum entsteht, wie z.B.: extreme Korruption, Gewalt und enorme Umweltschäden.

Das Ausmaß der wirtschaftlichen Abhängigkeit Boliviens am Drogenhandel war bzw. ist so groß, dass jede effektive Bekämpfung von Anbau bis Handel schwerwiegende soziale und wirtschaftliche Folgen hätte. So haben die Regierungen mehr oder weniger immer versucht ein Minimum an Bekämpfung durchzusetzen um die internationale Gemeinschaft zufrieden zu stellen um weiterhin finanzielle Hilfen zu erhalten und gleichzeitig haben sie versucht alles zu unterlassen um den sozialen Frieden in Bolivien nicht zu gefährden. So war zum Beispiel eines der Sinnsprüche vom ehemaligen Präsidenten Jaime Paz Zamora, dass er nur so lange internationale Richtlinien verfolgt um das Drogenproblem zu bekämpfen solange diese Bemühungen sein Land nicht noch ärmer machen (vgl. Painter 1994: 77).

Die Drogenpolitik war sowohl für Bolivien als auch für die USA immer mehr als bloße Drogenkontrolle. Dies zeigt sich zum Beispiel auch daran, dass die USA trotz ausbleibender Erfolge an ihrem drogenpolitischen Kurs festhielten. Dieser Umstand spricht dafür, dass sich die USA mit dieser Politik sich an anderen Interessen orientierten als nur an drogenpolitischen Ziele (vgl. Bergfeld/Daun/Schorr 2009: 511).

Die Drogenpolitik im Andenraum wurde schon immer zum Zweck der hegemonialen Kontrolle benutzt: „In der Realisierung des hegemonialen Anspruchs der USA auf die Region stellt sich die Drogenpolitik als die vorderste Front dar.“ (ebd.: 511) Auch unter Obama scheint sich ein Wandel in der Drogenpolitik nicht bemerkbar zu machen. Auf einem Gipfel der OAS-Staaten in Cartagena

äußerte er sich folgendermaßen:“ „Meine Haltung und die meiner Regierung ist, dass die Legalisierung nicht die Antwort ist“ (zit.n. Lessmann 2012: 565). In einem Memorandum aus dem weißen Haus vom 14. September 2012 heißt es: „[...] Bolivia [has] failed demonstrably during the previous 12 months to adhere to their obligations under international counternarcotics agreements and take the measures set forth in section 489(a)(1) of the FAA.“ (White House 2012)

Der punitiv-prohibitionistische Ansatz der USA wird seitens der akademischen Welt, Menschenrechtsorganisationen und NGO's schon seit einem halben Jahrhundert kritisiert, da die bisherige angewandte Drogenpolitik im Sinne ihrer Zielsetzungen eine verfehlte Politik ist (vgl. Lessmann 2012: 565/ Schorr 2004: 6). Sollten die USA einerseits an dieser Strategie festhalten und andererseits keine Verknappung in der Nachfrage im eigenen Land erreichen, werden alle Bemühungen in Bolivien scheitern. Solange also die Nachfrage besteht, wird der Markt für Kokain nicht verschwinden (vgl. Ledebur/ Youngers 2013: 1).

Die wahren Interessen der USA in Bolivien sind mittlerweile vermutlich mehr der große Rohstoff-Reichtum in Bolivien, die im Hintergrund der Drogenbekämpfung verborgen liegen. Bolivien verfügt über große Erdgasreserven sowie über Rohölvorkommen. Des Weiteren verfügt das Land über enorme Mineralbestände wie etwa Eisenreserven, Silbervorkommen und das für die Zukunft so wichtige Lithium. Die aktuellen Entwicklungen sind deshalb unvereinbar mit den Interessen der USA, da die MAS die ungleiche Verteilung der Ressourcen unter staatlicher Führung verbessern will und dies ohne ausländische Investitionen. Das erklärte Ziel der Regierung Morales ist mehr Wohlstand und Gleichheit sowie mehr Unabhängigkeit vom Ausland zu erreichen (vgl. Buttke 2012).

Zudem könnte die Wahl der MAS und die Ereignisse in Bolivien ein Dominoeffekt auf die Nachbarländer ausstrahlen. Diese Vermutung ist nicht ganz unbegründet, da sie auf günstige regionale Bedingungen stoßen würde (vgl. Bergfeld/Daun/Schorr 2009: 514). „Sollte es Evo Morales gelingen, die bisher durch eine notorische Staatsschwäche gekennzeichnete politische Gemeinschaft Boliviens neu zu definieren und dem Herrschaftsgebilde neue Legitimität zu spenden, könnte dies parallelen Bewegungen in den Nachbarländer den Rücken stärken.“ (ebd.: 518 f) Oder um es mit den Worten von Gloria Diewald auszudrücken:

„In this sense he [Evo Morales] has a „trend setting role“ since the impacts can be seen at national and international level. Peru and Ecuador seem to be waiting to see, what the Bolivian experience will bring along.“ (Diewald 2009: 28)

3.3. Fazit

Die obigen Ausführungen verdeutlichen, wie die internationale Drogenkontrolle auch zur Aufrechterhaltung hegemonialer Vormachtstellungen missbraucht wurde. Die Drogenpolitik der USA erfüllt sowohl innenpolitische wie auch außenpolitische Zwecke. In der Innenpolitik konnte sie zumindest zeitweise von innenpolitischen Missständen ablenken und vermittelte der US-amerikanischen Bevölkerung Handlungsfähigkeit der jeweiligen Regierungen. Das Thema Drogen wurde medial so aufbereitet, dass es in der amerikanischen Gesellschaft einen hohen Stellenwert genoss und der Drogenkrieg mit großer Zustimmung durchgeführt werden konnte.

Außenpolitisch eignet sich die Drogenkontrolle hervorragend zur Aufrechterhaltung der hegemonialen Einflussnahme in drogenproduzierenden- sowie Transitländern. Die Drogenkontrolle spiegelt somit auch die Nord-Süd-Hierarchie wieder.

Die Wahl von Evo Morales und seiner Partei will nun ein Umdenken in der internationalen Drogenpolitik bezüglich des traditionellen Konsums von Koka erwirken und gefährden somit die Einflussnahme der USA in der Region.

4. Der Kokaanbau in Bolivien

Das Kokablatt stellt einen integralen Bestandteil im Leben der andinen Gemeinschaften dar, insbesondere im bolivianischen und peruanischen Hochland. Das andine Hochland der Quetschua- und Aymara-Indianer stellt das wichtigste Verbreitungsgebiet des traditionellen Kokakonsums dar (vgl. Lessmann 1994: 20 ff). Das Kokablatt hat sich aber auch zum Symbol des nationalen Befreiungskampfes gegen die USA stilisiert. Im Laufe seiner sehr langen Geschichte - wurde dem Kokablatt - von unterschiedlichen Gruppen und von unterschiedlichen Interessen getrieben ganz verschiedene Bedeutungen zugeschrieben. Die Koka hat somit im Laufe ihrer Geschichte einen extremen Funktionswandel erlebt:

„[...] vom multifunktionellen Mittel der Integration in traditionellen andinen Gesellschaften zum Ausdruck und Katalysator gesellschaftlicher Desintegration und sozialer Misere in ihrer Eigenschaft als Grundstoff der illegalen Kokainindustrie.“
(Lessmann 1994: 21)

Das folgende Kapitel dient zum besseren Verständnis der Bedeutung der Kokapflanze für die andinen Gesellschaften. Evo Morales beruft sich u.a. auf das traditionelle Erbe der Kokapflanze für die Indigenen des andinen Hochlandes wenn er für eine Entkriminalisierung der Pflanze argumentiert.

Das folgende Kapitel gibt einen kurzen allgemeinen Überblick über die Kokapflanze sowie über deren Geschichte. Es werden anschließend die zwei Anbauggebiete in Bolivien vorgestellt bevor auf die verschiedenen Verwendungen eingegangen wird.

4.1. Allgemeines zur Kokapflanze

Die Kokapflanze gehört wahrscheinlich zu den bekanntesten Kulturpflanzen im Andenraum. Archäologische Funde im heutigen Ecuador belegen, dass das Kokablatt von den Völkern des Andenraumes schon vor 4000 Jahren verwendet worden ist (vgl. Painter 1994: 1). Im heutigen Staatsgebiet von Bolivien sind die ältesten Funde die auf einen Gebrauch der Koka hinweisen Steinfiguren mit Kokabeuteln der Tiwanaku-Kultur.

Die Kokapflanze wächst als Busch oder kleiner Baum von durchschnittlich 1,20m Höhe. Der

Kokastrauch gehört zur Gattung 'Erythroxylum', von der es etwa 250 Arten gibt, wovon ein Großteil in den tropischen Gefilden der Ostanden, der Karibik und des Amazonas heimisch ist (vgl. Spuller 2011:10 / Schweer 1994: 11). Die Blätter enthalten bis zu 14 Alkaloiden, wobei Kokain eines davon ist. Der Alkaloidgehalt liegt zwischen 0,25% und 2,25 % ihres Gewichts. Aufgrund des ökonomischen Vorteils werden aber nur zwei Spezies kultiviert, da diese einen hohen Anteil des Alkaloids Kokain enthalten: die *Erythroxylon coca* und die *Erythroxylon novogranatense* (vgl. Schweer 1994: 11). Letzteres wird aber wegen des süßlichen Geschmacks vorwiegend für den Kaugenuss, also den traditionellen Konsum der Koka benutzt und ersteres eignet sich besser für die Herstellung der illegalen Droge Kokain. Das Alkaloid Kokain ist in den Blättern enthalten. Findet die Pflanze erstmals gute Wachstumsbedingungen ist sie eine sehr genügsame Pflanze, die bis zu vier Ernten pro Jahr einbringen kann. Die traditionellen Anbaugelände liegen an den geschützten Ostabhängen der südamerikanischen Anden in einer Höhe zwischen 500 und 1000 Metern. In größeren Höhenlagen wächst der Strauch langsamer, dafür aber ist der Alkaloidgehalt in den Blättern größer (vgl. Schweer 1994: 12). Optimale Lebensbedingung ist ein feuchtwarmes Klima. Der jährliche Ertrag einer Kokapflanze liegt bei etwa 300 Gramm frische Blätter, woraus sich 130 Gramm getrocknete Koka gewinnen lassen (Schweer 1994: 12) ³.

Die Kosmologie der Andenvölker ist gekennzeichnet von allgegenwärtigen Gegensatzpaaren und Koka ist hier das einzige Neutrum, eine ausgleichende und vermittelnde Kraft. Die Koka gilt als „Begleiterin“ der sozialen Reproduktion, und auch als „Begleiterin“ zwischen Leben und Tod und stellt die Kommunikation mit den Ahnen her (vgl. Lessmann 1994: 22).

4.1.2. Die Geschichte der Kokapflanze

Für die Inkas war Koka bereits eine Pflanze der Götter. Ihre Blätter galten als Glücksbringer und wurden bei Zeremonien in den Tempeln verbrannt, wobei es häufig gar nicht mal zum Konsum der Blätter kam (vgl. Willenborg 2001). Der landwirtschaftliche Anbau der Kokapflanze wurde im Jahr 1150 während der Inka-Herrschaft eingeleitet. Angeblich war der Genuss nur Angehörigen der Führungs- und Priesterkaste vorbehalten, doch es ist zweifelhaft, ob der Inkastaat in der Lage zu einer totalen Kontrolle war, angesichts ihrer weiten Verbreitung. Die Kokapflanze hatte jedenfalls schon in vorkolonialer Zeit eine hervorragende Bedeutung auf dem nahezu gesamten Halbkontinent (vgl. Lessmann 1994: 23). Der Name der Pflanze stammt vermutlich von *Khoka* ab, dem

³ Der Preis pro Gramm Kokain im Straßenverkauf in Europa liegt zwischen ca. 80 und 100 Euro.

Aymarawort für Busch oder Baum (Keppeler 2007).

Die europäischen Seefahrer konnten mit dieser fremdartigen Sitte des Kokakauens zunächst nichts anfangen. Der Anbau und Verzehr von Koka, den „Teufelsblättern“, wurden 1551 auf dem Kirchenkonzil von Lima verboten, welches 1567 erneuert wurde. Das Verbot der Inquisition wurde aber weitgehend ignoriert und geriet bald in Vergessenheit, weil selbst die herrschende Klasse aus Spanien bereits an Produktion und Handel verdienten. So erhob die Kirche bald Steuern auf die Koka. Die Einstellung zur Koka aber blieb weiterhin kontrovers: einerseits konnten Geschäfte mit ihr betrieben werden, aber andererseits war sie ein Hindernis in der der Ausrottung des Aberglaubens und für die Christianisierung der indigenen Völker. Im Jahre 1617 bezeichnete der Bischof von Popayán Koka als das effektivste Mittel zur Kommunikation mit dem Teufel und dämonischen Mächten. Er wies auf den komplexen Bedeutungszusammenhang hin, den die Koka innerhalb der andinen Weltsicht hat. Ironischerweise kam es in diesem Zusammenhang, also bei magisch-religiösen Funktionen häufig gar nicht zum Verzehr der Blätter (vgl. Lessmann 1994: 24 / Lessmann 2001: 25). Der Konsum von Koka fand unter Europäern nur sporadische Verbreitung, es blieb letztendlich eine indianische Angelegenheit. Es war in der gehobenen europäischen Gesellschaft vielmehr etwas unangenehm Vulgäres, und diente auch als Vehikel der gesellschaftlichen Stigmatisierung der Indios (vgl. Lessmann 1994: 24).

Koka war schon zur Zeit der Kolonialzeit nicht nur ein Element uralter Tradition, sondern auch Symbol für den Widerstand gegen Kolonisierung (vgl. Willenborg 2001). Die Koka als Symbol des Widerstands gegen eine Fremdherrschaft erlebt durch die Implementierung der US-amerikanischen Drogenpolitik in Bolivien seit einigen Jahren eine Renaissance.

Mit der Entdeckung der Silbervorkommen im *Cerro Rico* (dt. reicher Berg) von Potosi im Jahre 1545 expandierte der Kokaanbau- und verbrauch zu einem bis dato nicht gekannten Aufschwung. Die Spanier interessierten sich jetzt vor allem für die physiologischen Qualitäten der Koka als Anregungsmittel und Nahrungsergänzung. Die Arbeiter formten in ihrer Backe die erste Kugel bevor sie in die Stollen einfuhren, und diese wurde bis zum Feierabend immer wieder ergänzt Die Koka half den Arbeitern in den Bergwerken Hunger, Kälte und Schinderei zu ertragen (vgl. Lessmann 2001: 27 f). Die Koka wurde so auch zum „Schmiermittel“ der Ausbeutung. Ohne Koka wäre die Ausbeutung der Arbeiter sowie des Berges in der Form wohl nicht möglich gewesen. Es war diese Ausbeutungsstrategie der Spanier, die den Konsum der Kokablätter in solch einer Intensität anstiegen ließen (vgl. Mester-Tonczar 2011: 55). Die Kirche konnte ihr gefordertes Verbot

nach Koka nicht mehr durchsetzen, aufgrund ihrer herausragenden ökonomischen Bedeutung. Die Koka erfuhr zur dieser Zeit also einen Funktionswandel: vom multifunktionalen Faktor der Integration in indianischen Gemeinschaften hin zur Handelsware. Der Konsum in den Minen hat die Funktion des Kokakonsums auch gewandelt, da nun mehr die physiologischen Eigenschaften hervortraten (vgl. Lessmann 1994: 25 f).

In den Jahren zwischen 1855 und 1860 gelang es drei Chemikern unabhängig voneinander das Alkaloid Kokain aus dem Blatt zu isolieren. Ab dem Jahr 1879 wurde „die Droge“ als lokales Betäubungsmittel und gegen Morphinabhängigkeit eingesetzt. Zu dieser Zeit war Kokain als Allheilmittel in westlichen Ländern legal erhältlich und wurde in der medizinischen Chirurgie hoch geschätzt.

1885 schließlich mischte der US-Pharmazeut John Stith Pemberton aus Wein, Kolanüssen und einem Extrakt aus Kokablättern einen Sirup gegen Kopfschmerzen und Depressionen. Während der Alkoholverbote wurde der Wein durch Sodawasser ersetzt und somit wurde das berühmte Getränk Coca-Cola erfunden (vgl. Keppeler 2007).

Der Konsum von Koka jedoch hat sich weder bei der weißen Oberschicht der Kolonisatoren durchgesetzt, noch bei der herrschenden Schicht der Kreolen nach der Unabhängigkeit. Der Konsum von Koka galt als Zeichen sozialer und rassistischer Minderwertigkeit (vgl. Lessmann 1994: 26). Mehrere Studien zum Kokakonsum in den 40er Jahren kamen zu dem Schluss dass das Kokakauen genauso schädlich sei wie das Schnupfen von Kokain. Der peruanische Mediziner Carlos Gutierrez-Noriega vertrat in diesem Kontext eine sehr extreme Positionen, denen allerdings unwissenschaftliche Methodik, eurozentrische Liebdienererei und ethische Diskriminierung vorgeworfen wurde. Nichtsdestotrotz fanden seine Positionen Eingang in die Suchtstoffkonvention der Vereinten Nationen von 1961. Er stellte u.a. die These auf, dass das Kokakauen für die andinen Gesellschaften höchst schädlich sei und „one of the principal factors responsible for the backwardness and degeneration of the Indian race in the affected regions.“ (zit n. Lessmann 1994: 27 : Gutierrez-Noriega 1949: 143f). Es gibt aber keine wissenschaftlichen Nachweise im Zusammenhang zwischen der Armut einer Region und dessen Konsum von Koka (vgl. Lema 1997: 109 ff).

Bolivien hat die Suchtstoffkonvention von 1961 zwar ratifiziert, welche auch das Kokablatt auf die Liste der verbotenen Substanzen stellte. Doch in dem entsprechenden Gesetz der nationalen Gesetzgebung ein Jahr später, wurde das Kokablatt nicht erwähnt. Im Jahre 1988 anerkannte die

Wiener Konvention den „traditionellen Konsum“ von Koka im natürlichen Zustand an. Koka wurde trotzdem nicht von der Liste der verbotenen Substanzen genommen.

4.1.3 Verwendung der Kokapflanze

4.1.3.1. Spirituelle Verwendung

Die Weltsicht der indigenen Völker im andinen Hochland basiert auf der Ausgeglichenheit von Natur und Mensch und Ausdruck dieser harmonischen Symbiose ist die Koka-Pflanze. Die spirituelle Verwendung der Kokapflanze erfüllt sich in Ritualen und Zeremonien um Pachamama zu ehren und böse Kräfte fernzuhalten. Reisende opfern Kokablätter um eine sichere Ankunft zu bitten, Bauern bitten um eine gute Ernte, Miner opfern um gute Schürferfolge zu erzielen etc. Auch Einzelpersonen verwenden die Koka in Ritualen: so kaut zum Beispiel der Trauernde Koka, weil ihn die Pflanze tröstet und den Verstorbenen schützt (vgl. Willenborg 2001). Das Verhältnis der Aymara-Indianer zur Pachamama wird von Demut bestimmt. Pachamama ist im Verständnis der Aymara aber mehr als nur Mutter Erde, sie ist die Naturgesamtheit und das Pendant zum männlichen Sonnengott Inti. Direkt verbunden mit Pachamama ist der Gebrauch von Koka und im Glauben der indigenen Völker ist Mama Coca die Tochter von Pachamama. Damit ein Gleichgewicht hergestellt wird, muss es einen Ausgleich geben für alles was Pachamama entnommen wird. Die Elemente ihrer Lebenswelt (die Eisgipfel der Kordillere, das Wasser und der Boden) sind von Ahnengeistern bewohnt, *apus* oder *achachilas* genannt und der Gebrauch von Koka soll die Kontaktaufnahme mit ihnen erleichtern (vgl. Lessmann 2006: 430). Koka spielt darüber hinaus eine wichtige Rolle in der andinen traditionellen Heilkunde.

4.1.3.2. Alltägliche Verwendung im andinen Hochland

Der Konsum von Koka ist bei Männern und Frauen traditionell unterschiedlich geregelt. Die Männer konsumieren Kokablätter bei der Arbeit und mitunter wird der Arbeitstag oder Wegstrecken in „Kauperioden“ gemessen, wobei eine Kauperiode etwa 2 Stunden andauert. Die Frauen dürfen jedoch Koka nur zu drei Anlässen konsumieren: in der Hochzeitsnacht, bei der Geburt eines Kindes und als Witwe. Auch die Konsumformen zwischen den verschiedenen Völkern sind unterschiedlich (vgl. Lessmann 2001: 25 ff). In den Aymara und Quechua Gemeinschaften wird der *Akhulli* praktiziert. Dabei werden die Blätter mit einem Katalysator aus Kalk oder Pflanzenasche in der Backe aufbewahrt bis sie ihren Geschmack verlieren. Im Amazonas aber dienen geröstete

Kokablätter als Nahrungsmittel. Der *Akhulli* wurde vor allem von Bauern und Minenarbeitern praktiziert (vgl. Painter 1994: 1).

Koka gilt allgemein als Hilfsmittel gegen Ermüdung, Höhenprobleme, Hunger und Schmerz sowie als Allheilmittel der traditionellen Medizin. Darüber hinaus dient die Koka aber auch als „Schmiermittel“ sozialer Interaktion, da in andinen Dörfern kein Zusammentreffen zweier Bekannter stattfindet, ohne dem Gegenüber Koka anzubieten. Sie ist zudem integraler Bestandteil magisch-religiöser Beziehungen und Praktiken sowie auch Zahlungsmittel (vgl. Lessmann 2006: 430 f). „Sie erfüllt so eine universelle Integrationsfunktion im Verhältnis Mensch-Natur, wie im Verhältnis Individuum-Gemeinschaft bzw. Gesellschaft.“ (Lessmann 1994: 21). Der Konsum von Koka ist also ritualisiert und unterliegt einer sozialen Kontrolle. Die Koka-Blätter besitzen demnach eine wichtige soziale Bedeutung und sie stehen als Symbol für Brüderlichkeit und Solidarität, sie stärken das Gemeinschaftsgefühl und fördern das friedliche Zusammenleben (vgl. Willenborg 2001, Grisaffi 2010: 430).

Schätzungen zufolge kaut jeder zweite Bolivianer regelmäßig Koka, wobei der Anteil in den Andenprovinzen noch höher liegen soll. Ein „starker Kauer“ konsumiert bis zu 28g Kokablätter am Tag. Dabei nimmt er je nach Blattsorte, Kalkbeimischung und Kautechnik schätzungsweise 0,14g Kokain zu sich. Im Bereich des Kokainismus gilt dies als hohe Dosis, doch im Unterschied zum Schnupfen wird beim Kauen diese Menge des Wirkstoffes nur langsam und unvollständig freigesetzt. Es besteht also ein großer Unterschied zum Kokainkonsum, wo der Wirkstoff wesentlich schneller und in konzentrierterer Form aufgenommen wird (vgl. Lessmann 1994: 32). Zum Kauen werden zudem jene Blätter mit einem geringeren Alkaloid-Gehalt bevorzugt, da diese süßlicher und weniger bitter schmecken. Es besteht auch die These, dass durch das Kauen der Blätter das Kokain im Speichel und im Verdauungsapparat des Körpers zu dem weniger toxisch wirkenden Stimulan Ekgonin abgebaut wird.

Es wurde lange Zeit behauptet, der Koka-Konsum sei mitverantwortlich für die Mangelernährung der andinen Bevölkerung. Diese These wird bis heute noch vertreten, wie z.B. vom ehemaligen Vorsitzenden des INCB (*International Narcotics Control Board*) Philip Emafo. Da das Kauen von Koka das Hungergefühl verringere, würde der Konsum eine ausgeglichene Ernährung verhindern. Diese Sichtweise blendet aber aus, dass das Koka neben den Alkaloiden viele Vitamine, Kalorien, und Mineralien (wie z.B.: Kalzium) enthält, die positive Effekte auf den menschlichen Organismus haben (vgl. Henman/Metaal 2009: 4). Diese Haltung rührt noch aus den oben erwähnten rassistisch

motivierten Vorurteilen gegenüber „Kokakauern“. Koka-Kauen wird vor allem im Westen bis heute mit Armut und Unterentwicklung in Verbindung gebracht. Das Argument der Unterernährung aufgrund des Kokakauens half auch bei der Aufnahme des Kokablattes in die Liste der verbotenen Substanzen der *Single Convention on Narcotic Drugs* von 1961 (vgl. ebd. 4 f). Zahlreiche wissenschaftliche Studien haben dem Argument der Unterernährung widersprochen, und aufgezeigt, dass der Konsum von Koka in keinerlei Weise als „Nahrungs-Substitut“ Verwendung findet. Im Gegenteil, Koka wird auch gerne nach dem Essen als Verdauungshelfer gekaut, so wie in unseren Breitengraden Kaffee oder Tee nach dem Essen getrunken wird (vgl. ebd.: 5). Forscher der Universität Harvard konnten schon 1975 belegen, dass die Kokablätter als Nahrungsmittel ähnlich wertvoll sind, wie Quinoa, Erdnuss, Weizen oder Mais. Die anregende Wirkung entfalten die Blätter erst wenn sie mit einem Katalysator wie Kalk oder mit der magnesiumreichen Asche der Quinoa-Pflanze gemischt werden. Nur dann lösen sich die wirksamen Alkaloide wie Kokain und Ekgonin (vgl. Henman/ Metaal 2009: 7).

4.1.3.3. Ökonomische Verwendung

Neben der physiologischen und religiösen Verwendung spielt der Kokaanbau auch für die bolivianische Wirtschaft eine wichtige Rolle. Er bietet vielen Menschen eine Arbeit und Einkommen und angesichts der schwachen Volkswirtschaft haben die Gewinne die in diesem Sektor erzielt werden beträchtlichen Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Lage. Man benutzt in diesem Zusammenhang auch den Begriff „Kokainökonomie“, da die Wirtschaft zu einem großen Teil von den Einnahmen aus diesen Geschäften abhängig ist (vgl. Schorr 2004: 14).

The extent of Bolivia's economic dependence on the coca-cocaine industry for export earnings and employment is such that any effective disruption of it would cause huge economic dislocation and widespread social unrest. (Painter 1994: 77)

Die ökonomische Bedeutung nahm ab ca. den 70er Jahren an Bedeutung stetig zu. Als in den 80er der Weltmarktpreis für Zinn zusammenbrach und es gleichzeitig auch noch zu einer Krise in der Landwirtschaft kam, wurden viele Arbeitskräfte freigesetzt. Die offizielle Arbeitslosenquote stieg von 5,8% im Jahr 1980 auf 21% im Jahr 1985 (vgl. Leichtman 2000: 67). Es wird geschätzt, dass ca. 60.000 Menschen ihre Arbeit verloren, von denen ein großer Teil in den Chapare auswanderten um Koka anzubauen. Die Hyperinflation in den 80er Jahren hatte auch verheerende Folgen auf den Preis von Ernteerträgen außer der Kokapflanze, welches das einzige landwirtschaftliche Produkt

war, das ihren Preis zu dieser Zeit sogar erhöhen konnte. (ebd.).

Die Kokablätter dienen in abgelegenen Regionen ferner als Zahlungsmittel und Handelsobjekt zum Austausch von Waren. Die Koka wird hier als Luxusgut gehandelt und bringt dem *campesino* oftmals vorteilhaftere Bedingungen (vgl. Willenborg 2001). Im Jahre 1989 verdienten etwa 1/3 der bolivianischen Bevölkerung ihren Lebensunterhalt mit dem Anbau von Koka und somit löste in Bolivien der Handel mit Koka den Bergbau als Devisenbringer Nummer Eins ab (vgl. Willenborg 2001).

4.2. Anbaugebiete in Bolivien

In Bolivien existieren hauptsächlich zwei Regionen für den Anbau von Koka, die im Gesetz aber unterschiedlich bewertet werden. Das Ley 1008 (*Ley de Régimen de la Coca y Sustancias Peligrosas*) aus dem Jahr 1988 wurde auf Druck der USA unter dem damaligen Präsidenten Victor Paz Estenssoro erlassen. Dieses Gesetz teilt die Anbauflächen in legale und illegale Flächen auf und schaffte die Grundlage auch militärisch gegen den Anbau von Koka vorzugehen. Das Gesetz war deshalb von Anfang an höchst umstritten und die Bauern aus dem Chapare haben stets die Abschaffung dieses Gesetzes gefordert, bisher jedoch ohne Erfolg.

Das Zentrum der „traditionellen“ Kokaproduktion sind die traditionellen Terrassenkulturen der Yungas (vgl. Lessmann 1994: 134). Die Yungas sind mit ihrer Nähe zur Hauptstadt sehr gut erschlossen und die Bevölkerungsdichte ist doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt. Das hügelige Gebiet ist sehr übersichtlich und deshalb für den klandestinen Anbau ungeeignet (vgl. Lessmann 1994: 137). Das Gesetz 1008 erlaubt ohnehin den Anbau und die Verwendung von Koka in den Yungas, da sie als traditionelle Anbaugebiete anerkannt werden. Schon vor 1000 Jahren haben hier *Aymara* Zivilisationen Koka in den Tälern kultiviert (vgl. Grisaffi 2010: 431). Im 17. Jahrhundert hatte sich die Region dann als Hauptanbauregion für Koka herauskristallisiert, als sich die Nachfrage nach Koka durch die Entdeckung des Silberbergs in Potosi erhöhte. Um die Arbeiter maximal auszubeuten verabreichten die Spanier ihnen Kokablätter (vgl. Seffer 2009/ Farthing/Kohl 2010: 198).

In den Yungas wird die Feldarbeit innerhalb eines *Ayllu* von Ritualen begleitet, welche man auch als *Ayni* bezeichnet. *Ayllu* kann als Zusammenschluss einer Dorfgemeinde übersetzt werden und *Ayni* umfasst die Prinzipien der Gegenseitigkeit.

Der Chapare wurde ab dem Jahr 1952 im Zuge einer Agrarreform durch staatliche Förderungen zu einem Kolonisierungsgebiet. Bis dahin war die Gegend nur sehr spärlich bewohnt. Der Kokaanbau im Chapare nahm besonders ab den 80er Jahren massiv zu. Während Anfang der 40er Jahren noch 97 Prozent der gesamten Kokaproduktion aus den Yungas stammte, so wurden Mitte der 90er Jahren 80 Prozent der Gesamtproduktion im Chapare erzeugt (vgl. Schorr 2004: 13). Doch im Gegensatz zu den als legal erklärten Anbaugebieten in den Yungas wurde der Kokaanbau im Chapare durch das Ley 1008 verboten. Die Kokabauern aus dem Chapare haben diese Unterscheidung zwischen traditionellem und nicht-traditionellem Anbau immer als ungerecht empfunden und haben in sich in Gruppen organisiert um dagegen anzukämpfen. Doch gibt es auch tatsächlich wesentliche Unterschiede zwischen diesen zwei Anbaugebieten. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass in den Yungas schon sehr viel länger Koka angebaut wird als im Chapare und auch wird der größte Teil der Produktion aus dem Chapare für die Kokainherstellung verwendet, während die Blätter aus den Yungas, aufgrund ihres süßlichen Geschmacks und besserer Qualität, bevorzugt gekaut werden. Im Chapare wird das *Ayni* nicht praktiziert, welches hier als ein Ritual aus den Zeiten der Indigena bezeichnet wird. Dies weist auf ihre indigene Herkunft im Hochland hin. Die Illegalität des Anbaus veranlasst die Bauern auch dazu, die Plantage möglichst versteckt zu halten, schon alleine deswegen wäre das *Ayni* unmöglich im Arbeitsablauf zu integrieren. Auch der Kokaanbau läuft anders ab. Im Chapare setzen sie zum Beispiel aufgrund von Unerfahrenheit mehr Pestizide ein und durch die Weiterverarbeitung zur *pasta basica* entstehen weitreichende ökologische Schäden (vgl. Grisaffi 2010: 431 f). Der Anbau im Chapare erfolgt also „hinter verschlossener Tür“ und hat nur mehr wenig mit dem traditionellen Anbau und seinen Methoden gemeinsam.

4. 3. Von Koka zu Kokain

Die Isolierung des Alkaloids Kokain erfolgte erstmals 1859 durch den Chemiker Albert Niemann, wodurch in der Wissenschaft endgültig die Herkunft der aufputschenden Wirkung der Kokablätter geklärt werden konnte. In der Medizin erwies sich der Stoff als kraftvolles Stimulan des Zentralnervensystems und als wirksames Anästhetikum. Es wurde verabreicht gegen Alkoholismus, Depressionen, Tuberkulose, Impotenz u.v.m. Es galt lange Zeit auch in der westlichen Medizin als Allheilmittel und war in Apotheken legal erhältlich (vgl. Lessmann 1994: 33).

Der Konsum von Kokain abseits der medizinischen Zwecke erlebte in Europa und den USA einen

Höhepunkt zwischen Ende des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg, den goldenen 20er Jahren. Der Konsum beschränkte sich jedoch aufgrund seiner Seltenheit und des hohen Preises auf das Milieu von Intellektuellen und Künstlern in den Großstädten. Danach war die Bedeutung des Kokains bis in die 80er Jahre eher bedeutungslos. Dies ist aber weniger auf das Verbot von Kokain - welches in den USA im Jahr 1922 erlassen wurde - zurückzuführen als vielmehr auf das wachsende Angebot an Amphetaminen, welches eine vergleichbare Wirkung hat aber viel billiger und leichter erhältlich war (vgl. Lessmann 1994: 34).

Der Kokain-Boom in den 80er Jahren in den USA fiel zusammen mit einem explosionsartigen Kokaanbau in Bolivien. So wurde Bolivien hinter Kolumbien und Peru zu einem der größten Koka-Produzenten weltweit. Die schwache Wirtschaftsleistung Boliviens erwirkte eine große Abhängigkeit von den illegalen Einkünften aus Drogengeschäften und der Anbau diente zehntausenden Bauern als einzige Einnahmequelle (vgl. Bergfeld 2009: 86 f).

Die internationale Drogenkontrolle kriminalisierte schlussendlich Kokain sowie dessen Rohstoff, die Kokablätter für Zwecke außerhalb der Medizin.

5. Kokaanbau im Chapare

Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit dem Kokaanbau im Chapare. Es ist in dieser Region, wo sich die Kokabauern organisiert haben und mit teils heftigen Protesten gegen die Implementierung der US-amerikanischen Drogenpolitik reagiert haben. Es ist auch in dieser Region wo die Gewerkschaftskarriere von Evo Morales sowie dessen politischer Aufstieg statt fand.

Der Kokaanbau in Bolivien stieg ab den 1960er Jahren kontinuierlich an. Dieser Anstieg ist vor allem auf die Kolonisation des Chapare zurückzuführen, wo tausende freigesetzte Arbeiter aus dem Minensektor und Landwirtschaft in den 80er Jahren migrierten um hier Koka anzubauen (vgl. Leichtman 2000: 71). Gleichzeitig gab es eine in solchen Ausmaßen bis dahin ungekannte Nachfrage nach Kokain aus dem Ausland, vor allem aus den USA. Dieser Nachfragesog setzte mit Ende der 60er Jahre ein. In der Zeit zwischen Ende der 30er Jahren bis Ende der 60er Jahren war Kokain auf dem illegalen Drogenmarkt nahezu bedeutungslos in den Industrienationen. Dieser Anstieg der Nachfrage nach Kokain ist u.a. auch auf die Drogenverfolgung zurückzuführen. Die bis dahin leichter erhältlichen und billigeren Amphetamine (mit ähnlicher Wirkung wie Kokain) drängten Kokain vom Markt. Seit 1965 verschärfte sich die Gesetzgebung und Strafverfolgung gegen den Handel und Konsum von Amphetaminen und Kokain erlebte eine Renaissance. In den Andenländern reagierte man auf diese Nachfrage und bald konnte die Versorgung des neuen Marktes organisiert werden und die Nachfrage und Produktion pendelten sich ein (vgl. Lessmann 1994: 132). In Bolivien wurde mit wenigen Jahren Verzögerung ein explosionsartiger Zuwachs der Kokaanbaufläche im Chapare verzeichnet.

Der Chapare ist eine Provinz im nördlichen Teil des bolivianischen Departamento Cochabamba. Die Provinz liegt im tropischen Tiefland und ist größtenteils von Regenwald bedeckt und gilt als eine der niederschlagsreichsten Region der Erde. Der Chapare ist eine sehr unwirtliche Region aufgrund seines Klimas und seiner nährstoffarmen Schwemmböden, daher sind die Möglichkeiten einer landwirtschaftlichen Nutzung begrenzt. Die Region war verkehrstechnisch nur wenig erschlossen und war in der Geschichte Boliviens nur äußerst gering ins bolivianische Staats- und Gesellschaftsgefüge integriert (vgl. Lessmann 1994: 135). Schätzungen zufolge lebten im Jahr 2005 221.119 EinwohnerInnen im Chapare gegenüber 131.727 im Jahre 1992 und im Jahre 1944 lediglich 3300 Menschen (vgl. Painter 1994: 7). Die ersten SiedlerInnen waren Quechua-sprachige

BauerInnen aus dem Departement Cochabamba, welche bis heute die Mehrheit der EinwohnerInnen im Chapare stellen. Die späteren Ex-Minen Arbeiter kamen aus dem urbanen Hochland. Sowohl die Minenarbeiter als auch die Bauern aus dem Hochland waren vorher schon hochgradig in Gewerkschaften organisiert. Diese Selbstorganisation führten sie im Chapare weiter, die sogenannten *sindicatos*. Durch die Abwesenheit des Staates übernahmen die *sindicatos* recht bald die Rolle des Staates und führten staatliche Aufgaben aus wie Streitschlichtungen unter Nachbarn, Steuererhebungen, Transportorganisation, Bau von Infrastruktur etc. (vgl. Grisaffi 2010: 429/Grisaffi 2013: 32). Die Kokagewerkschaften sind darüber hinaus befugt gegenüber ihren Mitgliedern Sanktionen auszusprechen, was ihnen ein hohes Maß an sozialer Kontrolle erlaubt (vgl. Schorr 2011: 113).

5.1. Die „Sindicatos“

Die landwirtschaftlichen Vereinigungen und deren demokratisches System nennt man in Bolivien *sindicalismo*. Die Agrar-*sindicatos* wurden im Zuge der Agrarreformen im Jahr 1953 im bolivianischen Hochland von indigenen *campesinos* etabliert. Die *sindicatos* sollten das feudale *Hacienda*-System ersetzen und wurden in Partnerschaft mit dem Staat und Parteien gegründet. Auch die Kokagewerkschaften im Chapare sind sehr streng organisiert. Das System hatte als Vorbild die europäischen Arbeiter-Gewerkschaften und wurde mit andinen indigenen Werten kombiniert wie mit dem Grundsatz der Gegenseitigkeit, Entscheidungen im Konsens, Rotation der Führung und Umverteilung der Ressourcen. Dieses System, aufgebaut auf gemeinschaftlicher Regierungsführung, erlaubte bzw. verlangt das Mitspracherecht und Partizipation der Mitglieder. Durch diese gleichmäßige Rotation der Repräsentationsfunktion wird eine zu hohe Konzentration der Macht verhindert und das Gemeinschaftsgefühl in den Vereinigungen gestärkt (vgl. Schweighofer/ Till 2013: 73). Nach dieser Organisationsstruktur ist der Repräsentant einer Bewegung nicht der Oberbefehlshaber, sondern ist lediglich für die Organisation der Durchführung von Entscheidungen, die in der Gemeinschaft getroffen wurden, verantwortlich (vgl. Schweighofer/ Till 2013: 79).

Alle *sindicatos* sind in der CSUTCB (Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia) vereinigt.

Die *sindicatos* wurden im April 1994 durch das „Law of Popular Participation“ (LPP) gestärkt. Dieses Gesetz über Bürgerbeteiligung schaffte die Grundlage für die Selbstverwaltung der Gemeinden und die Ressourcen die hierfür zur Verfügung gestellt wurden. Dieses Gesetz

ermöglichte vor allem der Landbevölkerung auf kommunaler Ebene Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung zu sammeln und am politischen Geschehen zu partizipieren. Ein Prozess der politischen Bewusstseinsbildung konnte so initiiert werden (vgl. Käss 2012: 51). Um die Kontroll- und Mitgestaltungsrechte, welches das LPP an zivilgesellschaftliche Organisationen übertrug, mussten sie sich offiziell als „Territoriale Basisorganisation“ registrieren lassen. Aus jeder Basisorganisation konnte ein Delegierter in ein „Überwachungskomitee“ entsendet werden, dessen Aufgabe die Kontrolle, Unterstützung und Beratung der Gemeindegremien ist. Vielerorts übernahmen in Folge dieses Gesetzes dominante Organisationen die staatlichen Institutionen, indem sie ihre Vertreter zum Bürgermeister wählten (vgl. Schorr 2011: 91 ff). In Bolivien wählen die Gemeinschaften traditionellerweise geschlossen für einen Kandidaten. „Infolgedessen konvertierte die Gemeindeverwaltung in manchen Fällen zum Instrument vor allem der landesweiten Landgewerkschaften. Das beste Beispiel hierfür ist das Kokaanbaugebiet Chapare, wo die Munizipien schlicht zum „Exekutivarm“ der mächtigen Kokagewerkschaften umfunktioniert wurden“ (Schorr 2011: 93f).

Zentrale Aspekte im Demokratieverständnis der *sindicatos* sind die Wertschätzung persönlicher Beziehungen, Transparenz des politischen Prozesses, Rechenschaftspflicht der Vorsitzenden, die Verantwortung der Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft, Partizipation ist nicht nur ein Recht sondern auch eine Pflicht, Verteidigung der ökonomischen Existenzgrundlage sowie das Wohlbefinden der ganzen Gemeinschaft (vgl. Conzelman 2010: 4 f).

Ihr Demokratieverständnis gleicht nicht dem einer liberalen repräsentativen Demokratie, an der lediglich mittels individuellen Stimmrechts partizipiert werden kann. In der indigenen [und sozialen] Bewegung steht Kollektivität vor Individualität (Schlager 2013: 139).

Die *cocalero*-Bewegung ging aus diesen *sindicatos* hervor und wurde zu einer der stärksten sozialen Bewegungen in Lateinamerika.

5.2. Die Entwicklung des Chapare seit 1952

Im Zuge der Agrarreform im Jahr 1952 erfuhr die Gegend erstmals breitere öffentliche Aufmerksamkeit und wurde durch staatliche Förderungen zum Kolonisierungsgebiet. Als in den 1980er Jahren der Weltmarkt für Zinn einbrach, migrierten freigesetzte Arbeitskräfte aus den Minen in den Chapare. Im Zuge der neoliberalen Strukturanpassungsmaßnahmen seit dem Jahr 1985 als

Antwort auf die gravierende Wirtschaftskrise in Bolivien migrierten zusätzliche entlassene Arbeiter aus den vorher staatlichen Betrieben in den Chapare. Von dieser neoliberalen Ausrichtung profitierte vor allem das östliche Tiefland, welches vorher keine große wirtschaftliche Rolle gespielt hat. Die wirtschaftliche Bedeutung des westlichen Andenraumes dagegen nahm rasch ab. Die von der Weltbank finanzierten Programme bevorzugten den Osten des Landes, um die Produktion von Soja und Getreide zu steigern. Dies führte zu einer weiteren Konzentration des Landbesitzes in den Händen der Großgrundbesitzer. So veränderte die neoliberale Politik das Leben der Bevölkerungsmehrheit fundamental, zum Größten Teil auf negative Art und Weise, da ein großer Teil der Bevölkerung wirtschaftliche Verluste hinnehmen musste (vgl. Escárzaga 2009: 80 /Schorr 2011: 100).

Viele Kolonisatoren im Chapare ließen sich zunächst aber nicht dauerhaft nieder, sondern waren Wanderbauern, die ihren Hauptwohnsitz in ihren Heimatdörfern behielten (vgl. Painter 1994: 7). Einen Großteil dieser Kolonisatoren hatten indigene Wurzeln (v.a. Quechua und Aymara) und so befand sich die Mehrheit der Indigenen im Westen des Landes. Da bei der neoliberalen Strukturanpassung der Osten des Landes bevorzugt wurde, waren es konsequenterweise die Indigenen die von diesen Umstrukturierungen keinen Nutzen hatten, im Gegenteil.

Bevor die Nachfrageexplosion nach Kokain einsetzte war der Chapare als Kokaanbaugebiet nahezu bedeutungslos, da die Konsumenten an dem bitteren Geschmack keinen Gefallen fanden und die süßlichen Blätter aus den Yungas bevorzugten. Der bittere Geschmack rührt von dem höheren Alkaloidgehalt her, der sich aber aufgrund dieser Eigenschaft hervorragend für die Kokain-Produktion eignet.

Der Niedergang des Minensektors und der Landwirtschaft und der gleichzeitige Nachfrageboom nach Kokain ab Ende der 70er Jahren in den Industriestaaten förderten die Migration in den Chapare. Die Gegend entwickelte sich zu einem der größten Kokaanbaugebiete der Welt, dessen Produktion zum größten Teil in die illegale Kokainherstellung geht (vgl. Lessmann 1994: 137). Die neoliberalen Umstrukturierungen setzten eine Migrationswelle der arbeitenden Bevölkerung über das nationale Territorium in Gange, welche veränderte Lebens- und Denkweisen und neue gesellschaftliche Subjekte mit einer deutliche erhöhten Mobilisierungsfähigkeit hervorbrachten (Escárzaga 2009: 81). Die Migrationswelle in den Chapare hat einerseits eine sehr heterogene Bevölkerung hervorgebracht und andererseits hat sie die Zersetzung bzw. Vertreibung der indigenen Gemeinschaften des tropischen Tieflandes bewirkt. Die ursprüngliche indigene Bevölkerung hatte die Wahl zwischen der Flucht in Rückzugsgebiete oder der Integration in die Produktion von Kokain auf niedrigster Stufe (vgl. Lessmann 1994: 146 f). So bezeichnen sich viele Kolonisatoren

des Chapare als originär und nicht als indigen, da letzteres oft mit rückständig und ungebildet assoziiert wird. Damit grenzen sie sich von der ursprünglich indigenen Bevölkerung des Chapare ab (vgl. Grisaffi 2010).

Die MigrantInnen wurden mit der Zeit zunehmend sesshafter und verloren ihre kulturellen Wurzeln als <kollas> (Hochlandbewohner). Die explosionsartige Ausweitung der Kokaproduktion verlangte nach immer mehr Arbeitskräften und die bäuerlichen Familienbetriebe führten Lohnarbeit ein. Der Zustrom von MigrantInnen nahm weiter zu. Die Hilfsarbeiter rekrutierten sich zum einen aus der marginalisierten indigenen Bevölkerung des tropischen Tieflandes und zum anderen aus den Armenvierteln der Großstädte. (vgl. Lessmann 1994: 145) „Solchermaßen wirkt der Koka-Kokain-Boom als Hebel zur Proletarisierung. Ob Landarbeiter, zugereister arbeitsloser <minero> oder <indigena>: In der illegalen Drogenproduktion verlieren sich kulturelle Eigenheiten und traditionelle Lebensformen.“ (Lessmann 1994: 147)

Ein weiteres Problem dieser Migration waren und sind die Auswirkungen auf die Umwelt in der Region. Während der Anbau von Koka in den traditionellen Anbaugebieten der Yungas umweltschonend und mit sozialen Ritualen begleitet wurde, setzten zugewanderte Kokabauern, denen oft die Erfahrung in der Kultivierung fehlte, sehr häufig Pestizide ein. So degenerierten häufig die Böden und die Flüsse in der Region wurden verschmutzt (vgl. Seffer 2009). Eine weitere Katastrophe für die Umwelt sind die eingesetzten Chemikalien im Produktionsprozess für die Pasta Básica, die häufig einfach in Flüssen oder Wäldern entsorgt werden. Die Politik der Zwangseradiktionen⁴ bewirkt in Abwesenheit ökonomischer Alternativen, dass neue Anbauflächen im Hinterland angelegt werden. Es wird geschätzt, dass dies allein im Chapare 200.000 bis 400.000 subtropischer Regenwald gekostet hat (vgl. Lessmann 2010: 183).

Es wird geschätzt, dass etwa 90 % aller Kokabauern die Kokapflanze für die Weiterverarbeitung von Kokain kultivieren. Besonders für den Chapare ist dies nachvollziehbar, da der legale Anbau und die dementsprechende legale Nutzung laut Gesetz 1008 nur auf Yungas de la Paz beschränkt ist (vgl. Seffer 2009). Da die Bevölkerung des Chapare als multikulturell und zugewandert verstanden worden ist, war es ihnen nicht so leicht möglich den Kokaanbau als kulturelles Erbe darzustellen, so wie es die „traditionelle Kokabauer“ in den Yungas machen konnten (vgl. Grisaffi 2010: 432).

⁴ Die Zwangseradiktionen wurden von den USA eingesetzt. Eine Zwangseradiktion bedeutet die Vernichtung der Kokafelder ohne Absprache mit den Bauern.

Die Kokabauern und deren Familien sowie die Hilfsarbeiter der Kokaproduktion wurden aufgrund der Illegalität des Marktes kriminalisiert und nicht selten sozial stigmatisiert. Die Illegalität dieses Sektors bewirkt auch einen hohen Grad an sozialer Schutzlosigkeit. Auch um diesem Umstand entgegenzuwirken haben sich die Campesinos selbst organisiert (vgl. Lessmann 1994: 151). So gründete sich im Jahr 1982 in Cochabamba die *Federación del Trópico*, der Gewerkschaftsverbund der Tropen, dessen Vorsitz als Generalsekretär Evo Morales seit dem Jahr 1985 bis heute inne hat (vgl. Seffer 2009). Die *cocalero*-Organisationen haben sich im Laufe der Zeit immer wieder mit der Regierung angelegt und griffen dabei auf traditionelle indigene Kampfformen zurück und „dabei kehrten [sie] den von ihren Eltern und Großeltern nach der Landreform von 1953 begonnen Prozess des Verzichts auf kulturelle Identität um.“ (Escárzaga 2009: 81). Wie oben schon erwähnt, hatten die Kokabauern aus dem Chapare am Anfang Schwierigkeiten, den Kokaanbau als indigenes Erbe darzustellen. Die indigene Identität spielt beim Kampf um eine Entkriminalisierung eine wesentliche Rolle, auf die später noch eingegangen wird.

Die *cocaleros* hielten der Regierung immer wieder vor, zu sehr den Forderungen der USA nachzukommen und die eigene Bevölkerung im Stich zu lassen. Die Kokabauern wollten nicht für die illegalen Tätigkeiten Dritter zur Verantwortung gezogen werden, jedoch war allen bewusst, dass nur ein kleiner Teil der produzierten Koka für den legalen Konsum aufgewendet wurde (vgl. Käss 2012: 50f). Dieses Dilemma konnte bis heute nicht überwunden werden.

Das militärische Vorgehen der USA in Zusammenarbeit mit der Regierung spitze sich in den 1990er Jahren im Chapare zu und es kam zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Bauern und dem Militär bzw. Polizei. Es wurden im Zuge der Zwangseradiktionen schwere Menschenrechtsverletzungen begangen, wie willkürliche Festnahmen, Misshandlungen der lokalen Bevölkerungen und in manchen Fällen auch Folter und Mord. Die Zwangseradiktionen betrafen vor allem arme Bauern, welche durch diese Maßnahmen noch tiefer in die Armut geworfen wurden (vgl. Ledebur/ Youngers 2013: 1). Dieses Vorgehen war für die Kokabauern nicht hinnehmbar und sie wehrten sich zum Teil mit heftiger Gewalt.

Es verwundert nicht, dass die hochgradig organisierten Bauern im Chapare die wichtigsten Widerstands-Kämpfer gegen die USA und der neoliberalen Politik im ganzen Land wurden (vgl. Farthing/Kohl 2010: 198). Wie oben bereits erwähnt, griffen sie dabei zunehmend auf indigene Kampfformen zurück und „belebten die gemeinschaftlichen Formen der Selbstverwaltung und der politischen Autonomie wieder“ (Escárzaga 2009: 81). Im Jahre 1994 organisierten die Kokabauern

den „Marsch für die Koka, das Leben und die Würde“ nach La Paz. Dieser Protestmarsch richtete sich vor allem gegen die Militarisierung des Chapare und die Kriminalisierung der Kokabauern (vgl. Käss 2012: 51).

Die schlimmste Periode erlebte der Chapare während der Präsidentschaft von Hugo Banzer zwischen 1997 und 2001. Im Gegensatz zu den früheren Präsidenten verweigerte er jeglichen Dialog mit den Kokabauern und verabschiedete unter dem Druck der USA den „Plan Dignidad“, wodurch die US-Ansätze vollständig übernommen wurden. Er verfolgte eine Null-Koka-Politik. In Folge wurden zahlreiche Zwangseradiktionen vorgenommen. Es wurden im Zuge dieser Aktionen 33 Bauern getötet und 570 Bauern wurden verletzt und 693 Kokabauern wurden verhaftet. Dies führte zu Vergeltungsschlägen welche 27 Polizisten das Leben kostete. Es wurde seitens der Armee zwischen Bauer und Drogenhändler kein Unterschied gemacht. Der Schlachtruf der Bauern lautete: „Kawsachun coca, wanuchun yanquis!“ (Es lebe die Koka, raus mit den Yankees). Die anhaltenden Proteste sowohl im Chapare also auch in den Yungas forcierte die Regierung den Plan Dignidad schließlich aufzugeben (vgl. Farthing/Kohl 2010: 201).

5.3. Die Politisierung der indigenen Identität

In Lateinamerika sind in den letzten 20 Jahren neue politische AkteurInnen auf der politischen Bühne aufgetreten. Diese neuen AkteurInnen bezeichnen sich selbstbewusst als indigen, und grenzen sich stark von Globalisierung und Neoliberalismus ab. Die Intensivierung des indigenen Identitätsdiskurses der indigenen Bevölkerung ist unter anderem auch eine Folge der internationalen Kampagne über 500 Jahre Widerstand gegen die Kolonialherrschaft im Jahr 1992, dem Kolumbusjahr (Käss 2012: 51). „In der Folge nahm die ethnische Politisierung im Sinne der Artikulation politischer Forderungen mit spezifisch ethnischen Begründungen erheblich zu.“ (Schorr 2011: 108).

Bolivien gilt als eines der lateinamerikanischen Länder mit dem höchsten prozentualen Anteil an indigener Bevölkerung. Nach dem letzten Zensus 2001 fühlen sich 61% der Bevölkerung einer indigenen Gruppe zugehörig (vgl. Schorr 2011: 104). In Bolivien waren es die *cocaleros* aus dem Chapare, die bei sozialen Protesten gegen den neoliberalen Staat stets in der vordersten Reihe protestierten und so verhalfen sie auch den anderen indigenen Gruppen an Aufschwung (vgl. Grisaffi 2010: 428).

Der neoliberale Staat, aufgezwungen von der internationalen Gemeinschaft, wurde verantwortlich gemacht für Armut, Ungleichheit und wirtschaftliche Rückständigkeit die bevorzugt Indigene

betreffen. Sie waren lange Zeit de facto vom politischen Prozess des Landes ausgeschlossen und so kam es zu einer verstärkten Politisierung der ethnischen Identität, die sich gegen die „interne Kolonisierung“ engagierten. Die indigene Bevölkerung war zur „kulturellen Weißheit“ gezwungen, d.h.: die Übernahme eines westlichen Lebensstils. Wenn ihnen dieser Zugang unmöglich war, waren sie weitgehend aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben ausgeschlossen (vgl. Schorr 2011: 105).

Die indigenen Forderungen wurden von den sozialen Basisorganisationen übernommen die zunehmend ihre indigene Identität betonten und sie stellten politische Forderungen unter Rückruf auf diese Identität (Schorr 2011: 85,104 ff).

Auf der politischen Bühne Boliviens waren die *indigenas* nach den Wahlen 2002 erstmals sichtbar repräsentiert: 18 % der Abgeordneten waren *indigena-campesinos* und im Senat stellten sie 18 % der Senatoren (Ströbele-Gregor 2006: 279).

5.4. Die „Indianisierung“ des Kokadiskurses

Durch das ökonomische Gewicht, welche die Kokapflanze im Chapare hat, und durch die Abwesenheit ökonomischer Alternativen haben die Bauern trotz oder gerade wegen der starken militärischen Repressionen sich zu einer machtvollen Bewegung organisiert. Heute sind 45.000 Familien in sechs Federationen organisiert dessen Vorsitz Evo Morales inne hat. Die Verteidigung auf das Recht Koka anzubauen schloss die Bauern zu einer gemeinsamen Sache zusammen und Feinde waren schnell ausgemacht – all jene die ihnen verbieten wollen Koka anzubauen, sei es nun die Regierung, das Militär oder die amerikanische Botschaft.

Die Berufung auf eine indigene Herkunft spielt auch in der Kokapolitik eine wesentliche Rolle. Der Umstand, dass ein großer Teil der *cocaleros* eine indigene Abstammung haben erleichtert den Rückruf auf eine indigene Identität. Der neoliberale Staat hat Anbauflächen im Namen des „Krieges gegen Drogen“ vernichtet. Die Kokabauern im Chapare dagegen verteidigen ihr Recht auf Kokaanbau von einer kulturellen Position aus. Die Kokabauern als eine soziale Bewegung verfügen so über eine kollektive Identität und ein kulturelles Element, die im Hinblick auf eine gesellschaftliche Veränderung unerlässlich sind (vgl. Schlager 2013: 139). Die Anführer der *cocaleros*, wie auch Evo Morales, unterstreichen immer wieder die ethnische Dimension der Kokapflanze. Die Kokapflanze steht also für das Indigene und dies bedeutet, dass die Kokabauern des Chapare darüber hinaus „nicht zu sehr indigen“ sein müssen. Die Kokabauern erhalten ihren

indigenen Status durch ihren Umgang mit Koka, also eine „leichte Version“ des Indigenen. Doch die ungebrochene Präsenz der illegalen Koka-Kokain-Ökonomie im Chapare gefährdet die Legitimität der indigenen Identität im Chapare (vgl. Grisaffi 2010: 429). Die militärischen Bemühungen zur Zwangseradiktion der Kokaplantagen waren aber nicht nur ineffektiv sondern führten zu teilweise schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei bzw. Militär und den BauerInnen. Die Truppen wurden der Folter, Raubüberfällen, Mord, Plünderung Vergewaltigung beschuldigt. Da es für die BauerInnen im Chapare keine wirklichen Alternativen zum Kokaanbau gibt und alle Programme für alternative Landwirtschaft, durchgeführt von USAID, gescheitert sind, haben sie ihren Kampf für das Recht Koka anzubauen weitergeführt. Diesen Kampf führen sie mit kulturellen Argumenten mithilfe politischer Aktionen (vgl. Grisaffi 2010: 430).

Wie oben schon erwähnt, wurde der Chapare durch das Gesetz 1008 im Jahr 1988 als eine nicht-traditionelle Kokaanbauzone erklärt, und somit waren sämtliche Anbauflächen illegal. Die Kokabauern konnten den Kokaanbau im Chapare auch nicht als kulturelles Erbe darstellen, so wie in den Yungas. Die Kokabauern sind diesen Umstand umgangen indem sie sich nun auf das Kokablatt selbst fokussierten:

„Coca leaf went from being something that had previously been totally irrelevant for public self-identification, no different from any other crop that was grown, such as oranges, rice or bananas, to become *coca milenaria* (millennial coca), absolutely entwined with the presentation of what had now become vocal *originarios*.“ (Grisaffi 2010: 432)

Die Kokabauern im Chapare bezeichnen sich in ihrem Kampf gegen die Kokapolitik gerne als indigen, aber sie wollen auch nicht als zu indigen erscheinen, da dies oft mit rückständig, ungebildet und dreckig assoziiert wird. Sie bezeichnen sich deshalb oft als *originarios*, um sich von den „echten“ Indigenen abzugrenzen, aber um selbst noch indigen zu bleiben (vgl. Grisaffi 2010). So nennen sich die aymara- und quechuasprachige Bevölkerung des andinen Hochlandes *campesinos* bzw. *pueblos originarios* und die Völker des Tieflandes sind die *indigenas* (Ströbele-Gregor 2006: 285).

[D]as Konstrukt *indígena* oder *pueblo originario*, das soziale und kulturelle Gemeinsamkeiten als Abgrenzung gegenüber europäisch-stämmigen Machtgruppen konstruiert, [hat] zunehmend an politischer Bedeutung gewonnen, zumal es – anders als der zuvor den politischen Diskurs bestimmende Klassenbegriff – eine gemeinsame gesellschaftliche Verortung von Angehörigen aus unterschiedlichen sozialen Schichten

erlaubt (Ströbele-Gregor 2006: 285).

So bezeichnen sich viele als indigen bzw. originär, da die eigene indigene Identität ihnen gewisse Vorteile verschaffen kann. Indigene Identitäten werden eben auch in der politischen Sphäre geformt und des Öfteren strategisch eingesetzt (vgl. Schilling-Vacaflor 2009: 49). Das *indígena* oder *originario* ist demnach auch ein soziales Konstrukt, „welches in der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Bedingungen und in Interaktion mit anderen Identitäten konstruiert wird.“ (Ströbele-Gregor 2009: 286).

Im Jahr 1993 hat der „Council for the Defence of Coca Producers“ die Macchu Pichu Charta verfasst. Evo Morales war zu dieser Zeit Präsident und folgendes Zitat stammt aus diesem Dokument:

The eradication of the coca leaf would be, for our Andean people, death. Because for us coca is everything: Our material survival, our myths, our cosmic vision of the world, the happiness to live, the word of our ancestors, the constant dialog with the Pachamama, our reason to be in this world. In sum, the fight for the revaluation and defence of the coca leaf synthesises all of these demands that today give meaning to our lives and without which there will be no future. *It is the symbol and the representation of our identity* (Grisaffi 2010: 432 zit. n. CAPC 1993).

Die Kokabauern haben durch eine Vielzahl an Aktionen die Öffentlichkeit auf ihre Interessen aufmerksam gemacht. Solche Aktionen sind unerlässlich um die eigenen Forderungen und Interessen mit Einverständnis der Öffentlichkeit durchzusetzen (vgl. Schlager 2013: 139). So organisierten die Federationen im Chapare Straßenfeste und öffentliche Rituale wo das Kokablatt im Mittelpunkt stand. Diese Wiedereinführung überlieferter bzw. erfundener Feste und Rituale wurden begleitet von einer massiven Verwendung und Inszenierung indigener Herrschafts- und Gruppensymbolik (vgl. Schorr 2011: 109).

Im Chapare gibt es auch eine Radiostation der Bauernvereinigung, in deren Sendungen immer wieder betont wird wie wichtig die Verteidigung der heiligen Koka ist. Diese Feste und das Radio ermöglichen den Verteidigern der Koka immer wieder zu wiederholen, dass Koka nicht Kokain ist und dass militärische Truppen sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland ihre Kokafelder vernichten um fremden Interessen zu dienen (vgl. Grisaffi 2010: 433). „The cumulative effect of repeating the same message over and over on the radio and at union meetings is that the coca union has a strong overarching ideology built around the monumentalisation of coca.“ (ebd.). Die Diffusion dieser Ansichten erlaubt vor allem in den ländlichen Gegenden das Hervorgehen eines

allgemeinen Bewusstseins über die zahlreichen Probleme des Landes und in Folge die Kenntnis möglicher politischer Alternativen (vgl. Schorr 2011: 88). Diese Mobilisierung unter dem Banner der Koka erlaubte eine flexiblere und leichtere Version einer indigenen Identität (vgl. ebd.).

Durch das hohe politische Interesse und Organisation an der Basis in Bolivien, welches vor allem durch das Gesetz über Bürgerbeteiligung (LPP) aus dem Jahr 1994 gefördert wurde, ging auch eine höhere Bereitschaft einher sich für die eigenen Interessen zu engagieren (auch außerhalb der Institutionen). Diese wurden in Bolivien sehr stark über den Weg der Protestmobilisierungen eingefordert (vgl. Schorr 2011: 94).

In den staatsfernen ländlichen Regionen des Landes lösten die stark zunehmenden ethnischen Diskurse, die durch die organisatorischen Strukturen der Dachverbände an die gesellschaftliche Basis sickerten, einen Prozess der Wiederbelebung und, im Sinne Hobsbawms (1992), der Neuerfindung indigener Lebens- und Ordnungsformen aus (Schorr 2011: 109).

Das Kokablatt ist somit der perfekte „leere Signifikant“ im Sinne von Laclau und Mouffe. Mithilfe des Kokablattes konnten die verschiedenen Identitäten der SiedlerInnen im Chapare überwunden werden und dies erlaubte den Kokabauern eine kohärente und solide Bewegung im Chapare zu formen. Die Koka konnte zum Symbol der nationalen Identität stilisiert werden, das gegen Angriffe von außen geschützt werden müsste (vgl. Schorr 2011: 276).

6. Die Kokapolitik unter der Regierung Morales

6.1. Die Kokapolitik der Vorgängerregierungen

Die früheren bolivianischen Regierungen versuchten bereits im 19. Jahrhundert - stets erfolglos - und lange vor der Einführung der internationalen Drogenprohibition den lukrativen Kokahandel zu besteuern. Es waren die Spanier, die die Kommerzialisierung des Kokablattes begründeten, um die damaligen Bergarbeiter in Potosi maximal ausbeuten zu können. Dies sind historische Vorläufer der Kokakontrolle, die jedoch rein fiskalisch motiviert waren. Gesundheits- oder sicherheitspolitische Erwägungen spielten hier keine Rolle, die wurden erst im 20. Jahrhundert von außen an Bolivien herangetragen (vgl. Lessmann 1994: 179).

Auf der Genfer Opium-Konferenz unterzeichnete die bolivianische Delegation das Protokoll (nachdem sie das Kokablatt verteidigt hatten), welches die Koka den schädlichen Stoffen zuordnete. Dies hatte zur Folge, dass sich Koka einer Regulierung unterziehen musste und in weiterer Folge einer strengen Kontrolle unterlag. Das Protokoll der Nachfolgekonzferenz im Jahre 1927 unterzeichnete Bolivien aufgrund innenpolitischen Drucks der damaligen einflussreichen Organisation der Kokabauern (*Sociedad de Propietarios de Yungas*, SPY) dagegen nicht mehr. Jedoch ist anzumerken, dass die Regierungen von Bolivien und Peru im Jahr 1936 beschlossen, gesetzliche Maßnahmen zur Eindämmung von Alkoholismus und übermäßigem Kokakonsum zu ergreifen (vgl. Lessmann 1994: 180). Diese Initiativen wurden allerdings nicht von außen beeinflusst. 1939 erfolgte in Bolivien das erste Drogengesetz, welches nur Kokain auf die Liste der verbotenen Substanzen stellte, jedoch nicht das Kokablatt. Dies wurde im Jahr 1940 zum „*artículo de primer necesidad*“ erklärt (vgl. ebd.). Es kam von Seiten der Regierungen Perus und Boliviens zu Initiativen auf internationaler Bühne, das Kokablatt von der Liste der schädlichen Substanzen aus dem Abkommen 1927 zu streichen. Es kam dessen ungeachtet ganz anders – das Kokablatt wurde 1961 in die Liste der Betäubungsmittel der „*Single Convention on Narcotic Drugs*“ der Vereinten Nationen aufgenommen. 1976 kam es in Bolivien zur Ratifizierung dieser Konvention und somit verpflichtete sich Bolivien auch das Kokakauen innerhalb von 25 Jahren zu verbieten (vgl. Lessmann 1994: 181). Das Gesetz in Bolivien, welches das nationale Gesetz mit der Konvention von 1961 in Einklang bringen sollte, erwähnte das Kokablatt jedoch nicht. 1962 wurde aber die Anlage neuer Kokafelder verboten. Die ersten drogenpolitischen Initiativen richteten sich

mehr gegen den Anbau und Konsum des Kokablatts und weniger gegen seine Verarbeitung und Handel mit Kokain (vgl. Lessmann 1994: 182f).

Das Gesetz 1008 aus dem Jahr 1988 wurde unter der MNR-Regierung von Víctor Paz Estenssoro auf Druck der USA erlassen. Dieses Gesetz erlaubte lediglich in den Yungas legal Koka anzubauen. Jene Anbaugelände im Chapare wurden als nicht-traditionelle Anbaugelände deklariert und somit waren sie vor dem Gesetz illegal und mussten bekämpft werden. Obwohl die USA die komplette Zerstörung der Kokafelder forderten, zogen weder Paz Estenssoro noch sein Nachfolger Jaime Paz Zamora diese Möglichkeit in Erwägung, da durch eine solche Maßnahme ca. 300.000 Menschen ihre Lebensgrundlage verloren hätten. Es wurde jedoch eine teilweise Zerstörung der Kokafelder durchgeführt – ohne Entschädigung der betroffenen BäuerInnen. Dies führte zu teilweise heftigen Protesten der Kokabauern (vgl. Käss 2012: 50). Die Regierungen haben immer mehr oder weniger die wirtschaftlichen Vorzüge und die Abhängigkeit vieler Menschen vom Kokaanbau erkannt und haben deswegen versucht stets nur so viele Maßnahmen wie nur nötig zu ergreifen um die internationale Gemeinschaft zufrieden zu stellen, aber die Menschen in Bolivien nicht ärmer werden zu lassen (vgl. Painter 1994: 77).

Anfang der 90er Jahren versuchte der damalige Präsident Jaime Paz Zamora (1989-1993) mit seiner sogenannten „*Diplomacia de la coca*“ das Kokablatt in seinem Naturzustand von der Liste Nr.1 der UN-Einheitskonvention von 1961 zu streichen. Dieser Vorstoß scheiterte aber sang- und klanglos aufgrund mangelnder Unterstützung der internationalen Gemeinschaft (vgl. Lessmann 2010: 193). Die dadurch entstandenen Spannungen mit den USA führten zudem zu einem Visumverlust führender Politiker (vgl. Stefanoni 2010: 66).

Als der ehemalige Diktator Húngo Banzer erneut Präsident von Bolivien wurde, radikalisierte sich die Kokapolitik zugunsten der Interessen der USA. Im Jahr 1998 veröffentlichte er den „Plan Dignidad“ worin er vollständig die US-Ansätze übernahm. Er verfolgte eine „Null-Koka“-Politik und erreichte Rekordhöhen in Bezug auf Eradikationsflächen. Die Gewalt im Chapare stieg infolgedessen rasant an und es entwickelten sich bürgerkriegsähnliche Zustände in dieser Region. Bolivien wurde kurzerhand zum *coca-zero*-Land ernannt, zur Freude der USA. Der Anbau stieg aber ab dem Jahr 2001 wieder rasant an.

Diese harte Linie führte sein Nachfolger Jorge Quiroga weiter. Banzer musste sich im Jahr 2001 aufgrund eines akuten Krebsleidens zurückziehen. Quiroga ging so weit und wollte sogar das

Trocknen und die Kommerzialisierung von im Chapare produzierten Kokablättern verbieten sowie die legalen Kokamärkte schließen lassen. Als die Kokabauern erfuhren, dass das entsprechende Regierungsdekret Nr. 26415 bereits unterschrieben worden war, kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen, bei denen mehr Menschen ums Leben kamen (vgl. Käss 2012: 53). Das Dekret wurde schlussendlich zurückgezogen und nicht wieder in Kraft gesetzt. Nachdem die Kokabauern sich zuvor schon im Wasserkrieg mit anderen sozialen Gruppen solidarisiert hatten, schlossen sich nun letztere den Kokabauern an (vgl. Schorr 2011: 195). Die Regierung bezeichnete diese Ausschreitungen als Narkoterrorismus und die Ethikkommission der Abgeordnetenkammer entzog Evo Morales sein Mandat⁵, da sie ihn für die Ausschreitungen verantwortlich machten. Diese Maßnahmen erwiesen sich jedoch als kontraproduktiv und sorgten für einen sprunghaften Anstieg seiner Popularität (vgl. Käss 2012: 53/Schorr 2011: 195).

Die Vorgängerregierung von Morales unter dem damaligen Präsidenten Carlos Mesa hatte im Jahr 2004 schon einen neuen Kurs in der Drogenpolitik eingeläutet, nachdem in einer gemeinsamen Aktion von Polizei und Militär zwei Kokabauern erschossen wurden. Um eine erneute androhende Eskalation zwischen Kokabauern und Sicherheitskräften zu vermeiden, erließ Mesa ein Dekret, welches jeder der etwa 30.000 dort angesiedelten Familien die Unterhaltung von 1600m² (ein „cato“) an Kokapflanzungen zuerkannte. So konnten erstmals auf 17.500 ha Koka legal angebaut werden seit Erlassung des Gesetzes 1008 im Jahr 1988 (vgl. Farthing/Kohl 2010: 204). Diese Entscheidung wurde damals maßgeblich von der MAS, auf dessen Unterstützung Mesa im Parlament angewiesen war, beeinflusst. Im Gegenzug mussten die Kokabauern überschüssige Kokapflanzungen mit den Sicherheitskräften vernichten. Die Eradiktionsvorgabe der US-Regierung konnte so im Jahr 2004 erstmals leicht überboten werden und das bemerkenswerte ist, dass zum ersten Mal seit Beginn der Zwangsvernichtungskampagnen im Chapare diese ohne gewalttätige Zusammenstöße zwischen Bauern und Soldaten vonstatten gehen konnten (vgl. Bergfeld/Daun/Schorr 2009: 508).

Die Regierung von Carlos Mesa hatte aber schon vor der Verabschiedung des Dekrets einen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik eingeläutet. Die im Jahre 2004 verabschiedete Drogenbekämpfungsstrategie verlagerte den Schwerpunkt der Drogenkontrolle weg von der aggressiven Eradiktionspolitik hin zu einer Strafverfolgung der Drogenhändler und der Implementierung von Entwicklungsprojekten unter Einbeziehung der Kokabauern. Diese Verlagerung der Drogenpolitik hat schon seine Erfolge aufweisen können. Der Frieden im Chapare

⁵ Evo Morales war zu dieser Zeit Abgeordneter des Wahlkreises Chapare und Carrasco.

war wieder eingekehrt, nachdem hier bürgerkriegsähnliche Zustände geherrscht haben. Entgegen vieler gegenteiliger Behauptungen änderte sich die Situation in den Konsumentenländer nicht und es trat keine unkontrollierte Kokainschwemme ein (vgl. Bergfeld/Daun/Schorr 2009: 509 ff). Es ist auch zu keinem bedeutsamen Aufschwung in der Produktion oder im Konsum durch den neuen Kurs in der Drogenpolitik gekommen. Die zuvor aggressive und aufgezwungene Eradiktionspolitik bewirkte nur, dass sich die Anbauflächen in das ökologisch fragile Hinterland verzogen. An diesem Umstand wird sich bei konstanter Nachfrage aus den Konsumentenländern nichts ändern, die Drogenproduktion verlagert sich nur dorthin, wo es Lücken in der staatlichen Drogenkontrolle gibt (vgl. Bergfeld/Daun/Schorr 2009: 510). Dies bedeutet eine weitere Abholzung der Wälder, Erosion fragiler Böden und weitere Gewässer und Erdreiche werden durch die eingesetzten Chemikalien vergiftet.

6.2. Die Kokapolitik von Evo Morales

Die Gewerkschaften des Chapare waren wie oben schon erwähnt beim Verlauf der Protestwelle zwischen 2000 und 2005 maßgeblich beteiligt und trugen zum Erfolg bei. Dabei stand aber für die Kokagewerkschaften immer das Ziel der Modifikation der nationalen Kokapolitik an erster Stelle. Es war den Kokagewerkschaften seit den 80er Jahren immer wieder gelungen die Regierungen an den Verhandlungstisch zu zwingen aber tiefgreifende Veränderungen konnten sie nie wirklich durchbringen. Doch mit der Wahl von Vertretern ihrer Gewerkschaft ins Parlament (im Jahr 1997 zog Evo Morales als erster Repräsentant ins Parlament) schafften sie es ihr Thema auf die öffentliche und politische Agenda zu bringen (vgl. Schorr 2011: 275).

Der Wahlkampf von Morales war von anti-imperialistischen Slogans, die vor allem gegen die USA gerichtet waren durchzogen. Viele seiner Wahlkampfreden endeten mit dem Satz: „Long live coca! Death to Yankees“ (Grisaffi 2010: 427). Morales hat also auf diskursiver Ebene die Kokathematik mit der traditionellen Forderung nach nationaler Souveränität fusioniert. So ließ sich die Kokaproblematik mit dem bereits in Gewerkschaften und linken Kreisen sehr präsenten Anti-Imperialismus verbinden (vgl. Schorr 2011: 116). „Die Koka wurde zum nationalen Symbol stilisiert, das es gegen die Angriffe der „imperialistischen USA“ zu verteidigen galt.“ (Schorr 2011: 116)

Im September 2006 rief Morales vor einer UN-Vollversammlung aus: „The fight for coca leaves took me to the presidency!“ (MercoPress 2006). Evo Morales ist selbst Aymara und ist mit seinen Eltern als Kind in den Chapare gezogen und wurde wie sein Vater Kokabauer (vgl. Conzelman

2010: 2). In der neuen bolivianischen Verfassung wird Koka als kulturelles Erbgut anerkannt - die Produktion, Kommerzialisierung und Industrialisierung soll allerdings gesetzlich geregelt werden. Dieser Paradigmenwechsel wurde auch schon bei der Regierungsbildung 2006 deutlich, wo Morales das Vizeministerium für Alternative Entwicklung in *Viceministerio de Coca y Desarrollo Integral* (für Koka und ganzheitliche Entwicklung) umbenannte (Lessmann 2010: 184).

Der Wahlsieg von Evo Morales hat international für viel Aufsehen gesorgt, besonders in den USA. Es ist vor allem Morales' Haltung in der Kokafrage die in Washington von Bedeutung ist. Wie schon erwähnt hat die drogenpolitische Ausrichtung der bolivianischen Regierungen immer als Bewertungsgrundlage gedient und die bilateralen Beziehungen dominiert (vgl. Bergfeld/Daun/Schorr 2009: 497). Dies hat von Anfang an den Unmut der Kokabauern hervorgerufen, vor allem im Chapare. Die Forderungen der Kokabauern sahen eine Entkriminalisierung des Anbaus von Koka vor und die Abschaffung des Ley 1008. Für die Regierung von Morales liegt deswegen erst dann ein strafrechtlicher Bestand vor, wenn tatsächlich aus den Blättern Kokain hergestellt wird. Deshalb fordern die Kokabauern schon seit Jahren ein neues Kokagesetz, welches den Anbau und die spätere Vermarktung der Pflanze reguliert (vgl. Bergfeld/Daun/Schorr 2009: 506).

Der Abzug der Sonderpolizeien zur Drogenbekämpfung existieren zu einem kleinen Teil immer noch im Chapare, aber im Gegensatz zu früher üben die US-Amerikaner keine Befehlsgewalt mehr aus. Auch haben die verbliebenen Einheiten nicht mehr die Bauern im Visier, da die Reduktion der Anbauflächen nun im Konsens mit den *sindicatos* und Bauern stattfinden darf (Lessmann 2010: 184). Im Jahr 2008 wurde aber schon die US-Drogenpolizei DEA und der damalige US-Botschafter des Landes verwiesen. Im Mai 2013 musste schließlich auch noch die US-Entwicklungsagentur USAID das Land verlassen. Morales warf ihnen vor sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen.

Morales hat einen entscheidenden Kampf gegen die internationale Drogenmafia angekündigt und will die von seinem Vorgänger Carlos Mesa eingeläutete Drogenpolitik nur marginal ändern, da sie eigentlich unter dem Druck und den Forderungen der MAS erst entstand. Mesa verfügte über keine Mehrheit im Parlament und war auf die Unterstützung der MAS angewiesen. Somit befand sich Morales in einer sehr günstigen Position und konnte auf die Umsetzung der Forderungen der Kokabauern drängen (vgl. Schorr 2011: 276).

Das Regierungsmotto von Morales lautet: „*coca sí, cocaína no*“. Er strebt also keineswegs den von der internationalen Gemeinschaft unterstellten radikalen Bruch in der Drogenkontrolle an. Der Unterschied zwischen Mesa und Morales liegt allerdings in der Vermittlung dieser Politik. Carlos Mesa wurde zwar schon im alljährlichen US-Drogenkontrollbericht angegriffen, doch die internationale Presse nahm von diesen Veränderungen kaum Notiz. Das Auftreten von Morales dagegen ist sehr viel präsenter. Er tritt mit seinen Forderungen auch vor die internationale Öffentlichkeit und die faktisch vollzogene Wende von einer „Null-Koka-Politik“ zu einer „Null Drogenhandel-Politik“ wurde erst viel später durch Morales von internationalen Tageszeitungen aufgegriffen (vgl. Bergfeld/Daun/Schorr 2009: 509).

6.2.1. „*coca sí, cocaína no!*“

Die Kampagne bzw. das drogenpolitische Motto der Regierung Morales lautet „*coca sí, cocaína no!*“ und anerkennt den hohen kulturellen und traditionellen Stellenwert der Kokapflanze. Im Mittelpunkt dieser Kampagne steht eine „Neubewertung des Kokablattes“ („*revaloración*“), wobei das Kokablatt nicht mehr primär als Grundstoff für Kokain angesehen wird, sondern dessen kultureller Stellenwert respektiert wird.

Mithilfe der Zusammenarbeit mit Militär und Polizei soll der Handel mit Drogen unterbunden bzw. gedämpft werden, welches dem *cocaína no*-Bereich zuzuordnen ist.

Durch „soziale Kontrolle“ oder „Rationalisierung“, die Eckpfeiler der „*coca sí, cocaína no!*“-Politik, sollen die Kokapflanzungen die für die Produktion für Kokain bestimmt sind eingeschränkt werden. Gedacht ist eine Aufspaltung der Gesetzgebung in ein Allgemeines Kokagesetz zur „Rationalisierung“ (was in diesem Kontext soviel bedeutet wie soziale Kontrolle) und ein Drogengesetz zur Bekämpfung der Drogenproduktion und des Drogenhandels (vgl. Lessmann 2010: 185).

Der Paradigmenwechsel liegt nun darin, dass das Kokablatt bisher juristisch primär als Grundstoff für die Kokainherstellung angesehen worden war, als kontrollierte Substanz im Sinne der UN-Drogen-Einheitskonvention von 1961.[...] In Zukunft also soll das Kokablatt geschütztes andines Kulturerbe sein; die normativen Vorzeichen werden umgekehrt! (Lessmann 2010: 185 f)

Diese Politik der Rationalisierung knüpft an das traditionelle indigene Gemeindeleben an, wie es bereits vor der Invasion der Spanier existiert hat. So sollen individuelle und kollektive Rechte besser gewahrt werden und ein demokratisches System etabliert werden, welches an alten andinen

Traditionen anknüpft (vgl. Farthing/Kohl 2010: 205/ Conzelman 2010: 3).

„This concept is framed around an affirmation of Andean cultures' millennia-long relationship with the coca leaf and an insistence that „the sacred coca leaf“ must be cherished because it stands at the heart of now-valued indigenous culture and economy.“ (Farthing/Kohl 2010: 205)

Diese Politik der Rationalisierung erkennt aber gleichzeitig auch die Funktion des Kokablattes als Grundstoff für die Kokainherstellung an. Es soll also weder eine unkontrollierte Freigabe geben, noch eine „Coca Zero“-Politik verfolgt werden, wie das bisherige Credo lautete (vgl. Lessmann 2010: 186).

Ganz zentral ist auch die wirtschaftliche Diversifizierung im Chapare und in den Yungas um eine Entwicklung *mit* Koka anzukurbeln anstatt der Zwangseradiktionen, die eine komplette Vernichtung des Anbaus verlangen. Es ist den Bauern nun auch erlaubt die Blätter direkt an den Konsumenten zu verkaufen ohne Zwischenhändler, die früher erforderlich waren. Früher war es nur an zwei Märkten erlaubt legal Koka zu verkaufen, mittlerweile ist diese Zahl stark angestiegen. Auch die erlaubte Anbaufläche von 30.000 ha aus dem Gesetz 1008 wurde auf 50.000 ha angehoben.

Überproduktionen sollen durch alternative Koka-Produkte absorbiert werden wie z.B.: Zahnpasta, Tee, Mehl etc. (vgl. Farthing/Kohl 2010: 205). Um diese Produkte auf Kokabasis weltweit vermarkten und exportieren zu können müsste es auf internationaler Ebene eine Legalisierung der Kokablätter geben, also die Streichung der Kokapflanze als verbotene Substanz aus der UN Single Convention von 1961.

6.2.2. Die bisherigen Auswirkungen der Drogenpolitik der Regierung Morales

Die Regierung Morales konnte mit ihrer „coca si, cocaina no“-Strategie bereits beachtliche Erfolge erzielen können. Laut einem Bericht der UNO vom August 2013 hat Bolivien ihre Koka-Produktion schon seit zwei Jahren kontinuierlich verringern können (UNO 2013). Der US-Regierung zufolge konnte im Jahr 2011 der Kokaanbau um 13 Prozent verringert werden. Die Regierung Morales konnte auch signifikante Erfolge gegen die Drogenproduktion und dessen Schmuggel aufweisen. Es konnte ein Rückgang in der Produktion von Kokain verzeichnet werden und es wurden zahlreiche Laboratorien zum Zwecke der Kokainherstellung aufgefunden und zerstört (vgl. Ledebur/ Youngers 2013: 1). Der World Drug Report 2013 konnte den Rückgang an Anbaufläche auf die Bemühungen der Regierung zurückgeführt werden (UNODC 2013: 37).

Im Chapare konnte der höchste Rückgang beobachtet werden, so dass mittlerweile in den Yungas wieder mehr Koka angebaut wird als im Chapare (vgl. Ledebur/Youngers 2013: 3). Dies lässt sich unter anderem dadurch erklären, dass in den Yungas die Bindung zu der Morales-Regierung sehr viel schwächer ist als im Chapare. Diese Zahlen sagen aber trotzdem nichts darüber aus, wieviel Koka nun zu Kokain verarbeitet wird. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Kultivierung von Koka eine wichtige Einnahmequelle für viele Beschäftigte im informellen Sektor bleibt. Doch in den Regionen wo die Bauernorganisationen eine starke Bindung zur MAS haben hat die soziale Kontrolle am meisten Erfolge aufweisen können. Die Bauern verkaufen hier ihre Kokablätter vorwiegend auf dem legalen Markt und der Markt wird dort strenger kontrolliert. Sie begrüßen, dass sie bei der Entwerfung von Programmen partizipieren können und erhoffen sich, im Ausland ein besseres Bild abzugeben als bisher (vgl. Farthing/Kohl 2010: 207). Die cocaleros im Chapare haben Evo Morales unter anderem auch deshalb gewählt, weil er einer von ihnen ist. Sie erkennen sich in ihm wieder und dies hilft ihnen „sich symbolisch zum politischen Gemeinwesen zu assoziieren“ (Ramirez-Voltaire 2012: 88). So ist die Bereitschaft größer die Vorgaben der Regierung zu befolgen und ein zweiter Grund für die vergleichsweise höhere Bereitschaft der cocaleros im Chapare ist die Sanktionsgewalt, über die die Vereinigungen der Kokabauern verfügen. Somit ist die soziale Kontrolle im Chapare durch die Vereinigungen gewährleistet. Ein Verstoß gegen das Gesetz kann mit einem Anbauverbot oder im schlimmsten Fall mit dem Verlust des Landtitels geahndet werden. Die soziale Kontrolle hat wesentlich zum Erfolg beitragen können (vgl. Ledebur/ Youngers 2013: 3 f).

Diese Politik bewirkt aber auch, dass durch die Eindämmung der Anbauflächen und der Produktion zu große Überschussproduktionen entstehen würden, was einen Preisverfall zur Folge hätte (ebd.). Zudem werden die Bauern dazu hingeführt ihre landwirtschaftliche Produktion zu diversifizieren und neben dem einen cato Koka andere Pflanzenarten anzubauen (ebd.)

Mit der Umsetzung der seit Jahren geforderten Reformen wurde eigentlich „nur“ ein Zustand in reguläres Gesetz überführt, der de facto schon seit 2004 besteht, eingeführt vom damaligen Präsidenten Mesa (siehe oben). Trotz aller bisherigen Erfolge werden in der Praxis die Gesetze nicht von allen cocaleros befolgt (vgl. Lessmann 2010: 196). So umgehen zum Beispiel verschiedene Bauern die „one-cato“-Regelung indem sie ihre Parzellen unter den Familienmitglieder aufteilen, damit jeder wiederum ein cato mit Koka bepflanzen kann. Leider werden auch immer wieder neue Anbauflächen im Hinterland angelegt.

Morales hat schon mehrmals dazu aufgerufen solche Praktiken zu unterlassen, doch die Bauern rechtfertigen ihre illegalen Aktivitäten damit, dass sie mit einem cato einfach nicht überleben können. Es gibt zudem kaum Alternativen, die mit den Kokablättern mithalten können sowohl bezüglich der Einnahmen als auch des Transports, da Koka leichter zu transportieren ist als andere landwirtschaftliche Erzeugnisse. So bliebe ihnen, den Bauern, nichts anderes übrig als weiter Koka anzubauen, ob legal oder illegal (vgl. Grisaffi 2013: 60/ Farthing/Kohl 2010: 207). Eine weitere Nebenwirkung der „one cato“-Politik ist, dass nun neue Bauern in die Gegend ziehen und ihren Anspruch auf einen cato erheben.

Die Weiterverarbeitung der überschüssigen Kokablätter zu anderen Produkten wie Mehl, Kaugummi etc. kommt nur schleppend voran aufgrund fehlender Infrastruktur. Es ist aber sehr fraglich, ob die Überschussproduktionen wirklich absorbiert werden können, wenn man bedenkt, dass der Verbrauch der Firma Winsor, einer der großen Produzenten von Kokateebüteln in Bolivien, bei 13 Tonnen liegt. Die Kokaernte wird aber auf 39 400 Tonnen geschätzt. Inwieweit diese Länder auch die Kosten eines Verstoßes gegen bestehende UN-Bestimmungen auf sich nehmen ist fraglich (vgl. Lessmann 2010: 194).

Ein weiteres Problem sowohl für die Regierung als auch für die Bauern ist die Entfernung entlegener Dörfer zu den Märkten. Die Bauern die sich hier den Transport in die nächste größere Stadt nicht leisten können und keine starke Bindung zur Regierung haben und sich der sozialen und staatlichen Kontrolle entziehen verkaufen ihre Blätter oft weiterhin an Drogenhändler, die mobiler sind und durchs Land fahren und die Blätter direkt bei den Bauern aufkaufen. Der Regierung bleibt hier noch viel Arbeit, um zu verhindern dass die Kokablätter nicht in Kokapaste verwandelt werden, sondern auf den legalen Märkten landen (vgl. Farthing-Kohl 2010: 208).

Auch die Drogenhändler und Schmuggler haben auf die neue Gesetzgebung reagiert, indem sie ihre Produktionsstätte und Transportwege abwechslungsreich variieren. Zudem ist Bolivien als Transitland bedeutender geworden, nachdem der Rückgang der Kokaproduktion im eigenen Land eine Zunahme in den Nachbarländern bewirkte (v.a. Peru) (vgl. Ledebur/ Youngers 2013: 2). Es zeigt sich dadurch, dass sich ohne einen Rückgang der Nachfrage an Kokain keinen Rückgang der Produktion bewerkstelligen lässt.

6.3. Das Kokablatt als Träger einer indigenen Identität

Das umstrittene Drogengesetz 1008 ist nach wie vor in Kraft, obwohl dessen Abschaffung die *cocaleros* seit Entstehung dieses Gesetzes im Jahr 1988 gefordert haben. Die Regierung Morales hat im Hinblick auf eine Reform stets auf die Verfassungsgebende Versammlung verwiesen. In dieser ist das Kokablatt in Artikel 384 als Kulturerbe unter staatlichen Schutz gestellt. In einschlägigen Gesetzen ist Koka Bestandteil eines Abschnitts „*Biodiversidad, Coca, Areas Protegidas y Recursos Forestales*“, wo es um den Schutz der natürlichen Artenvielfalt geht. Das Thema wurde politisch so niedriger gehängt als ursprünglich erwartet. Auch wurde der Kokabusch nicht in das Staatswappen aufgenommen, wie von vielen gefordert wurde (Lessmann 2010: 185).

Wie oben schon erwähnt stellen die drogenpolitischen Reformen von Evo Morales keine besonderen Veränderungen dar. Was jedoch bemerkenswert bei Morales ist, ist die politische Instrumentalisierung der kulturell bedeutsamen Kokapflanze. Die identitätsstiftende Wirkung der Pflanze, die ihr seit der Drogenkontrolle der USA zugeschrieben wird, beschränkt sich aber nicht nur auf das Selbstbild, sondern bezieht sich auch auf die Beziehungen zu den USA (vgl. Bergfeld/Daun/Schorr 2009: 520). In diesem Kontext war der Bezug auf das Indigene ganz zentral. Morales hat eine indigene Rhetorik benutzt, indem er indigene Menschen als die Wächter der Moral darstellte, die am besten in der Lage sind die natürlichen Ressourcen des Landes zu verteidigen (Canessa 2012: 13). Die indigenen Identitäten werden so aktiviert und eingesetzt, dass sie eine beachtliche politische Wirkung erzielen um das hegemoniale bzw. nationale Projekt von Evo Morales zu realisieren.

„Das «empowerment» der indigenen Bevölkerung ist heute eine nicht zu leugnende Tatsache und gleichzeitig die Quelle, aus der Evo Morales einen Gutteil seiner Akzeptanz bei den Wählern schöpft.“ (Stefanoni 2010: 64)

Die Regierung von Morales versucht einen indigenen Staat zu verwirklichen, indem es wie alle anderen Staaten Traditionen erfindet:

„[...] this state, as every other, invents tradition, but rather that it is working on creating a national indigenous culture. [...] Morales' government is asserting a very different vision of indigeneity: a homogeneous national culture for the majority“ (Canessa 2012: 15).

Der indianisierte bzw. indigene Diskurs stellte die Koka als heilige Pflanze in den Mittelpunkt und der Kampf zur Verteidigung der Koka wurde als nationale Würde bezeichnet (vgl. Stefanoni 2010: 66):

„Most celebrated are the coca growers which focused on relations with the state rooted in the coca leaf as a metonym for a broader set of colonial and postcolonial injustices“ (Canessa 2012: 17).

Als Morales im März 2009 die UN-Drogenkommission in Wien besuchte, sagte er folgende Sätze:

As a producer and as president, I have certain responsibilities, I must defend an identity: the coca leaf is sacred (Morales 2009).

Coca leaves have been cultivated in the Andes mountains for 3000 years and are part of the culture and identity of the people there. [...] the coca policies established by the UN in 1961 constitute a threat to the rights of indigenous communities (Morales 2009 zit. n. Diewald).

Morales bezieht sich explizit auf das Kokablatt als ein Teil der kulturellen Identität der bolivianischen Bevölkerung. „Aufgrund der kulturellen Bedeutung der Pflanze insbesondere für die indigenen Völker erlaubte die Kokathematik [...] die Betonung der eigenen ethnischen Identität, die gegen den Angriff von außen bewahrt werden müsste.“ (Schorr 2011: 116) So hat auch das ständige Forum für indigene Angelegenheiten beim Wirtschafts- und Sozialrat der UN im April 2010 empfohlen, die zwei Artikel (Art.49/1c und 49/2e) aus der Einheitskonvention zu streichen. Das Forum „anerkennt die kulturelle und medizinische Bedeutung der Koka in der Andenregion und anderen indigenen Regionen Südamerikas“. Da die beiden Artikel unvereinbar mit den Rechten der indigenen Völker sind, seien sie aus der Einheitskonvention zu streichen (vgl. Butterkeit 2011). Er plädiert darauf, diesen „historischen Irrtum“ wieder gut zu machen, und dass das internationale Gesetz in Einklang mit anderen internationalen Gesetzgebungen gebracht werden muss, wie der Respekt vor Minoritäten und der Schutz der indigenen Rechte. So versicherte Evo Morales, anlässlich der Sonderregelung für Bolivien bezüglich des Artikels 49 im Februar 2013, dass dies auch die internationale Anerkennung der Identität des bolivianischen Volkes bedeute (Pressemitteilung der UNO 2013).

6.4. Die internationale Kriminalisierung als „historischer Fehler“

Morales hat schon vor seiner Präsidentschaft mehrere Reisen nach Wien unternommen, um dafür zu werben, das Kokablatt von der internationalen Liste der verbotenen Substanzen zu streichen. Im Gegensatz zu früher besteht mittlerweile eine größere Gesprächsbereitschaft der internationalen Gemeinschaft.

Morales bezeichnet es als einen „historischen Fehler“, dass das Kokablatt auf der Liste Nr.1 der verbotenen Substanzen der UN-Konvention von 1961 steht. Bei der 49. UN Commission on Narcotic Drugs in Wien im Jahr 2006 gab die bolivianische Delegation nur den Wunsch zu erkennen das Kokablatt von der Liste N.1 zu streichen, jedoch stellte er und seine Regierung noch keinen formellen Antrag. In seiner Rede in New York vor der Generalversammlung im September 2006, verteidigte Morales lediglich seine Kokapolitik in Zurückweisung der US-Sanktionsdrohungen, wenn das Land nicht zu der Kokavernichtungspolitik zurückkehren würde. Auch im Frühjahr 2007 anlässlich der 50. UN Commission on Narcotic Drugs in Wien erfolgte seitens der bolivianischen Regierung keine formelle Antragstellung (Lessmann 2010: 192).

Angesichts der anfangs mangelnden Unterstützung der internationalen Gemeinschaft hat sich die Regierung zunächst einmal für einen leichteren Weg entschlossen. Im März 2009 besuchte Morales mit einer Delegation die 52. *Commission on Narcotic Drugs* in Wien, was für einen Präsidenten sehr ungewöhnlich ist, da es sich nur um eine Zusammenkunft der Kommission handelte. Er beantragte hier mit einem Schreiben an Generalsekretär Ban Ki-moon die Streichung zweier Artikel (Art. 49/1c und 49/2e) aus der UN-Einheitskonvention von 1961. Diese Artikel verbieten lediglich das Kokakauen, das „Akhulli“, das in Bolivien sowieso nicht strafrechtlich verfolgt wird. Der damit eingeleitete Prozess ist jedoch leichter als die Streichung des Kokablattes von der Liste der verbotenen Substanzen (Lessmann 2010: 193). So haben auch nur 15 von 184 Mitgliedsstaaten der UNO gegen die Wiederaufnahme des Landes in die internationale Drogenkonvention gestimmt, nachdem Bolivien im Juni 2011 den Vertrag aufgekündigt hatte. Das Ziel war eine erneute Unterzeichnung des Vertrages im Januar 2013, doch ohne den Artikel 49. Dies war ein erster großer diplomatischer Erfolg auf der internationalen Bühne der Regierung Morales bezüglich der Drogenpolitik (Möseneder 2011).

Um sich die Hilfe der internationalen Gemeinschaft zu sichern, müssen im *cocaíno no!*-Bereich

überzeugende Ergebnisse vorgewiesen werden um Handlungsspielraum im *coca-sí*-Bereich zu haben. So war bereits 2006 nach Angaben des UNODC die Beschlagnahmung von „Pasta Básica de Cocaína“ und die Zerstörung von Labors die höchste in den letzten zehn Jahren. Die EU bewilligte im Jahr 2008 36 Mio. Euro für den bolivianischen Drogenbekämpfungsplan. Aus den USA kamen dagegen eher ablehnende Signale (Lessmann 2010: 187). Wie schon erwähnt, weigerte sich Morales zu der von den USA geforderten Kokavernichtungspolitik zurückzukehren. Obwohl Bolivien der einzige Andenstaat ist, der signifikante Rückgänge in der Anbaufläche verzeichnen kann, wurden die Hilfgelder aus den USA für die Drogenbekämpfung kontinuierlich verringert.

Um sich aus der Abhängigkeit der USA zu befreien und ihre de facto nationale Souveränität wieder zu erlangen strebt Morales neue Beziehungen zu den Ländern in Lateinamerika an, aber auch zu Ländern wie China oder Iran, mit denen die USA schwierige diplomatische Beziehungen unterhält. Die Regierung von Morales betont immer wieder, dass sie Beziehungen auf Augenhöhe haben wollen (Berger 2008). Durch die Aufnahme intensiverer Beziehungen zu diesen Ländern zeigt sich Bolivien in seiner Außenpolitik viel selbstbewusster und zeigt sich immer emanzipierter von den USA.

In Lateinamerika verband Morales eine enge Freundschaft zu dem im Jahr 2013 verstorbenen Hugo Chávez. Kuba unterstützte eine Alphabetisierungskampagne in Bolivien, die sehr erfolgreich verlief. Auch stellte Kuba Stipendien für bolivianische MedizinstudentInnen zur Verfügung. Enge Anbindungen gibt es auch zu Brasilien und Argentinien, die vor allem an der Sicherung der bolivianischen Gasexporte interessiert sind und deshalb boten sie an den Energiesektor im Land zu fördern (vgl. Bergfeld/Daun/Schorr 2009: 517 ff). Am 26. Mai 2006 unterschrieben Morales, Chávez und der damalige Vizepräsident des kubanischen Ministerrats Carlos Lage mehrere Abkommen, darunter auch eines, das die Öffnung der Märkte Kubas und Venezuelas für bolivianische Kokaproducte vorsieht. So hat Venezuela z.B. versprochen den Bau einer Kokamehlfabrik und den Neubau einer Verpackungsanlage für Kokatee zu übernehmen. Die Industrialisierung der Koka zielt in erster Linie auf die Absorbition der Überschussproduktionen ab. Weitere potentielle Absatzmärkte sind China und Südafrika. Es bleibt abzuwarten, ob diese Länder am Ende wirklich die Kosten auf sich zu nehmen, wenn sie gegen die Bestimmungen der UN-Konventionen handeln. Außerdem ist es auch fraglich, ob die Produkte auf Kokabasis auf dem Markt reelle Chancen haben (vgl. Lessmann 2010: 193 f).

7. Der Transformationsprozess in Bolivien seit 2000

7.1. Die Entstehung und Entwicklung der MAS (Bewegung zum Sozialismus)

Der Vorläufer der MAS wurde im Jahr 1995 im Chapare gegründet. Evo Morales und sein Gefolge sahen nur noch wenige Möglichkeiten ihre Forderungen mit den Mitteln der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen durchzusetzen. Sie beschlossen daraufhin sich die Instrumente der Demokratie zunutze zu machen und eine politische Organisation zu gründen (vgl. Käss 2012: 51). Nach Raul Zibechi reicht es für eine Bewegung die nach einer Transformation strebt nicht aus, nur sozial zu sein, sie muss gleichzeitig auch immer politisch sein (vgl. Zibechi 2009). Dies sollte der MAS erlauben an Wahlen teilzunehmen und so wurde eine demokratische Legitimation für ihr Handeln geschaffen (vgl. Käss 2012: 51). Es waren damals gewerkschaftliche Organisationen – der CSUTCB⁶, der CSB und die *cocaleros* – die sich selbst als indigen bzw. „ursprünglich“ (*originario*) bezeichneten. Dieses „politische Instrument“ sollte zu einer komplexen, um die Bauernverbände herum aufgebauten Volksbewegung werden. Den harten Kern dieser Vereinigung bildeten die Kokabauern aus dem Chapare (vgl. Stefanoni 2010: 64). Die MAS in ihrer heutigen Form als Partei wurde aber erst offiziell im Jahr 1999 registriert, nachdem zuvor zwei Gründungskongresse scheiterten. Im selben Jahr hat die MAS bei den Lokalwahlen im Chapare gewonnen sowie auch im Jahr 2004 (vgl. Schilling-Vacaflor 2009: 76). 2005 wurde Evo Morales schlussendlich zum ersten indigenen Präsidenten des Landes gewählt und am 6. Dezember 2009 wurde er mit einer überwältigenden Mehrheit von über 64% der Stimmen wiedergewählt. Die Wahl der MAS kann auch als Ergebnis „einer langen Phase der Mobilisierung und der unabhängigen Organisationen subalterne Klassen“ gesehen werden (Escárzaga 2009: 79).

Mit diesem eindeutigen Sieg der MAS ist es zum ersten Mal seit der Nationalen Revolution von 1952 einer Partei gelungen eine deutliche Vorherrschaft zu erlangen und beide Kammern des Parlaments zu kontrollieren (vgl. Stefanoni 2010: 63). Die Wahlen besiegelten den Niedergang des traditionellen Parteiensystems und legitimierten die Hegemonialstellung der Regierungspartei MAS (vgl. Käss 2012: 47). Die gewerkschaftlichen Organisationen im Chapare, die wichtigste Stütze von Evo Morales, unterstützen bis heute fast bedingungslos die Regierungspartei und erklären ihr

6 Der CSUTCB ist der Gewerkschaftsbund der Landarbeiter Boliviens.

offiziell ihre Unterstützung. Der Umstand, dass die Partei im Chapare gegründet wurde, veranlasste auch, dass sie nach denselben demokratischen Prinzipien wie die dortigen *sindicatos* aufgebaut wurde (vgl. Grisaffi 2013: 56). So fühlen sich die *cocaleros* nicht ohne Grund als Avantgarde der Volksbewegung, nachdem sie es unter der Führung von Evo Morales auf die politische Bühne des Landes geschafft haben (vgl. Stefanoni 2010: 65). Im Gegenzug dazu erwarten sie von den Vertretern MAS in der Regierung ihre Herkunftsorganisationen zu unterstützen und als Umsetzer ihrer Forderungen zu fungieren (vgl. Schorr 2011: 95).

7.2. Der Niedergang des traditionellen Parteiensystems

Bis zur Revolution im Jahr 1952 wurde Bolivien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von verschiedenen Militärdiktaturen regiert. Die Revolution durch die Partei der nationalistischen revolutionären Bewegung, MNR, läutete die demokratische Phase ein die bis 1964 andauerte. Zwischen 1964 und 1982 wurde Bolivien wieder von zum Teil sehr brutalen Militärdiktaturen regiert. Nach 1982 bildete sich ein politisches System heraus, bei dem keine der im Parlament vertretenen Partei die absolute Mehrheit verbuchen konnte. Es mussten nach jeder Wahl Pakte zwischen den verschiedenen Parteien geschlossen werden, deshalb wurde dieses System auch als paktierte Demokratie bezeichnet und beruhte auf einer allseitigen Koalitionsbereitschaft der Parteien (vgl. Käss 2012: 48). Allerdings erwies sich diese paktierte Demokratie als Schein, denn die Parteien verzichteten vollkommen auf ihr programmatisches Profil und die jeweiligen Mehrheitsbeschaffer im Parlament verkauften ihre Stimmen an die Regierungspartei gegen einen Posten oder ein Amt (vgl. Schorr 2011: 102).

Bis zur Wahl des ehemaligen Diktators Hugo Banzer im Jahr 1997 konnten dennoch zahlreiche Reformen durchgeführt werden (Kapitalisierung defizitärer Staatsunternehmen, Bildungs- und Landreform, Gesetz über Bürgerbeteiligung, Wahlrechtsänderung), wodurch Bolivien zum international beachteten „Traumland der Reformen“ avanciert war (vgl. Jost 2012: 2). Dabei übersah dieser Lobgesang der internationalen Gemeinschaft, dass ein großer Teil des Staatsvolkes vom Staat ausgegrenzt war: die indigene Bevölkerung, die sowohl die *campesinos* wie auch die armen, städtischen MigrantInnen beinhalten. Auch übersahen die externen BeobachterInnen, dass die Reformen von sozialen Konflikten und zahlreichen Protesten begleitet waren (Ströbele-Gregor 2006: 282).

Die Wahl des ehemaligen Diktators Banzers zum Präsidenten im Jahr 1997 veranlasste einen

Stillstand der Reformen und die zunehmende Frustration in der Bevölkerung über die politische Elite löste immer mehr soziale Konflikte aus. Die Bevölkerung warf der politischen Elite vor allem Korruption und Nepotismus vor und es herrschte eine nahezu vollständige Abkopplung der politischen Klasse vom Rest der Bevölkerung und seiner Bedürfnisse (vgl. Schorr 2011: 101). Dies löste bereits den Niedergang der traditionellen Parteien aus und das Erstarren der neuen sozialen „Protestparteien“ (Schorr 2011) die der Bevölkerung sehr nahe standen. Bei Raul Zibechi bedarf es nicht-staatliche politische Mächte um den Transformationsprozess voranzutreiben und um das Ziel einer Gesellschaft die auf nicht-staatlichen Beziehungen basiert zu erreichen (vgl. Zibechi 2009: 26).

Um dem neoliberalen Modell die Legitimation zu nehmen oder Regierungen, welche dieses Modell unterstützen zu schwächen oder sogar zu stürzen, bedarf es sozialer Bewegungen (Schweighofer/ Till 2013: 74).

Damit nicht-staatliche Verhältnisse nun zu den bestimmenden Verhältnissen einer Gesellschaft werden, bedarf es am Anfang eines Aufstandes (vgl. ebd.). Dies erfolgte in Bolivien in den intensiven Protestjahren zwischen 2000 und 2005, welchen das folgende Kapitel gewidmet ist.

7.3. Die Protestwelle zwischen 2000 und 2005

Ab dem Jahr 2000 weitete sich die Protestkultur in Bolivien massiv aus. Es fanden nicht mehr kurzweilige Einzelproteste kleinerer Gruppen mit sektoralen Forderungen statt, sondern es fanden langanhaltende, zum Teil das ganze Land erfassende Proteste statt. Diese Proteste wurden zumeist von regional und national organisierten sozialen Bewegungen aus dem ländlichen Raum organisiert die nun weitreichende politische Reformen forderten (vgl. Schorr 2012: 123 f). An den Protesten nahm eine Allianz von Bauern, Landlosen, StudentInnen, PensionistInnen, ArbeiterInnen, indigene Organisationen etc. teil. Den Auftakt dieser Proteste bildete der Wasserkrieg in Cochabamba, der sich gegen die Privatisierung des Wassers richtete, welche eine massive Erhöhung der Wasserpreise bedeutet hätte. Obwohl die Privatisierung den Chapare nicht direkt betroffen hätte, nahmen die Kokabauern an diesen Protesten teil, um unter anderem auch Allianzen mit anderen sozialen Gruppen einzugehen. Infolge ihres jahrelangen Widerstands gegen die Vernichtung ihrer Pflanzen sind die Kokabauern eine hochorganisierte und protesterprobte Gruppe. Dies ermöglichte ihnen eine hohe Mobilisierungsstärke, die in der kollektiven Struktur ihrer Gewerkschaftsorganisation wurzelt (vgl. Schorr 2011: 192 ff). Die Kokabauern aus dem Chapare trugen dann maßgeblich zum Erfolg

des Wasserkrieges bei und diese entscheidende Rolle im Wasserkrieg verschaffte den Kokagewerkschaften und Evo Morales im folgenden Vernetzungsprozess der Protestorganisationen eine führende Position (vgl. Schorr 2011: 194). In Zeiten sozialer Mobilisierung bilden sich so nicht-staatliche Mächte, die über das soziale Netzwerk verteilt sind (vgl. Schweighofer/ Till 2013: 72). Dabei verloren die Kokabauern aber nie ihr Ziel aus den Augen: eine modifizierte Kokapolitik (vgl. Schorr 2011: 275).

Bei den Wahlen 2002 gewann Gonzalo Sánchez de Lozada nur noch knapp vor Evo Morales Ayma. Morales lag mit 20,9% der Stimmen lediglich 1,6 % hinter Lozada und wurde somit zum Nutznießer der Legitimationskrise der alten Parteien. In der Parlamentswahl erreichte die MAS 11,9 % der Stimmen und wurde somit die zweitstärkste Kraft und da kein Kandidat die absolute Mehrheit erreichte, musste der Kongress in einer Stichwahl den Präsidenten wählen. Der damalige US-Botschafter Manuel Rocha warnte ausdrücklich vor einer Wahl Morales und drohte mit der Streichung der US-Entwicklungshilfe von 90 Mio. US-Dollar jährlich. Morales gewann diese Stichwahl zwar nicht, aber durch diese Einmischung des US-Botschafters verloren die USA bei der bolivianischen Bevölkerung weiter deutlich an Ansehen (vgl. Käss 2012: 53). Die Regierung von Lozada war obendrauf eine der schwächsten Regierungen in Bolivien, aufgrund des guten Wahlergebnisses und einer dadurch erheblich gestärkten MAS (vgl. Schorr 2011: 199).

Während dieser Protestjahre verstand es die MAS von einer regionalen Kraft zu einer erfolgreichen Partei auf nationaler Ebene zu werden und nutzte das Machtvakuum, welches die alten Parteien hinterließen, aus:

Morales schwang sich bei diesem Konflikt zum Wortführer nicht nur der MAS, sondern der gesamten außerparlamentarischen Opposition auf und organisierte Protestmaßnahmen auf den Straßen der Republik (Käss 2012: 54).

Im September und Oktober 2003 eskalierte die Situation in einen Volksaufstand, im sogenannten „Gaskrieg“. Anlass war diesmal die Ablehnung des Erdgasexportes in die USA über Chile. Lozada hatte laut der Protestbewegung versucht, erst kürzlich entdeckte Gasvorkommen viel zu billig ins Ausland zu exportieren. Andere Forderungen, die schon seit Jahren formuliert wurden, wie die Rücknahme der 1993-1997 erfolgten Kapitalisierungen ehemaliger Staatsunternehmen und die Beendigung der Bekämpfung des Kokaanbaus mit militärischen Mitteln konnte Lozada aufgrund des Umfangs der Forderungen nicht kurzfristig erfüllen (vgl. Ströbele-Gregor 2006: 280 f/ Schorr

2011: 201). Lozada konnte dem internen Druck auf der Straße und dem externen Druck durch die USA nicht mehr standhalten, da die Forderungen beider Seiten sich komplett gegenüberstanden und sich gegenseitig ausschlossen. Der damalige Vizepräsident Carlos Mesa äußerte sich in einem Interview aus dem Jahr 2009 folgendermaßen:

Als das Jahr zu Ende geht, ist ersichtlich, dass weder Evo den Willen besitzt [eine Lösung zu finden] noch die Möglichkeit besteht, dass die USA ihre Haltung flexibilisieren. Weil die USA nicht bemerken, dass wir uns an der Schwelle zum Desaster befinden. Sie glauben, dass wir immer noch den Kokabauern die Schrauben anziehen können (zit. n. Schorr 2011: 201).

Die Proteste endeten schließlich mit schwerer Gewalt zwischen Protestierenden und Polizei und mit der Flucht des Präsidenten Lozadas in die USA im Oktober 2003. Wenige Tage später wählte das Parlament den allseits respektierten Vizepräsidenten Carlos D. Mesa (Ströbele-Gregor 2006: 281). Diese verfassungsmäßige Entscheidung wurde von der MAS unterstützt, was ihnen wiederum Respekt und Ansehen in der Bevölkerung brachte.

Bei diesen intensiven Protesten auf der Straße war auffällig, dass obwohl einige von den Protestierenden aus der urbanen Mittelschicht kamen, sie sich dennoch mit indigenen Symbolen wie der Wiphala-Fahne⁷ oder dem Kokablatt identifizierten. Die nationalstaatliche Symbolik wurde in diesen Protestjahren zunehmend mit spezifisch indigenen Symbolen ersetzt (vgl. Schorr 2011: 184). Die indigene Identität wurde, wie oben schon erwähnt, auch als Strategie eingesetzt, um bestimmten politischen Forderungen Legitimität zu verleihen.

Der Nachfolger von Sánchez de Lozada, Carlos Mesa verfügte nie über eine parlamentarische Mehrheit und war stets auf die Zustimmung der MAS angewiesen. Mesa gab schließlich im Juni 2005 auf, da er in diesem Spannungsfeld zwischen den großen Erwartungen der sozialen Bewegungen und dem Gegendruck der alten Elite nicht fähig war zu regieren (vgl. Ströbele-Gregor 2007). Das Ende des traditionellen Parteiensystems war besiegelt.

7.4. Das programmatische Profil der MAS

Zur Gründungszeit der MAS setzte sich die linksgerichtete Partei zunächst gegen die Kokavernichtungspolitik ein und für die „Verteidigung der Kokapflanze“. Doch um eine landesweit

⁷ Die Wiphala-Fahne gilt als die Flagge der indianischen Völker. (Schorr 2011: 109)

wählbare Partei zu werden musste sie ihr Themenspektrum erweitern und Bindungen mit anderen Sektoren und Regionen eingehen. So entwickelte sich die MAS vor dem Hintergrund des Legitimationsvakuums der Altparteien zum Kristallisationspunkt für Unzufriedenen im ganzen Land (vgl. Grisaffi 2013: 51/ Lessmann 2010: 132). Die Unzufriedenen im ganzen Land waren aber eben nicht nur die indigenen und unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen, sondern auch die urbane Mittelschicht (Jost 2012: 2). Der MAS gelang eine „Heterogenisierung“ der Konflikte: „was beinhaltete, die Konfliktherde zu vermehren und die Kräfte des Gegners zu fragmentieren und zu zersprengen.“ (Schorr 2011: 192 zit n. Komadina/Geffroy 2007: 46) Um Allianzen mit anderen sozialen Gruppen zu schmieden nahmen die Kokabauern bzw. die MAS an der Protestwelle teil und solidarisierten sich mit anderen sozialen Gruppen:

Im Falle der Kokabauern bedingte die strategische Orientierung auf Allianzen mit anderen Gruppen und auf die Ausnutzung aller Konflikte für die eigenen Zwecke die Teilnahme am Wasserkrieg in Cochabamba (Schorr 2011: 193).

Der MAS gelang so die Inklusion unterschiedlicher oppositioneller Gruppen, die Fusion der ethnischen mit der sozialen Frage und die Verkörperung des Wunsches nach nationaler Souveränität (Lessmann 2010: 132). Die MAS versprach eine *refundación* Boliviens, eine „Neugründung des Landes“. Das Ziel ist „die Etablierung völlig neuer Verhältnisse zwischen den Menschen, eine radikal andere Welt, ohne hierarchische Machtverteilung“ (Schweighofer/Till 2013: 71). Diese Forderung nahm die MAS von indigenen Organisationen auf, die seit dem Marsch aus dem Jahr 1990 nach la Paz immer populärer wurden (vgl. Jost 2012: 2).

Ethnische Diskurse, Gesellschaftsvorstellungen und Forderungen, die eine indigene Identität hervorheben beziehungsweise konstruieren und zum Ausgangspunkt der gesellschaftspolitischen Analyse machen, haben Hochkonjunktur (Ströbele-Gregor 2007).

Bolivien soll ihre faktisch verlorene nationale Souveränität wiedererlangen, über die Rohstoffe des Landes selbst bestimmen, rassistische und ethnische Diskriminierung aufheben und den Kokaanbau entkriminalisieren und das Kokablatt „revalorisieren“. So entstand ein nationalistisches und anti-neoliberales Programm, das die Folgen der seit 1985 durchgeführten Privatisierungspolitik anprangerte und die Unterwerfung unter die multinationalen Unternehmen und den USA ablehnte (Stefanoni 2010: 67).

Die Armut im Land soll durch ein Wirtschaftsmodell mit dem Staat als wichtigstem Akteur

überwunden werden und das republikanische politische System soll durch ein plurinationales Modell ersetzt werden (vgl. Käss 2012: 47).

Der MAS war es seit dem Jahr 2002 zunehmend gelungen, spezifisch indigene Themen mit einer Vielzahl anderer Forderungen in eine grundsätzliche Opposition gegenüber dem politischen System umzuwandeln (Jost 2012: 2).

Durch die Regierungsübernahme der MAS änderte sich die bis dahin politische Marginalisierung der indigenen Bevölkerung. Ausdrückliche Ziele der MAS sind Dekolonisierung und „Indianisierung“ des bolivianischen Staates. Das politische System soll dahingehend verändert werden, als dass es interkulturell und partizipativ gestaltet werden soll (vgl. Schilling-Vacaflor 2009: 78). Im Zusammenhang mit dem indianistischen Diskurs kam Morales zugute, dass die meisten Kokabauern den Völkern der Aymara und Quechua entstammen. Diese haben zwar zum größten Teil ihre traditionellen Territorien aufgegeben, um in den Chapare zu migrieren, doch bezeichnen sie sich immer noch als indigen oder „originär“ bzw. „ursprünglich“ (vor allem auch vor dem Hintergrund eines Erstarken des Indigenen in Lateinamerika). So konnten sich auch die Kokabauern in diesem „indianisierten“ Diskurs wiederfinden und ihre Forderungen innerhalb dieses Diskurses formulieren.

In der MAS vermischen sich somit zumindest zwei Strömungen: eine sozialistische und eine indianistische Strömung. Erstere rührt von dem Umstand her, dass die MAS aus dem Gewerkschaftsmilieu hervorgegangen ist. Die indianistische Strömung war anfangs eher unbedeutend und nahm im Laufe der Zeit an Bedeutung zu (Ströbele-Gregor 2007).

Das Gesetz zur Bürgerbeteiligung aus dem Jahr 1994 ermöglichte der Landbevölkerung sich erstmals aktiv am politischen Leben zu beteiligen. Die MAS wurde in weiterer Folge zu ihrem Sprachrohr und stützte sich dabei auf die stabile Struktur des gesamten Gewerkschaftsapparats und auf die jahrelange Organisationserfahrung der Kokabauern. So konnte sich die MAS auch ein treues Wählerpotential schaffen, die aufgrund der gewerkschaftlichen Traditionen und des *ayllu*-System oft geschlossen für einen Kandidaten abstimmen (vgl. Käss 2012: 55). So hat Morales in seiner ersten Antrittsrede in Tiwanaku verlautet, dass nicht nur er Präsident ist, sondern „all of us are presidents“ (vgl. Grisaffi 2013). Morales wurde nicht nur in Bolivien, sondern auch auf der internationalen Bühne zum Hoffnungsträger für die Durchsetzung der Interessen der Armen und der Indigenen stilisiert (vgl. Käss 2012: 47). Die MAS kann insofern als „ethnische“ Partei bezeichnet werden, da sie ihre indigene Identität betont und unter anderem auch ausdrücklich das Ziel verfolgt

ethnische Diskriminierung in Bolivien zu überwinden (vgl. Schilling-Vacaflor 2009: 79).

Vor den Wahlen 2005 präsentierte die MAS ein Zehnpunkteplan: Durchführung einer Verfassungsgebenden Versammlung, Nationalisierung und Industrialisierung von Erdgas und Erdöl, Autonomiegesetz zur wirtschaftlichen und politischen Dezentralisierung, Plan zur produktiven Entwicklung und zur Abschaffung des neoliberalen kolonialen Wirtschaftsmodells, Plan zur öffentlichen Sicherheit, Antikorruptionsgesetz, Gesetz zur Konsolidierung der Staatsfinanzen, Gesetz zur Verteilung von Grund und Boden und zur landwirtschaftlichen Entwicklung, gerechteres Sozialversicherungssystem und ein neues Bildungsgesetz (Käss 2012: 56).

Der deutliche Sieg der MAS bzw. die Wahl von Evo Morales als Staatsoberhaupt am 18. Dezember 2005 ist somit in dreifacher Hinsicht bemerkenswert: Evo Morales ist bzw. war Kokabauer, er ist Aymara (eine majoritäre indigene Bevölkerungsgruppe) und drittens ist er der erste Präsident Boliviens, dessen Regierung mit einem Stimmenanteil von 54% durch eine absolute Mehrheit legitimiert ist (vgl. Bergfeld/Daun/Schorr 2006: 497).

7.5. Die „Indianisierung der Präsidentschaft“

In seiner indigenen Inaugurationsrede in der Ruinenstadt von Tiwanaku im Dezember 2005 wurde Evo Morales symbolisch vom Schamanen zum Herrscher gekürt, bevor er am nächsten Tag in La Paz offiziell zum Präsidenten ernannt wurde. Hier konnte sich Morales eindrucksvoll als Repräsentant der indigenen Völker Boliviens inszenieren. In seiner Rede vor tausenden Indigenen in Tiwanaku betonte Morales, dass nicht nur er sondern alle nun Präsident seien: „...for the first time in Bolivian history, Aymaras, Quechuas, and Mojenos, we are presidents. Not only Evo is the president, all of us are presidents“ (Grisaffi 2013: 48). Dies stellt eine Zäsur in der bolivianischen Geschichte dar und eine politische Zeitenwende ist angebrochen. Bis zu den Wahlen im Dezember 2005 wurde die bolivianische Politik stets von einer weißen Mestizo-Minderheit angeführt. Mamani hat diesen Zustand als „bolivianische Apartheid“ bezeichnet (Mamani 2009: 67). Die kreolische Elite bestimmte das gesellschaftliche Leben und verfügte über die Kontrolle der öffentlichen und privaten Institutionen der Gesellschaft (Mamani 2009: 67). Die meisten Angehörigen der indianischen Bevölkerungsmehrheit fühlten sich vom Nationalstaat ausgeschlossen und sind verarmt, für sie war der Nationalstaat stets nur Fiktion (vgl. Lessmann 2010: 8, Grisaffi 2013: 48). Die MAS stellte somit eine Alternative zu den traditionellen Parteien dar, und weckte in vielen BolivianerInnen die Hoffnung auf eine Neugründung der Beziehung

zwischen Staat und Gesellschaft (vgl. Grisaffi 2013: 48). Um es mit den Worten Mamani auszudrücken:

Das Neue an der aktuellen Situation ist nun, dass durch die Präsenz von Evo Morales und dem Aufstand der indigenen Bewegungen ein neues gesellschaftliches Selbstbild konstruiert werden kann, das in der Lage ist, die Logik der kolonialen Macht zu hinterfragen und einen historischen, zivilisatorischen und gesellschaftlichen Gegenwurf für Bolivien zu schaffen (Mamani 2009: 68).

Ein Zitat aus einem Interview den Simon Ramirez-Voltaire mit einem Aymara-Künstler aus El Alto geführt hat kann dies verdeutlichen:

Ich denke, dass wir als Bevölkerung und auch als Künstler endlich eine Regierung haben, die für uns wie ein Spiegel ist, in den wir schauen und dann merken, dass sie uns ähnelt. Das sind wir, in unserem Alltag. Noch nie gab es o etwas. Das ist die erste Regierung, in der wir uns wiedererkennen können (Ramirez-Voltaire 2012: 88).

Der indianistische bzw. indigene Diskurs der Regierung von Morales und die Dekolonisierung sind aber auch sehr diffuse Bereiche der Regierungsideologie. So erscheint es unmöglich spanische Einflüsse von autochthonen indigenen Elementen klar zu trennen, nachdem die bolivianische Kultur über Jahrhunderte gewachsen ist (Käss 2012: 64).

Die Regierungsrhetorik schafft viele Mythen und stellt die indigenen Kulturen als rein und erhaben dar. In der Realität suchen große Teile der indigenen Bevölkerung jedoch genau den Lebensstil, der von einer Mischung der Kulturen und westlichen vor allem technologische Produkten geprägt ist (Käss 2012: 64 f).

Während es also zutrifft, dass sich die Mehrheit der BolivianerInnen als indigen bezeichnen (62 % nach der Volkszählung im Jahr 2001), so lässt sich aber trotzdem nicht leugnen, dass in Bolivien gleichzeitig eine tiefe Sehnsucht nach Modernisierung herrscht (vgl. Stefanoni 2011). So kann auch angemerkt werden, dass die Repräsentation der indigenen Gruppen mehr in Form von Korporatismus und auf symbolischer Ebene stattfindet (vgl. Escárzaga 2009: 79).

7.6. Die „Regierung der sozialen Bewegungen“

„Für die Indigenen war die Wahl von Evo Morales gleichbedeutend mit der Wahl „aller Indigenen zum Präsidenten“ (Mamani 2009: 71) und wurde durch die Ausrufung von Evo Morales bei seiner

Inaugurationsrede „all of us are presidents“ unterstützt. Diese Aussage impliziert ein radikales Demokratie-Verständnis der Kokabauern und der Indigenen. Dieses Demokratie-Verständnis ist die Fortsetzung traditioneller Entscheidungsfindungsprozesse aus den Dörfern, dem *allyu*-System, wo es nur eine geringe Hierarchisierung gab, die Macht im Rotationsprinzip ausgeübt wurde und fast alle Entscheidungen im Konsens getroffen wurden.

[...] [I]ndigenous people in Bolivia have strong notions of what democracy means, drawing on native Andean traditions of community, organized resistance to oppression, and the ancient *ayllu* system (Conzelman 2010: 3).

Für die *cocaleros* hat Demokratie nicht zwingend was mit Wettbewerb unter den Parteien, individuellen Freiheiten, allgemeinen oder geheimen Wahlen zu tun, sondern Demokratie bedeutet für die *cocaleros*, dass alle Mitglieder der Gemeinschaft an Debatten teilnehmen, am Entscheidungsprozess partizipieren und Gesetze mitentscheiden und erlassen können. Dieses Demokratie-Verständnis wird auch als radikale Demokratie bezeichnet (vgl. Grisaffi 2013: 48). Die zuvor ausgeübte Demokratie der Vorgängerregierungen bezeichnete die Bevölkerung als eine Farce. Die Kokabauern im Chapare gingen nach der Wahl von Evo Morales davon aus, dass die Regierung nun in ähnlicher Weise funktioniere wie die lokalen *sindicatos* d.h. für die Kokabauern im Chapare sind die Amtsinhaber in der Regierung nichts anderes als ihre Vertretung und Sprachrohr ihrer Organisationen und gehen davon aus, dass ihre Entscheidungen die an der Basis getroffen wurden, in der Regierung umgesetzt werden (vgl. Grisaffi 2013: 57).

Der Vizepräsident Alvaro García Linera hat immer wieder erörtert, dass die MAS eine neue Form des Regierens darstellt, welche von und für die sozialen Bewegungen gemacht wird. Nach ihm sind durch die MAS die sozialen Bewegungen nun in direkter Kontrolle des staatlichen Apparats und sind eine „Regierung der sozialen Bewegungen“ (Grisaffi 2013: 50).

Morales hat aber schnell nach seiner Amtseinführung Abstand von dieser „radikalen Demokratie“ genommen. Ein Beispiel kann dies gut illustrieren: Kurz nach seiner Wahl bat er die *Federaciones* den neuen „Drogenzar“ zu wählen, der für Drogenbekämpfung zuständige Vizeminister. Sie wählten Oscar Coca, doch Morales ignorierte später dieser Entscheidung und ernannte einen engen Freund von ihm, Felipe Cáceres. Er war jahrelang die Nummer zwei hinter Morales bei den *Federaciones* der Kokabauern des Chapare. Diese Entscheidung von Morales wurde mit folgender Aussage eines Kokabauern kommentiert: „*Que Macana!* Evo hasn't respected our decision; the power has gone to his head“ (Grisaffi 2013: 58/ Lessmann 2010: 184). Grisaffi argumentiert, dass

die radikale Demokratie, die Morales und seine RegierungsmitarbeiterInnen propagiert haben, nichts weiter ist als ein stark utopischer Anspruch, der die Legitimität der MAS sichern sollte (vgl. Grisaffi 2013).

Das andine *ayllu*-System

Ayllu ist eine dörfliche Organisation, die noch heute Bestand hat und schon Jahrtausende Jahre alt ist. *Ayllu* kann etwa mit Stamm, Clan, Linie, Verwandtschaft, territoriale Einheit etc. definiert werden. Lessmann bietet u.a. folgende Definition an: „*ayllu* als flexible Bezeichnung für Gemeinschaften, die teilweise auf imaginierten, teilweise auf konkreten Verwandtschaftsbeziehungen beruhen und Zugang zu gemeinsamem Land, rituellen Praktiken, politischen Aktivitäten und die Berufung auf gemeinsame Vorfahren einschließen.“ (Lessmann 2010: 27) Mamani bezeichnet das *ayllu* als „eine bäuerliche Solidargemeinschaft im Hochland, welche für die Idee geteilter Macht und Interessenausgleich zwischen den einzelnen Gemeinschaften eines *ayllus* steht“ (Mamani 2009: 76). In der Regierungsführung von Evo Morales erkennt man dieses System – zumindest in seiner Rhetorik – daran, dass er sich „[...] bei seinen „Brüdern“ Rat und Hilfe holt und der sich auf die Basis „stützt“[...]“ (Mamani 2009: 76). Im *ayllu* ist grundsätzlich jeder in der Lage - unabhängig von seiner Herkunft und Bildungsgrad – und sogar verpflichtet ein politisches Amt oder Aufgabe im Dorf zu übernehmen (vgl. Mamani 2009: 72). „Vor diesem Hintergrund ist das Präsidentenamt nicht mehr der geheiligte Ort hoher Politik, sondern der Platz aller Männer und Frauen, unabhängig von ihrem Bildungshorizont“ (Mamani 2009: 72). Mit der Aussage „all of us are presidents“ brachte Morales diesen Gedanken auf den Punkt.

8. Analyse: Zum Zusammenhang zwischen der Entkriminalisierung des „heiligen Blattes“ und des hegemonialen Projektes der Regierung Morales

Das politische System in Bolivien war bisher gekennzeichnet durch die politische und kulturelle Begünstigung einer hauptsächlich weißen bzw. kreolischen Elite und des Ausschlusses der mehrheitlich indigenen Bevölkerung. Der Niedergang dieses traditionellen Systems wurde u.a. durch ein neues politisches Selbstbewusstsein von indigen geprägten, sozialen Gruppen eingeläutet. Dies hat den politischen Aufstieg von Evo Morales begünstigt bzw. ermöglicht. Das Kokablatt spielt in der Politik von Morales eine zentrale Rolle und im Folgenden wird dieser Zusammenhang nun mittels der eingangs beschriebene theoretischen Ansätze von Laclau und Mouffe sowie Hobsbawm analysiert. Die Kokapolitik der Regierung Morales setzt bei verschiedenen Diskurssträngen an. Diese werden in den nachfolgenden Unterkapiteln mit der Theorie verbunden.

8.1. Zur Neugründung Boliviens

Im Zuge der „Neugründung Boliviens“ schaffte es die Regierung Morales bereits einige Reformen durchzusetzen, die den Interessen von mächtigen Nationalstaaten entgegenliefen (vgl. Ernst/Schmalz 2009: 9). Die kreolische Elite konnte ihre hegemoniale Vormachtstellung lange Zeit in Bolivien aufrechterhalten und sie wurden stets von der internationalen Gemeinschaft unterstützt. Dieser lang ersehnte Wandel von Evo Morales wurde von der breiten Bevölkerung unterstützt, die das neoliberale Wirtschaftsmodell und die Eingriffe in die nationale Souveränität schon seit Jahren anprangerten. So bietet eine Neugründung Boliviens an „mit der Logik der kolonialen Macht, der politischen Apartheid und ihrer Legitimation zu brechen, die die indigene Welt unsichtbar macht und von der mestizischen Welt trennt.“ (Mamani 2009: 68)

Mehrere Ereignisse und Prozesse konnten diese festetablierten Strukturen zum Bröckeln bringen, wie zum Beispiel die Proteste im Zuge der Kokavernichtungspolitik, der Wasserkrieg in Cochabamba, der Gaskrieg etc. Bei Laclau und Mouffe ist es genau diese Kontingenz und Ereignishaftigkeit im Sozialen die den vermeintlich festetablierten Strukturen Grenzen setzen. Die verschiedenen sozialen Gruppen haben es im Zuge der Artikulation geschafft neue Interessen und Identitäten zu produzieren. Morales hat es verstanden diese verschiedenen Interessen miteinander vereinen zu können und in Beziehung zu setzen. Die einzelnen Elemente die Morales für sein

hegemoniales Projekt verband, sind die Wiedererlangung der nationalen Souveränität, die Abschaffung des neoliberalen Staates und Wirtschaftsmodell, die Machtergreifung der indigenen Bevölkerung und eine Entkriminalisierung des Kokablattes. Morales schaffte es diese Elemente in eine Diskursformation zu bringen, da er die verschiedenen diskursiven Elemente in einen systematischen Zusammenhang brachte und von einem Außen (USA und kreolische Elite) abgrenzte. Das Ziel einer Neugründung Boliviens durch die Verabschiedung einer neuen Verfassung wurde bereits - wenn auch mit einigen Ungereimtheiten - erreicht. Doch die Hauptforderung, eine Entkriminalisierung der Koka auf internationaler Ebene, konnte noch nicht realisiert werden. Diese Forderung ist aber für die Glaubwürdigkeit von Morales von herausragender Bedeutung.

8.2. Die Politisierung des Kokablattes

Die Annahme, dass der Anbau der Kokapflanze die Ursache für den Kokainkonsum in den westlichen Ländern war und eine Verminderung des Anbaus eine Verminderung des Kokain-Konsums bewirken würde, wurde von den USA propagiert. Mit diesem Argument ausgestattet rechtfertigten die USA ihren Krieg gegen Drogen. Laclau und Mouffe bezeichnen diese Praxis als Artikulation, durch welche gesellschaftliche Wahrheiten produziert und als solche wahrgenommen werden. Somit hat sich die Sichtweise ab Mitte des 20. Jahrhunderts durchgesetzt, nach derer die Kokapflanze bekämpft werden muss, da deren Folgen für den „gesunden“ Volkskörper der USA schädlich ist. „Diese Asymmetrie im Drogenregime spiegelt die Machtverteilung in den Nord-Süd-Beziehungen wieder.“ (Mester-Tonczar 2011: 99) Die USA konnten lange Zeit diese Wahrheiten etablieren und den internationalen Anti-Koka Konsens aufrecht erhalten, da sie die Definitionsmacht auf ihrer Seite hatten (vgl. Exenberger 2012: 73). Aus der Sichtweise der Regierung von Evo Morales ist dies das *general crime* das überwunden werden muss. Mit den Kampagnen rund um das Motto „*coca si, cocaina no!*“ sowie „*La hoja de coca no es droga!*“ werden neue Wahrheiten und Realitäten produziert, die sich ganz klar von jenen abgrenzen, die von den USA produziert worden sind, es besteht hier also ein sozialer Antagonismus im Sinne von Laclau und Mouffe. Es soll nur eine Wahrheit bzw. nur einen Sinn als den einzig möglichen präsentiert werden, denn ein hegemonialer Diskurs beansprucht Allgemeingültigkeit und Alternativlosigkeit (vgl. Reckwitz 2011: 304). Mit der Benennung neuer Realitäten und Wahrheiten können die Ansprüche der USA delegitimiert werden und den eigenen Ansprüchen und Forderungen Legitimität verleihen (vgl. Exenberger 2012: 73). Ein hegemoniales Projekt im Sinne von Laclau und Mouffe betreibt gesellschaftliche Sinnproduktion, versucht diese zu fixieren, produziert neue Identitäten der Subjekte und beruht auf „sozialen Antagonismen“. Morales und sein Gefolge

betreiben in diesem Sinne ein hegemoniales Projekt.

Den Kampf gegen die US-amerikanischen Praktiken haben die Kokabauern aus dem Chapare bereits spätestens mit der Verabschiedung des Ley 1088 im Jahr 1988 aufgenommen, doch die Interessen und Forderungen der Kokabauern wurden seitens der internationalen Gemeinschaft bzw. den USA ignoriert. Ihre Proteste wurden zum Teil brutal niedergeschlagen und so galten die USA schon bald als der Hauptfeind bei den Kokabauern. Der Schlachtruf der Kokabauern lautete stets: „Long live coca, death to yankees“.

In Zeiten des gesellschaftlichen Wandels oder Neuorientierung berufen sich die Protagonisten des Transformationsprozesses gerne auf Traditionen um eine gemeinsame Identität hervorzuheben. Hobsbawm hebt die Funktion von erfundenen Traditionen zur Konstruktion eines idealisierten Selbstbildes einer Gruppe hervor. Im Zuge dieses Wandels werden diese Traditionen oft neu gedeutet – im Hobsbawmischen Sinn handelt es sich hierbei dann um erfundene Traditionen (vgl. Mückler 2012: 16). Erfundene Traditionen sind im Wandlungsprozess eine Stütze und legitimieren das eigene Handeln. Morales und sein Gefolge haben den Anbau der Kokapflanze als solch eine erfundene Tradition konstruiert.

Damit die Kokabauern ihre Forderungen umsetzen können benötigen sie die Unterstützung der breiten Bevölkerung. Bei Laclau und Mouffe ist die Integration möglichst vieler Akteure essentiell für den Erfolg eines hegemonialen Projekts, da so eine machtvolle Formierung gegenüber einem gemeinsamen Feind erreicht werden kann – auch wenn die verschiedenen Gruppen unterschiedliche Forderungen an diesen Feind haben. Ohne die strategischen Allianzen der Kokabauern mit anderen sozialen Protestgruppen wäre die Wahl von Evo Morales zum Präsidenten von Bolivien nicht realisierbar gewesen. Durch die Gründung zahlreicher indigener sozialer Protestgruppen Anfang der 1990er Jahren wurde das Ethnische in Bolivien zunehmend politisiert. Die allgemeinen Forderungen der sozialen Gruppen waren die Anerkennung indigener Rechte, die Abschaffung des neoliberalen Staates und die Zurückweisung der Einmischungen der USA. Diese Forderungen wurden mit jenen der Kokabauern in eine Äquivalenzkette gebracht und haben sich gegen die USA vereinigt. Bei Laclau und Mouffe entsteht Identität wenn sich Äquivalenzketten der Forderungen bilden. Es kommt somit zur Identifizierung eines Außen sowie einer klaren Grenzen zwischen zweier sich konfrontierender Äquivalenzketten. Die jeweiligen Identitäten beziehungsweise Äquivalenzketten werden durch partikuläre Forderungen repräsentiert. Von der bolivianischen Perspektive betrachtet steht ihr Verbund der Positionen dem „general crime“ der USA gegenüber.

(vgl. Weber 2013/ Nonhoff 2010)

Die partikulare Forderung ist die Entkriminalisierung der Kokapflanze weil suggeriert wird, dass erstens dadurch das *general crime* überwunden werden kann und die de facto verlorene nationale Souveränität wiederhergestellt werden kann und zweitens die Rechte indigener Gruppen anerkannt werden. Die Kokapflanze wurde somit politisiert und zu einem Identitätsobjekt, und dient der indigenen Identitätskonstruktion. Das Kokablatt ist somit zum leeren Signifikanten geworden, der die verschiedenen Forderungen repräsentiert und zur Überwindung des *general crime* dienen soll.

Um diese „Wahrheiten“ zu verfestigen wurden viele Veranstaltungen rund um die Koka organisiert, die Gewerkschaften haben ihr eigenes Radio wo sie ihre Forderungen immer wieder wiederholen und das *Akhulli* wird bei offiziellen Veranstaltungen und Zeremonien praktiziert. Diese Praktiken und Symbolik helfen den Diskurs aufrechtzuerhalten und zu etablieren. Durch diese Allgegenwärtigkeit der Koka und der Wiederholung der immer gleichen Parolen und Praktiken, verfestigen und verbreiten sich diese „Wahrheiten“.

8.3. Die Instrumentalisierung des Indigenen

Um die Allianzen mit den anderen Gruppen aufrecht zu erhalten entwickelten die Kokabauern einen, ab den 90er Jahren, indianisierten Diskurs. Nach der Unabhängigkeit von Spanien 1825 wurde „das Indigene“ systematisch ausgeschlossen und der Versuch einer Nationalisierung Boliviens als homogene Einheit nach der Revolution 1952 änderte an diesem Umstand nur wenig. Das Ziel einer gemeinsamen bolivianischen Identität blendete die kulturelle Vielfalt aus und gesellschaftliches Ansehen und sozialer Aufstieg waren an die Normen des in der Öffentlichkeit dominanten kreolische-liberalen Diskurses gebunden (vgl. Mester-Tonczar 2011: 75/ Schorr 2011: 105). Alles „Indigene“, wie indigene Bräuche oder Traditionen, welche nicht in das kreolische Staatsbild passten, wurde als rückschrittlich verstanden, so auch der Konsum von Kokablättern.

Die Feierlichkeiten rund um die 500 Jahre Unabhängigkeit im Jahr 1992 und die Anerkennung indigener Rechte durch die UNO und der internationalen Gemeinschaft haben ein neues Selbstbewusstsein bei den Indigenen hervorgerufen.

So wurde die indigene Identität auch strategisch eingesetzt um verschiedenen Forderungen Legitimität zu verleihen bzw. spielte nun die indigene Identität eine zunehmend wichtigere Rolle bei der Formulierung der Forderungen der sozialen Bewegungen. Diese indigenen Gemeinschaften,

die sich gemeinsam gegen den kreolischen Staat aufgelehnt haben, können als „*imagined communities*“ nach dem Konzept von Benedict Anderson bezeichnet werden. Sie berufen sich auf erfundene Tradition und einer gemeinsamen Vergangenheit und entwickeln Narrative die die jahrelange Ausbeutung von Kolonisatoren erzählen.

Morales hat es verstanden die Entkriminalisierung des Kokablattes als indigene Forderung darzustellen und der Kokadiskurs ermöglichte wiederum die kulturelle Vielfalt des Landes sichtbar zu machen. Der Umgang mit der Koka spiegelt zum Teil auch den Umgang mit den Indigenen wieder (vgl. Mester-Tonczar 2011: 81).

Im Rahmen einer „Konjunktur des Indianischen“ wurde die eigene, von Ausbeutung geprägte Geschichte als Indigena mit jener des „heiligen Blattes“ verbunden (Mester-Tonczar 2011: 83).

Morales hat dieses Potential des Indigenen erkannt und indianisierte den Kokadiskurs. Das Kokablatt wird als kulturelles Erbe der indigenen Völker der Anden bezeichnet, obwohl die Konsumformen heute sehr vielfältig sind. So ist das Trinken von Kokatee auch bei der kreolischen Bevölkerung weit verbreitet und in jedem Flug nach Bolivien und in jedem Restaurant zu erwerben. Das Kokablatt ist aber auch nach wie vor in den Dorfgemeinschaften, die in Ayllus organisiert sind, nicht wegzudenken und bildet dort die Basis gesellschaftlicher Interaktion. Morales bietet die Koka als Identifikationsobjekt für die Indigenen an. Die Anerkennung der Koka ist somit auch zugleich das Sichtbarmachen indigener Traditionen. Die Entkriminalisierung der Koka als eine indigene Forderung darzustellen ermöglichte Morales eine Allianz mit anderen indigenen Gruppen einzugehen und bescherte ihm auf internationaler Ebene größere Aufmerksamkeit.

Die Koka hat auch Einzug in die neue Verfassung des plurinationalen Staates von Bolivien gefunden. Dadurch, dass Morales das höchste Amt Boliviens inne hat, stellt Evo Morales „in seiner Funktion als Präsident ein Spiegelbild des bisher unterdrückten und ausgebeuteten Boliviens“ dar. (ebd.: 72) Evo Morales besitzt das Potenzial „das symbolische Selbstbild der kolonialen Macht aufzubrechen und neu zu ordnen.“ (ebd.: 73) Das Auftreten von Evo Morales lässt den politischen Wandel schon erahnen und diese Veränderungen in der Symbolik vom Präsidenten wirken sich in Folge auf das staatliche Selbstbild aus (vgl. ebd.: 73 ff). Mamani spricht von einer Indianisierung der Präsidentschaft, die die angestammte Ordnung in Gefahr bringt durch die „Infiltrierung“ indigener Diskurse und Rituale in die staatlichen Institutionen (vgl. ebd.: 71ff).

8.4. Die Verteidigung der nationalen Souveränität

Die bisherigen Regierungen in Bolivien haben stets mehr oder weniger (abhängig von der jeweiligen Regierung) die Vorgaben der USA befolgt aufgrund der finanziellen Abhängigkeit. Dabei mussten sie aber auch immer aufpassen den sozialen Frieden in Bolivien nicht zu gefährden, der durch ebendiese Vorgaben der USA bedroht war. Somit war die Handlungsfähigkeit der bolivianischen Regierungen stets stark eingeschränkt. Die Vorgaben der internationalen Gemeinschaft bezogen sich in erster Linie auf die Bekämpfung des Anbaus von Koka. Durch die Implementierung des Krieges gegen die Drogen wurde seitens der USA zunehmend Einfluss auf Boliviens Innenpolitik genommen. Dies stärkte das Misstrauen der eigenen Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit der Bevölkerung. Auf der Agenda von Morales zählt die Wiedererlangung des nationalen Souveränitätsverlusts zu den prioritären Themen. Die von den USA gesteuerte Drogenpolitik bedeutet nicht nur einen Eingriff in die inneren Angelegenheiten von Bolivien sondern auch einen zunehmenden Souveränitätsverlust. Morales hat so einen Kurswechsel in der Außenpolitik angestrebt der Bolivien aus der Abhängigkeit der USA führen soll. Dabei spielt eine Entkriminalisierung der Koka eine ganz zentrale Rolle.

Die Einmischungen der USA in die inneren Angelegenheiten von Bolivien wusste Morales vor seiner Wahl zum Präsidenten zu seinem politischen Vorteil zu nutzen. Nachdem die USA fast die gesamte Bevölkerung Boliviens gegen sich aufgebracht hatten, bescherten die USA Morales umso mehr Unterstützung in der bolivianischen Bevölkerung je mehr sie ihn bekämpften. In den Argumentationssträngen von Evo Morales sind ganz klar antiimperialistische Elemente, die auch leicht von den anderen sozialen Gruppen des Landes, mit denen die Kokabauern strategische Allianzen eingegangen waren, aufnehmen konnten.

Es lassen sich demnach zwei Diskursstränge rund um das Kokablatt ausmachen: erstens die Verteidigung des heiligen Blattes die aus einer ethnischen Argumentationsposition heraus kommt. Hier geht es darum die Dämonisierung des Kokablattes wieder rückgängig zu machen. Und zweitens der Angriff auf die staatliche und gesellschaftliche Souveränität durch den Krieg gegen Drogen (vgl. Mester-Tonczar 2011: 107).

Morales hat keineswegs ein Abbruch der Beziehungen zu Washington im Sinn, aber erstens soll das außenpolitische Übergewicht der USA durch eine Diversifizierung der außenpolitischen

Beziehungen verringert werden und zweitens strebt Morales außenpolitische Beziehungen auf Augenhöhe an. So bestehen in verschiedenen Politikfeldern Beziehungen zu Kuba, Venezuela, dem Iran, Russland, China u.v.m. Diese Länder unterstützen die Reformen in der Drogenpolitik und haben angeboten ihre Märkte für Kokaprodukte zu öffnen, sofern die internationale Rechtslage dies erlaubt. Diese Länder unterhalten aber auch mehr oder weniger schwierige Beziehungen zu den USA. Diese Beziehungen signalisieren das Einnehmen einer selbstständigen und selbstbewussten Rolle in der internationalen Politik und unterstützen den emanzipatorischen Prozess von Morales. Die damit gesendeten Zeichen an Washington bekräftigen ein neues selbstbewusstes und selbstbestimmtes Handeln eines Souveränen in der Sphäre der internationalen Politik. Mit dieser Strategie will Morales ein gleichberechtigtes Verhältnis zu den USA erzwingen.

Um die de facto nationale Souveränität wiederherzustellen ist ein länderübergreifender Diskurswechsel in der Drogenfrage nötig. Morales will in diesem Zusammenhang eine Neubewertung des Kokablattes und eine neue Sichtweise (Verständnis) auf das Kokablatt herbeiführen. Die internationale Sichtweise auf die Koka bestand darin, dass es primär als Grundstoff für die Kokainproduktion angesehen wurde, obwohl wissenschaftliche Studien der WHO untermauern, dass der Konsum von Kokablättern weder psychische noch körperliche Schäden verursacht. Diese Studien wurden jedoch auf Druck der USA nicht veröffentlicht. Morales rechtfertigt seine Argumente für eine Neubewertung des „heiligen Blattes“ mit dem Verweis auf das traditionelle Erbe, welches das Kokablatt darstellt. Er instrumentalisiert das Kokablatt indem er es als indigene Tradition und Teil der indigenen Identität darstellt. Wie im ersten Kapitel schon beschrieben, sind Traditionen keine aus der Vergangenheit unveränderbaren Bräuche. Traditionen werden dazu instrumentalisiert als historische Fiktion bestimmte Normen und Strukturen zu legitimieren.

Das Vorgehen von Evo Morales, auch auf der internationalen Bühne, bewirkte bereits ein Umdenken. Durch die Änderung zweier Artikel in der Einheitskonvention von 1961, wird sich für die bolivianische Bevölkerung nichts weiter ändern, da der Konsum von Kokablättern in Bolivien selbstverständlich ist und strafrechtlich nicht verfolgt wird. Morales will hiermit die internationale Anerkennung der Kokablätter bewirken und dadurch eine neue Sichtweise und Diskurswechsel in der Kokapolitik auf internationaler Ebene. Einige Länder, wie USA, Schweden oder Großbritannien stellen sich immer noch dagegen, andere Länder dagegen konnten schon überzeugt werden. Es ist aber fraglich, wie lange diese konsequente Ablehnung einer Entkriminalisierung des Kokablattes noch aufrechterhalten werden kann, denn diese impliziert die Ablehnung anderer Weltanschauungen

und Lebensweisen. Den indigenen Aufschrei können auch die USA nicht auf ewig ignorieren.

Morales überlässt so nicht mehr der internationalen Gemeinschaft die Definitionsmacht über das Kokablatt, sondern stellt diese in Frage und wirft die zuvor bestandene Nord-Süd-Hierarchie über Bord.

Ausgestattet mit dem Argument der Kultur wird die Kritik am Anti-Koka Konsens zu einer Kritik an der diskursiven Hegemonie westlicher Industriestaaten und ist gleichzeitig Ausdruck eines neuen nationalen Selbstbewusstseins (Mester-Tonczar 2011: 90).

Der Slogan von Morales „Koka ist nicht Kokain“ impliziert auch eine Gegenüberstellung von „gut und böse“: bisher wurde Bolivien als eine Drogennation und Drogenlieferanten verstanden, während die USA darunter leiden mussten. Durch die Abgrenzung der Kokapflanze von Kokain wird die „heilige Koka“ als das Eigene und Kokain als etwas Fremdes dargestellt. Diese Sichtweise greift auch das bisherige Verständnis an, das die indigenen Traditionen als rückschrittlich betrachtet hat an. Die vermeintliche Überlegenheit des Westens wird hier in Frage gestellt: Kokablatt ist gut, Konsum von Kokain ist böse. Das positive Eigene wird dem negativen Fremden gegenübergestellt. Morales hat es geschafft, die heilige Pflanze mit seinen sakralen und medizinischen Werten mit positiven Eigenschaften zu belegen, während Kokain sehr negativ behaftet ist (vgl. ebd.: 100) So werden hier verschiedene gesellschaftliche Entwürfe gegenübergestellt und Eigen- und Fremdbilder konstruiert.

8.5 Zusammenfassung

Evo Morales, als ehemaliger Kokabauer und prominentes Gesicht im Kampf für die Verteidigung des Kokablattes, verkörpert seine Rolle glaubwürdig. Mit der Konstruktion einer indigenen Identität und des Kokablattes als Träger dieser Identität konnte er eine breite Allianz gegen einen gemeinsamen Feind schaffen. Er bringt die verschiedenen Forderungen somit in eine Äquivalenzkette. Als Präsident muss er dieser Verkörperung um seiner Glaubwürdigkeit gerecht werden.

9. Zusammenfassung

In dieser Arbeit galt es die Handlungsoptionen und Strategien von der Regierung Morales bezüglich einer Entkriminalisierung des Kokaanbaus im Kontext der internationalen Drogenprohibition zu untersuchen. In diesem Kapitel werden noch einmal kurz die Erkenntnisse zusammengefasst.

Mit der Wahl von Evo Morales zum bolivianischen Präsidenten im Jahr 2005 zeichnete sich ein tiefgreifender politischer wie gesellschaftlicher Wandel ab. Der Staat ist nicht mehr vom Großteil der Bevölkerung abgeschottet, sondern die Regierung von Morales bezeichnet sich selbst als „Regierung der sozialen Bewegungen“. Es können nun vor allem die vormals aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben weitgehend ausgeschlossen indigene Bevölkerungsgruppen an politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen. Die vorher herrschende kreolische Elite ist entmachtet worden und die vormals dominanten Institutionen der „weißen“ Minderheit wurden ersetzt durch einen Staat der die Gesellschaft in ihrer Vielfalt widerspiegelt. Vom neuen selbstbewussten Auftreten der indigenen Bevölkerungsmehrheit konnte Evo Morales, selbst Aymara und Kokabauer, bereits vor seiner Wahl profitieren. Am Anfang seiner politischen Karriere in den Gewerkschaften im Chapare kämpfte er lediglich für die Legalisierung des Kokaanbaus. Im Laufe der Zeit und mit einer „Konjunktur des Indigenen“ erkannte er, welches Potential darin steckt und indianisierte daraufhin seinen Kokadiskurs. Dies erlaubte ihm eine breite Allianz mit anderen sozialen bzw. indigenen Gruppen einzugehen und so formierte sich eine machtvolle Opposition gegen den neoliberalen Staat und Morales wurde während der intensiven Protestjahren zwischen 2000 und 2005 zum Führer der gesamten Opposition.

Als Präsident schaffte es Evo Morales durch die Diversifizierung der außenpolitischen Beziehungen den Einfluss der USA in die inneren bolivianischen Angelegenheiten zu verringern und sich nicht mehr ausschließlich dem US-amerikanischen Diktat zu unterwerfen. Diese konnten stets durch die große finanzielle Abhängigkeit Boliviens ihre Drogenpolitik im Land durchsetzen. Der „Krieg gegen die Drogen“ erzeugte jedoch innerhalb der bolivianischen Bevölkerung großen Widerstand gegen die USA. Morales konnte so das Kokablatt zum Symbol des Widerstands gegen die USA instrumentalisieren und das Kokablatt wurde zum Träger einer neuen indigenen Identität. Das Kokablatt wird als Kulturerbe definiert und hilft auf internationaler Bühne das Indigene sichtbar zu machen. Mit der „indigenen Strategie“ führten die diplomatischen Bemühungen der Regierung zu

einer Ausnahmereglung bezüglich des traditionellen Konsums von Kokablättern der Drogeneinheitskonvention von 1961. Die Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft für ein Umdenken in der Drogenpolitik wird zunehmend größer und die USA verlieren an Durchsetzungskraft ihre drogenpolitischen Vorstellungen weltweit zu exportieren und implementieren.

Evo Morales erlangte durch seinen Kampf für eine Entkriminalisierung seinen Bekanntheitsgrad und somit hat ihn das Kokablatt an die Spitze des Staates gebracht. Als ehemaliger Aktivist der Kokabewegung und Kokabauer, sowie erster indigener Präsident in Bolivien kann er den Kampf um die Entkriminalisierung des „heiligen Blattes“ glaubwürdig verkörpern. Nach acht Jahren an der Staatsspitze sollte er sich bemühen sein Wahlversprechen einzulösen um sein Vertrauensvorschuss nicht zu verspielen und um diese Glaubwürdigkeit zu Recht zu erhalten.

Literaturverzeichnis

Berger, Timo (2008): „Wir wollen Beziehungen auf Augenhöhe“. In: Lateinamerika Nachrichten Online; URL: <http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/2695.html> [DL: 23.11.2013]

Bergfeld, Daniel (2009): US-amerikanische Interessen in Bolivien: Ziele, Instrumente, Implementierung. In: Jäger, Thomas: Bolivien. Staatszerfall als Kollateralschaden. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften

Bergfeld, Daniel /Daun, Anna/ Schorr, Bettina (2009): Koka, Kokain und die bolivianischen Beziehungen. In: Bopp, Franziska/ Ismar, Georg: Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze. Wissenschaftlicher Verlag Berlin, Berlin

Büschges, Christian/ Pfaff-Czarnecka Joanna (2007): Einleitung. Ethnizität als politische Ressource. In: Büschges, Christian/ Pfaff-Czarnecka Joanna (Hrsg.): Die Ethnisierung des Politischen. Identitätspolitik in Lateinamerika, Asien und den USA. Campus Verlag, Frankfurt/Main

Buttkereit, Helge (2011): Legalisierung des Koka-Blattes nicht in Sicht. In: Amerika 21 Online. URL: <http://amerika21.de/nachrichten/2011/01/22134/koka-initiative> [DL: 23.11.2013]

Canessa, Andrew (2012): Conflict, Claim and Contradiction in the New Indigenous State of Bolivia. In: *desiguALdades.net Working Paper Series*. Nr. 22, Berlin: *desiguALdades.net Research Network on Interdependent Inequalities in Latin America*; URL: http://edocs.fu-berlin.de/docs/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDOCS_derivate_000000001987/22_WP_Canessa_online.pdf?hosts=local [DL: 15.05.2013]

Conrad, Christoph/ Kessel, Martina (1998): Blickwechsel: Moderne, Kultur, Geschichte. In: Conrad, Christoph/ Kessel, Martina (Hrsg.): Kultur & Geschichte. Neue Einblicke in eine alte Geschichte. Philipp reclam jun., Stuttgart

Conzelman, Caroline S. (2010): Agrarian Sindicato Democracy and Evo Morales' New Coca Leaf Politics: An Anthropological Perspective on Bolivian Strategic Culture. Working Paper, Florida International University; URL: <http://strategicculture.fiu.edu/LinkClick.aspx?fileticket=tLdP8tRmruY%3D&tabid=95> [DL: 17.05.2013]

Diewald, Gloria (2009): The Constitutional Reform in Bolivia – an indigenous revolution or the discovery of a „new“ indigenous identity. Unpublished research paper. Diplomatic Academy Vienna

Dittmann, Karsten (2004): Tradition und Verfahren. Books on Demand GmbH, Norderstedt

Eickelpasch, Rolf (2004): Identität. transcript, Bielefeld

- Ernst, Tanja/ Schmalz, Stefan (2009): Einleitung. „*Refundar Bolivia*“ - Die aktuelle Transformation in Bolivien. In: Ernst, Tanja/ Schmalz, Stefan (Hrsg.): Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. Nomos, Verlagsgesellschaft, Baden-Baden
- Escárzaga, Fabiolo (2009): Die Regierung der sozialen Bewegungen. In: Ernst, Tanja/ Schmalz, Stefan (Hrsg.): Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. Nomos, Verlagsgesellschaft, Baden-Baden
- Exenberger, Andreas (2012): Wandelbare Tradition. Wie Benennungen und Identitäten und historische Realitäten schaffen. In: Faschingeder, Gerald/ Mückler, Hermann: Tradition und Traditionalismus. Zur Instrumentalisierung eines Identitätskonzepts. Promedia, Wien
- Grisaffi, Thomas (2010): We Are Originarios . . . ‘We Just Aren’t from Here’: Coca leaf and Identity Politics in the Chapare, Bolivia. In: Bulletin of Latin America Research. Vol. 29, Nr. 4, S. 425-439
- Grisaffi, Thomas (2013): 'All of us are Presidents': Radical democracy and citizenship in the Chapare Province, Bolivia. In: Critique Anthropology. Vol. 13, Nr. 17, S. 47-65
- Habermann, Friederike (2008): Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität, und Emanzipation. Nomos, Baden-Baden
- Henman, Anthony/ Metaal, Pien (2009): Coca myths. Drugs and Democracy Programme. Transnational Institute, Drugs and Conflicts, Debate Papers N. 17, Juni 2009, Amsterdam, URL:<http://www.ungassondrugs.org/images/stories/debate17.pdf> [DL: 15.05.2013]
- Hobsbawm, Eric (1983): Introduction. Inventing Traditions. In: Hobsbawm, Eric/ Ranger, Terence: The Invention of Tradition. Cambridge University Press, New York
- Jørgensen, Marianne/ Phillips, Luois J (2002): Discourse Analysis as Theory and Method. Sage Publications, London
- Jost, Stefan (2012): Bolivien: Aufstieg und Erosion eines Hegemonieprojekts. URL: http://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_lateinamerika_1203.pdf[DL: 18.06.2013]
- Käss, Susanne (2012): Sieben Jahre Evo Morales in Bolivien. Bilanz eines selbsternannten Hoffnungsträgers der Indigenen. In: KAS Auslandsinformationen, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., URL: http://www.kas.de/wf/doc/kas_33067-544-1-30.pdf?130828101231 [DL: 07.08.2013]
- Keppeler 2007: Ein ganz legaler Wachmacher. URL: <http://www.woz.ch/0735/bolivien/ein-ganz-legaler-wachmacher> [DL: 15.05.2013]
- Kohl, Benjamin/ Farthing, Linda (2010): Social Control : Bolivia's New Approach to Coca Reduction. In: Latin America Perspectives, Nr. 37, S. 197-213, URL: <http://lap.sagepub.com/content/37/4/197> [DL: 14.05.2013]
- Krause, Daniel/ Simon, Titus (2009): Politische und kulturelle Bezüge aktueller Drogenpolitik. In: Sozial Extra. Vol. 11, N. 12, 2009, S. 34-37

- Laclau, Ernesto (2002): Emanzipation und Differenz. Turia und Kant, Wien
- Laclau, Ernesto/ Mouffe, Chantal (2012): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Passagen Verlag, Wien
- Ledebur Kathryn/ Youngers, Coletta A. (2013): From Conflict to Collaboration. An Innovative Approach to Reducing Coca Cultivation in Bolivia. In: Stability, Vol. 2, Nr. 9, S. 1-11; URL: <http://www.stabilityjournal.org/article/view/55> [DL: 03.12.2013]
- Leichtman, Ellen C. (2000): Bolivia, Coca and US Foreign Policy. In: Critical Criminology. Vol.9, Nr. 1/2, 2000, S.63-84
- Lema, Ana Maria: The Coca Debate and Yungas Landowners. In: Léons, Barbara Madeline/ Sanabria, Harry: Coca, Cocaine, and the Bolivian Reality. State University of New York Press, USA, 1997
- Lessmann, Robert (1994): Die politische Ökonomie des Kokainhandels und seine Auswirkungen auf die interamerikanischen Beziehungen am Beispiel Boliviens, Kolumbiens und der USA, Dissertation, Universität Wien
- Lessmann, Robert (2001): Zum Beispiel Kokain. Lamuv-Verlag, Göttingen
- Lessmann, Robert (2006): Bolivien und die Kokaproblematik. In: Bopp, Franziska/ Ismar, Georg: Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze. Wissenschaftlicher Verlag Berlin, Berlin
- Lessmann, Robert (2010): Das neue Bolivien. Evo Morales und seine Demokratische Revolution, Rotpunktverlag.
- Linnekin, Jocelyn (1984): Tradition, Genuine or Spurious. In: The Journal for American Folklore. Vol.97, N. 385, 1984, S.273-290; URL: http://lepo.it.da.ut.ee/~cect/teoreetilised%20seminarid_2010/folkloristika_uurimise%C3%BChma_seminar/Handler_Linnekin--Tradition-Genuine_or_Spurious--JAF_1984_vol_97_no_385.pdf [DL: 20.05.2013]
- Mamani Ramirez, Pablo (2009): Das Ritual der indigenen Machtergreifung in Bolivien: Evo Morales und die Infragestellung des Selbstbildes der kolonialen Macht. In: Ernst, Tanja/ Schmalz, Stefan (Hrsg.): Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. Nomos, Verlagsgesellschaft, Baden-Baden
- Margraf, Britta (2003): Zertifizierung in der Drogenpolitik der USA. In: Wentzlaff-Eggebert, Christian/ Traine, Martin: Arbeitspapiere zur Lateinamerikaforschung. Köln, Arbeitskreis Spanien – Portugal – Lateinamerika, Philosophische Fakultät der Universität zu Köln; URL: <http://lateinamerika.phil-fak.uni-koeln.de/fileadmin/sites/aspla/bilder/arbeitspapiere/margraf.pdf> [DL: 14.06.2013]
- Mercopress (2006): “Coca leaves made me president” Morales tells UN. URL: <http://en.mercopress.com/2006/09/21/coca-leaves-made-me-president-morales-tells-un>
- Mester-Tonczar, Andrea (2011): Das Kokablatt als Statussymbol der 'Neugründung' Boliviens?.

Diplomarbeit, Universität Wien

Morales, Evo (2009): Speech Morales at the CND. URL: <http://www.druglawreform.info/en/issues/unscheduling-the-coca-leaf/item/1025-speech-morales-at-the-cnd>

Möseneder, Michael (2011): Boliviens Kampf um das Recht auf Rausch. In: derStandard.at. URL: <http://derstandard.at/1308679928369/Koka-Tradition-Boliviens-Kampf-um-das-Recht-auf-Rausch> [DL: 14.12.2013]

Mückler, Hermann (2012): Einführung. Tradition und Traditionalismus – Zur Rolle und Instrumentalisierung eines Identitätskonzepts. In: Faschingeder, Gerald/ Mückler, Hermann: Tradition und Traditionalismus. Zur Instrumentalisierung eines Identitätskonzepts. Promedia, Wien

Nonhoff, Martin (Hg.) (2007): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, transcript, Bielefeld

Painter, James (1994): Bolivia and Coca. A Study in Dependency, Lynne Rienner Publishers.

Plener, Peter (2002): Nationen, Traditionen und Geschichten. Miscelle zu Eric J. Hobsbawm. Kakanien revisited, Wien

Pressemitteilung der Vereinten Nationen zur Wiederaufnahme Boliviens in das UN-Einheitsabkommen von 1961 (2013). URL: http://www.bolivia.de/fileadmin/Dokumente/Presse-Medien_Dt%2BSp/Presseerklaerungen/Pressemitteilung1_2013-EntkriminalisierungKokablattKauen.pdf [DL: 12.11.2013]

Ramirez-Voltaire, Simon (2012): Symbolische Dimensionen von Partizipation. Aushandlungen von lokalpolitischen Gemeinwesen und Institutionen im Kontext der bolivianischen Dezentralisierung. Verlag Walter Frey, Berlin

Reckwitz, Andreas (2011): Ernesto Laclau. Diskurse, Hegemonien, Antagonismen. In: Moebius, S./ Quadflieg, D. (Hrsg.): Kultur. Theorien der Gegenwart. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Schilling-Vacaflor, Almut (2009): Diskriminierungsformen und Machtasymmetrien in der Verfassungsgebenden Versammlung Boliviens. In: Ernst, Tanja/ Schmalz, Stefan (Hrsg.): Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. Nomos, Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

Schlager, Maria (2013): Bolivien und die MAS. In: Zimmering, Raina/ Steinbauer, Christina: Soziale Bewegungen in der „Vierten Welle der Demokratisierungen“ in Lateinamerika. Verlag Dr. Kovac, Hamburg

Schorr, Bettina (2004): Die Drogenpolitik in Bolivien und der amerikanische „Krieg gegen die Drogen“. Arbeitspapiere zur Lateinamerikaforschung. Philosophische Fakultät der Universität Köln

Schorr, Bettina (2009): Von nützlichen Feinden und verfehlter Politik: Der Drogenkrieg der USA in Bolivien. In: Jäger, Thomas: Bolivien. Staatszerfall als Kollateralschaden. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften

Schorr, Bettina (2011): Mobilisierung, Protest und Strategien in Aktion. Boliviens Protestwelle 2000–2005: Ausbruch, Verlauf und politische Folgen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Köln

Schweer Thomas/ Strasser Hermann: Cocas Fluch. Die gesellschaftliche Karriere des Kokains. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1994

Schweighofer, Daniel/ Till, Ingo (2013): Die Zersplitterung der Macht. Raúl Zibechi. In: Zimmering, Raina/ Steinbauer, Christina: Soziale Bewegungen in der „Vierten Welle der Demokratisierungen“ in Lateinamerika. Verlag Dr. Kovac, Hamburg

Seffer, Kristin (2009): Cocalerobewegungen im Chapare und die Anti-Drogenpolitik in Bolivien. URL: <http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/bolivien/cocalerobewegungen-im-chapare-und-die-anti-drogenpolitik-in-bolivien-19093.html#sthash.vKHbT6t4.dpuf> [DL: 20.05.2013]

Spuller, Johanna (2011): Coca – von der heiligen Pflanze zum verfolgten Drogenlieferanten. Diplomarbeit, Universität Wien, Wien

Stefanoni, Pablo (2010): Bolivien unter Evo Morales: Von der Mobilisierungslogik zur Entwicklungsdisziplin. In: Internationale Politik und Gesellschaft : International Politics and Society., URL: http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2010-3/2010-3__stefanoni_d.pdf [DL: 18.07.2013]

Ströbele-Gregor, Juliana (2006): Für ein anderes Bolivien – aber für welches? Indigene Völker und Staat in Bolivien. In: Bopp, Franziska/ Ismar, Georg: Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze. Wissenschaftlicher Verlag Berlin, Berlin

The White House (2012): Presidential Memorandum. Presidential Determination on the annual Presidential Determination on Major Illicit Drug Transit and Drug Producing Countries. URL: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2012/09/14/presidential-memorandum-presidential-determination-annual-presidential-d> [DL: 05.12.2013]

UNO (2013): La production de coca baisse pour la seconde année consécutive en Bolivie, selon un rapport de l'ONU. URL: <http://www.un.org/apps/newsFr/storyF.asp?NewsID=30840#.UihpoX8tukw> [DL: 18.11.2013]

UNODC (2013): World Drug Report 2013. URL: http://www.unodc.org/unodc/secured/wdr/wdr2013/World_Drug_Report_2013.pdf [DL: 28.11.2013]

Weber, Florian D. (2013): Soziale Stadt – Politique de la Ville – Politische Logiken. Springer Fachmedien, Wiesbaden

WHO (1995): World Health Organization/United Nations Interregional Crime and Justice Research Institute: Cocaine Project. In: Transnational Institute, Drug Law Reform in Latin America; URL: <http://www.tni.org/sites/www.tni.org/archives/docs/200703081409275046.pdf> [DL: 13.06.2013]

Willenborg, Kristina (2001): Coca. Die Geschichte einer Pflanze. URL:
<http://www.caiman.de/bolivien/coca2.html> [DL: 25.05.2013]

Zibechi, Raúl (2009): Bolivien. Die Zersplitterung der Macht. Edition Nautilus, Hamburg

Zöllner, Oliver (2009): Hybride Heimat und Identitäten im Wandel. Eine Einführung. In: Zöllner, Oliver (Hrsg.): Medien, Migration, Identität. Migranten und ihre Mediennutzung. Hochschule der Medien Stuttgart, Stuttgart

Abstract (deutsch)

Das Kokablatt ist das Markenzeichen von Evo Morales und fester Bestandteil im Diskurs seiner Regierung. Als Vorsitzender der Gewerkschaft der Kokabauern kämpft er schon seit Jahren für die Legalisierung und eine Neubewertung des Kokablattes, welches im Rahmen der internationalen Drogenprohibition kriminalisiert wurde. Das Kokablatt dient aber nicht nur als Rohstoff für die Herstellung der Droge Kokain, sondern genießt in der mythisch-spirituellen Weltsicht der andinen Urbevölkerung hohen traditionellen Stellenwert.

Morales bot der bolivianischen Bevölkerung das Kokablatt zum Identifikationsobjekt an und stilisierte es zum Symbol des nationalen Befreiungskampfes gegen die USA. Die USA haben mit ihrem „Krieg gegen die Drogen“ direkt in die inneren Angelegenheiten von Bolivien eingegriffen und verloren somit zunehmend an Ansehen in der Bevölkerung. Es bildete sich eine breite Front des Widerstand gegen die USA und des herrschenden politischen Systems, welches von der kreolischen Elite dominiert wurde. Morales schaffte es die sozialen Bewegungen des Landes hinter sich zu vereinen und laut eigener Darstellung der Regierung Morales wurde die alte politische Ordnung nun durch eine „Regierung der sozialen Bewegungen“ ersetzt. Die Wahl von Morales zum ersten indigenen Präsidenten in der bolivianischen Geschichte stellt somit eine Zäsur dar.

Mit den theoretischen Ansätzen von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe sowie von Eric Hobsbawm nimmt die vorliegende Arbeit die Rolle der Koka im hegemonialen Projekt von Morales in den Blick. Das Ziel ist es zu analysieren wie das Kokablatt von Morales und seinem Gefolge politisiert wurde und zum Träger einer bolivianischen Identität wurde. Eine Entkriminalisierung auf internationaler Ebene ist für die Glaubwürdigkeit von Morales von herausragender Bedeutung. Er griff in diesem Kontext vor allem auch auf das Erstarren der indigenen Bewegung zu und gelangte nicht zuletzt durch eine Allianz mit diesen in den Präsidentenpalast.

Abstract (englisch)

The coca leaf can be considered the trademark of Evo Morales and is an integral part of the discourse of his government. As the chairperson of the labour union of coca farmers he has for years been fighting for a legalisation and for a re-evaluation of the status of the coca leaf, which had been criminalized in the course of the international drug prohibition. However, the coca leaf is not only the raw material for the production of the drug cocaine; it also has traditionally a great significance within the mythological and spiritual world view of the native population in the Andes region.

Morales offered the Bolivian population the coca leaf as an object of identification and stylized it as the symbol for the national struggle for liberation from the USA. The direct intervention into the internal affairs of Bolivia in the course of its “war on drugs” has at the same time lead to a gradual decline in the reputation of the USA within the population. A broad front of resistance was formed against the USA and against the prevailing political system, which was dominated by the creole elite. Morales was able to unite the social movements of the country behind him and, according to declarations of his government, replaced the old political order by a “government of the social movements”. The election of Morales as the first indigenous president in Bolivian history thus marks a turning point for the country.

Using the theoretical approaches of Ernesto Laclau and Chantal Mouffe as well as of Eric Hobsbawm the present thesis is focusing on the role of coca in the hegemonial project of Evo Morales. It aims to analyse how the coca leaf has been politicized by Morales and his followers and how it has become the carrier of a Bolivian identity. The de-criminalization on an international level is of utmost importance for the credibility of Morales. In this context he has made use of the strengthened indigenous movement whose support was also essential for Morales to enter the presidential palace.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Name	Kugener
Vorname	Jill
Geburtsdatum	02.02.1987
Staatsangehörigkeit	Luxemburg

Ausbildung

2006-2013	Universität Wien Studium der Internationalen Entwicklung
1999-2006	Gymnasium „Lycée Michel Rodange“ in Luxemburg Abschluss in Naturwissenschaften

Aktivitäten

Februar – April 2011	Praktikum im Außenministerium in Luxemburg
----------------------	--

Sprachkenntnisse

Luxemburgisch (Muttersprache)
Deutsch (fließend in Wort und Schrift)
Französisch (fließend in Wort und Schrift)
Englisch (fließend in Wort und Schrift)